



WIR WOLLEN

MEHR

**Das Kommunalwahlprogramm der
Münchener Jusos für 2020-2026**

Inhalt

Unser roter Faden	4
Mobilität	6
Klima, Umwelt & Energie	18
Öffentlicher Raum für alle!	28
Stadtentwicklung	34
Wohnen	42
Arbeit und Wirtschaft	54
Soziales	60
Gesundheit	68
Bildung	76
IT und Digitalisierung	90
Demokratie	96
Integration, Migration & Flucht	100
Antifaschismus	108
Gleichstellung	114
Kultur	122
Kommunale Finanzen	130
Nachwort	134
Impressum	135

UNSER ROTER

FADEN

Für uns Jusos München ist Kommunalpolitik die einfachste Möglichkeit, konkret auf politische Weise Verbesserungen für Menschen in unserer unmittelbaren Nähe zu erreichen. Gleichzeitig zeigen uns der globalisierte Kapitalismus sowie die verfestigte bürokratische staatliche Ordnung mit ihren Widerspenstigkeiten über lange Verwaltungsprozesse, Zuständigkeitsfragen und einer sich selbst verstärkenden Komplexität vermeintlich so einfacher politischer Sachfragen auch schnell die Grenzen kommunalpolitischen Handelns auf. Ausgehen werden wir in der Kommunalpolitik immer von einem Grundverständnis unserer Stadt als gestaltbare Rote Insel:

Über die kommunale Daseinsvorsorge, ihren beständigen Ausbau und ihre Anpassung an neue Bedürfnisse der Stadtgesellschaft trotzen wir der weltweit greifenden Logik des freien Marktes und des damit einhergehenden Raubbaus an Mensch und

Natur gewisse Bereiche ab: Wasser- und Energieversorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kultur- und Freizeitangebote, Gesundheitsversorgung, Büchereien und Bildungsangebote, Bäder und Sportplätze, Wohnraumversorgung, Entsorgungsdienstleistungen, die Stadtparkasse, Parks, Spielplätze und Toiletten sowie das Bereitstellen von Internetzugang – all dies zählt für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Diese Bereiche müssen umfassend durch die öffentliche Hand in einer hohen Qualität sowie kostenfrei oder gegen geringes Entgelt bezahlbar für alle zugänglich sein.

Unsere Stadt wächst und verändert sich rasant. Wir Jusos geben mit unserem Roten Faden 2020 als eigenständigem Kommunalwahlprogramm erneut unsere Antworten auf neue Herausforderungen für unsere Stadtgesellschaft:

Das wachsende München wird neu auf sich verändernde Bedürfnisse der Münchner*innen nach Mobilität antworten müssen – und das vor dem Hintergrund des durch kapitalistische Produktionsweise verursachten Klimawandels. Wir setzen klar auf Kostenfreiheit sowie eine Ausbauoffensive im ÖPNV und beim Radverkehr und streben eine autofreie Innenstadt an.

Eine soziale Frage stellt sich in unserer Stadt angesichts des Versagens des Freistaats und des Bundes sowie aufgrund des Bevölkerungswachstums auf besondere Weise und verweist auf den Kampf um Eigentümer*innenschaft von Grund und Boden sowie Anforderungen an eine gerechte Stadtentwicklung und den Umgang mit dem öffentlichen Raum.

Die Spaltung in Arm und Reich sehen wir auch im wirtschaftlich sehr erfolgreichen München. Wir wollen mit den Mitteln der kommunalen Sozialpolitik Armut verhindern, sozialpolitische Verbesserungen für alle ermöglichen und auf besondere Weise die Ränder unserer Stadtgesellschaft mit politischen Maßnahmen besserstellen.

Wir haben nicht nur zu diesen aktuellen Herausforderungen Antworten entwickelt, sondern bilden unsere Forderungen in allen kommunalpolitischen Politikfeldern und damit auch unser jungsozialistisches Denken in der ganzen Breite unseres Jugendverbandes mit unserem Roten Faden 2020 ab.

Mobilität

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Grundvoraussetzung gesellschaftlicher **Teilhabe**. Unser Ziel ist es, Mobilitätsoptionen für alle zu sichern und dabei die negativen Folgewirkungen durch Verkehr zu minimieren.

Oberstes Ziel von Verkehrspolitik muss die **Vision Zero** sein – also das Ziel, keine Verkehrstoten und -verletzten mehr zu haben. Weiter beinhaltet dies den dringend nötigen und überfälligen Beitrag des Verkehrssektors zum Klimaschutz. Der öffentliche Raum muss umverteilt werden.

Wir wollen die Verkehrsträger*innen des Umweltverbundes sowie innovative Mobilitätslösungen fördern; den motorisierten Individualverkehr (MIV) als flächenintensivste Mobilitätsform wollen wir auf ein Minimum reduzieren. Die **autofreie Stadt** ist das übergeordnete Ziel, auf das wir hinarbeiten.

Integrierte Mobilitätspolitik

Wir wollen **Siedlungsstrukturen**, die kurze Wege und damit Mobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad ermöglichen. Dichte, gemischte Strukturen mit Nahversorgung und den wichtigsten Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in allen Stadtbezirken helfen, unnötige Weg zu vermeiden. Wir fordern, künftig zu entwickelnde Wohnviertel in München autofrei zu planen. Als Parkmöglichkeiten sind maximal Quartiersgaragen am Rand der Wohnviertel vorzusehen. Ein gut funktionierender und verlässlicher Anschluss an das ÖPNV-Netz soll von Anfang an eingeplant werden. Die Stadt setzt sich im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements dafür ein, dass auch Gewerbe so wenig Verkehr wie möglich verursacht und dementsprechend auch dort Flächen für Stellplätze minimiert werden. Alternative Mobilitätsangebote im Umweltverbund für Mitarbeiter*innen sind zu unterstützen.

Das Thema Mobilität dominiert die stadtpolitische Debatte in Bezirksausschüssen und Bürger*innenversammlungen. Gleichzeitig ist die Zuständigkeit in der städtischen Verwaltung auf viele verschiedene Referate (und die Stadt-

werke) aufgeteilt. Wir wollen daher ein Referat, das sich für verkehrliche Themen stark macht und eine Verkehrswende vorantreibt. In diesem **Mobilitätsreferat** müssen Verkehrsplanung, Straßenbau, Verkehrssicherheitsbehörde und Mobilitätsmanagement gebündelt werden. Für den dringend nötigen Ausbau des – insbesondere schienengebundenen – ÖPNVs brauchen wir zusätzlich eine **Task-Force ÖPNV-Netzausbau** für die Gesamtkoordination. Die Zuständigkeiten im Bereich **Luftreinhaltung** müssen geklärt werden, um die wechselseitigen Schuldzuweisungen zu beenden. Wir sprechen uns mit entsprechenden Vorlaufzeiten für eine Reduktion der Dieselfahrzeuge, insbesondere im Lieferverkehr, in der Stadt aus.

Der **Lieferverkehr** in der Stadt muss neu organisiert werden: Wir brauchen ein fortschrittliches und nachhaltiges **Citylogistikkonzept**, basierend auf Güterverteilzentren, wobei die letzte Meile mit emissionsfreien Verteilfahrzeugen zurückgelegt wird. Für die großräumige Logistik ist eine Verlagerung auf die Schiene unabdingbar.

Fußverkehr

Fußverkehr ist eng verknüpft mit der Siedlungsstruktur von Stadtquartieren und der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Wir wollen das Zufußgehen fördern – unabhängig davon, ob es der Zielerreichung oder dem Aufenthalt im öffentlichen Raum dient. Die Stadt muss ein Ort werden, der zum Schlendern einlädt, ohne dass man besonders auf den motorisierten Individualverkehr Rücksicht nehmen muss. Wir wollen die Interessen der Fußgänger*innen nicht länger anderen Nutzungsformen unterordnen; unser Ziel, die Vision Zero, muss sich insbesondere bei der Fußverkehrsinfrastruktur bemerkbar machen.

Daher fordern wir, die im Zuge der autofreien Innenstadt ungenutzten Straßen zu einladenden und abwechslungsreich gestalteten Flaniermeilen und Gehwegen zu machen. Am Mittleren Ring und weiteren Barrieren sollen mehr sichere, barrierefreie Querungen, insbesondere auch in Form von Stegen, errichtet werden, um **direkte Wegeverbindungen** zu stärken. Ampelschaltungen müssen deutlich fußgänger*innenfreundlicher, z. B. mit kürzeren Intervallen, gestaltet werden. Querungsstellen müssen übersichtlich gestaltet sein. Gehwege müssen verbreitert werden, klarer

von Radwegen getrennt und nachts besser beleuchtet sein. Es bedarf eines ausreichenden Schutzes der Fußgänger*innen vor extremer Sonne und Starkregen sowie Möglichkeiten, sich auszuruhen. Darüber hinaus ist es wichtig, sämtliche Gehwege sowie Anknüpfungspunkte beispielsweise zum ÖPNV barrierefrei zu gestalten, sei es durch abgeflachte Bordsteine, Verzicht auf Kopfsteinpflaster oder mehr Markierungen, z. B. für sehbehinderte Menschen. Gegen ordnungswidriges Parken auf Gehwegen muss schneller und entschlossener vorgegangen werden.

Wo **Schulwege** vom autofreien in den befahrenen Bereich führen oder umgekehrt, muss ein sicherer Schulweg ermöglicht werden. Das Sprengelschulprinzip wird gefördert und ausgebaut. Wo möglich, wird es auch auf die weiterführenden Schularten erweitert, sodass Schulwege möglichst sicher und schnell zu Fuß/ mit dem Rad zurücklegbar sind. Dazu gehören auch verpflichtende Lkw-Abbiegeassistenzsysteme. **[Bildung]**

Radverkehr

Radfahren ist eine umweltfreundliche, günstige, flächeneffiziente und schnelle Fortbewegungsmethode in der Stadt. Wir wollen den Radverkehr fördern und noch mehr Menschen dazu bringen, sich mit dem Rad in

der Stadt zu bewegen. Dafür müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Gefühlte **Sicherheit** ist für den Umstieg auf das Fahrrad zentral. Daher müssen Planung und Ausbau der **Radverkehrsanlagen** das Ziel haben, ein hohes Maß an Sicherheit bieten zu können – auch über die Vorschläge der „Empfehlungen Für Radverkehrsanlagen“ (ERA) hinaus. Hierzu zählen breite, sichere und ebene Radverkehrsanlagen. Insbesondere Kreuzungen müssen hier auf geeignete Ampelschaltungen und bauliche Maßnahmen, welche die Sichtbarkeit erhöhen, geprüft und gegebenenfalls umgebaut werden. Gleichzeitig muss genügend Abstand zu ruhendem und fahrendem MIV und auch eine bauliche, wirksame Trennung zum Fußverkehr bestehen. Hierfür muss die aktuelle Rechtsprechung angewendet werden. Neben baulichen Maßnahmen gehört dazu auch eine reduzierte Fahrtgeschwindigkeit des MIV bei nicht baulich getrennten Radverkehrsanlagen. Wir fordern die vermehrte Ausweisung von echten **Fahrradstraßen** mit begleitenden Maßnahmen, die klar vermitteln, dass Fahrradfahrende dort Vorrang haben.

Die bestehende autofreie **Altstadt** verfügt zurzeit über keine adäquate Querungsmöglichkeit für Radfahrende in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung. Daher fordern wir, zeitnah eine

geeignete, möglichst direkte Trassenführung mit keinen oder wenigen Konfliktzonen zu entwickeln und ggf. die entsprechenden baulichen Maßnahmen einzuleiten. Zusätzlich sind weitere **Übergänge**, z. B. Stege über die Isar, innerstädtische Bahntrassen und weitere Barrieren, zu bauen. Die Radwegbrücke am Giesinger Berg ist zeitnah zu realisieren.

Die **Grüne Welle** für den Radverkehr oder innovative Ampelschaltungsmodelle (z. B. getrennte Abbiegephasen für Radfahrende, gleichzeitige Grünphase für Fußgänger*innen an allen Ampeln einer Kreuzung) sollen entwickelt, geprüft und eingeführt werden. Weiter fordern wir eine flächendeckende Ausweitung der **grünen Rechtsabbiegepeile** für den Radverkehr im Zuge des aktuellen Pilotversuchs sowie darüber hinaus. An Baustellen ist zu jeder Zeit eine bedarfsgerechte Umleitung für den Radverkehr einzurichten.

Wir wollen ein „hierarchisiertes Radverkehrsnetz“: Ergänzend zum straßenbegleitenden Radwegenetz fordern wir breite **Radschnellwege**, auf denen durch genügend Raum zum Überholen unterschiedliche Geschwindigkeiten gefahren werden können. Von besonderer Bedeutung sind tangentielle oder ringförmige Trassen, die insbesondere den radial organisierten ÖPNV ergänzen. In diesem Kontext spielen höhenfreie

Querungen oder Grüne Wellen eine besondere Rolle, damit die Fahrt möglichst selten unterbrochen werden muss. Entlang der Hauptverkehrsachsen sind **Radservicestationen** einzurichten und mit Repair Cafés in den einzelnen Stadtvierteln zu koordinieren. Hier ist es für alle Radfahrenden schnell und ohne großen Aufwand möglich, kleinere Defekte selbst zu beheben oder den Akku des E-Rades aufzuladen.

Momentan beschränkt sich der **Winterdienst** der Stadt auf zentrale Radwege. Sichere, gut befahrbare Radwege zu jeder Jahreszeit sind die Basis für einen Umstieg vom Auto auf das Fahrrad. Daher fordern wir die Stadt auf, dem Winterdienst eine sogenannte „feministische Ausrichtung“ bei der Räumung zu geben wie sie etwa in Stockholm angewandt wird: Aufgrund der höheren Nutzerinnen*zahlen des ÖPNV, des Fußverkehrs und des Rades werden dort erst die entsprechenden Wege freigeräumt, bevor für den häufig männlich* dominierten MIV geräumt wird. Dies ist auch in München zu prüfen. Weiterhin fordern wir, dass Radwege regelmäßig gereinigt werden.

Derzeit stehen viele Räder auf Gehwegen angeschlossen an Straßenschildern oder vor Hauseingängen und schränken so den Raum des Fußverkehrs ein. Um dies zu verhindern,

fordern wir ausreichend geeignete **Fahrradabstellplätze** im öffentlichen Straßenraum, auch durch die Umwandlung von Kfz-Stellplätzen. Zusätzlich fordern wir **Fahrradparkhäuser** an allen großen Knotenpunkten des ÖPNV wie z. B. Hauptbahnhof, Ostbahnhof oder Marienplatz. Dabei müssen auch Stellplätze für Lastenräder oder Fahrradanhänger vorgesehen werden. Auch automatische unterirdische Fahrradparksysteme sind an mehreren geeigneten Standorten zu erproben. Grundsätzlich muss **Bike and Ride** an jeder Haltestelle des ÖPNV möglich sein, indem genügend sichere und stabile Stellplätze vorgehalten werden. „Schrotträder“ müssen in regelmäßigen Abständen entfernt werden.

Gleichzeitig muss der Ausbau des Leihradsystems der MVG, das **MVGRad**, weiter forciert und um Leih-Lastenräder ergänzt werden. Die Versorgung der Stationen muss 24 Stunden am Tag, besonders zu den Stoßzeiten, gewährleistet sein. Die bestehende Förderung für den Kauf von E-Lastenrädern in Höhe von 25 % oder maximal 1000 Euro soll gestrichen und zugunsten der Förderung von Radservicestationen investiert werden, sobald flächendeckend genügend Leih-Lastenräder vorhanden sind. Für Schüler*innen, Geringverdiener*innen, Studierende oder Auszubildende müssen vergünstigte Tarife angeboten werden. Wir

wollen ein **Mobilitätsabo**, mit dem sowohl der ÖPNV als auch Leihräder genutzt werden können.

Um Kinder und Jugendliche ans Fahrradfahren heranzuführen, müssen entsprechende Projekte in Schulen initiiert werden. Bisherige Projekte verliefen positiv, eine Verstärkung fehlt jedoch. Darüber hinaus fordern wir **Fahrradkurse** in Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen/Organisationen für spezielle Zielgruppen wie Einkommensschwache oder Migrant*innen, bei denen die Teilnehmenden auch längerfristig begleitet werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist das Rückgrat der Mobilität in München. Wir wollen den ÖPNV ausbauen und die ÖPNV-Nutzung fördern. Im Zentrum der aktuellen Debatte steht unter anderem die autofreie Innenstadt: Münchens Innenstadt wird vom motorisierten Individualverkehr befreit. Innenstadt bezieht sich dabei auf das Gebiet innerhalb des Mittleren Rings (B2R). Dafür bedarf es jedoch einer massiven Angebotsausweitung und eines attraktiven ÖPNV-Angebots.

Wir wollen den **ÖPNV zum Nulltarif**. Unsere langjährige Forderung „MVV for free“ ist aktuell wie nie. Ein 365-Euro-Ticket kann nur ein erster Schritt sein. Kinder, Jugendliche, Menschen in (Aus-)Bildung sowie einkommensschwache Haushalte müssen bei den Fahrtkosten spürbar entlastet werden. Sie sind die ersten, denen ein kostenfreier ÖPNV zu Gute kommen soll. Auch städtische Beschäftigte sollen künftig ein kostenloses Jobticket zur Verfügung gestellt bekommen. Vorher dürfen die Kosten der IsarCardS nicht die in den Regelsätzen vorgesehenen Sätze für Mobilität überschreiten *[Soziales]*. Für Kinder und Jugendliche muss es zeitnah einen echten Ausbildungstarif für maximal 365 Euro im Jahr geben. Die im Rahmen der bevorstehenden Tarifstrukturreform eingeführte Zone M begrüßen wir, allerdings sind die Preise trotz Senkungen immer noch zu hoch. Die Nutzung des ÖPNV darf für die*den Einzelne*n niemals aus Kostengründen scheitern.

Weiterer wichtiger Schritt ist ein konsequenter **Netzausbau**. Ziel ist die Anbindung neuer Gebiete, die Entlastung bestehender Linien und Bahnhöfe sowie eine Verknüpfung von Linien für direktere und schnellere Fahrbeziehungen.

U-Bahn ist kostenintensiv und langwierig; umso wichtiger, dass wir jetzt loslegen: Wir brauchen mindestens die U9 als neue Innenstadtlinie, eine Verlängerung der U5 nach Freiam sowie eine Verlängerung der U4 über Engelschalking zur Messe und das sobald wie möglich und nicht über eine Priorisierung nacheinander. Auch eine U-Bahnquerverbindung im Münchner Norden ist sinnvoll (U26 und ggf. darüber hinaus). Insbesondere bei letztgenannter bietet sich ein Vorläuferbetrieb durch eine Tram-bahn an.

Die Stadt muss sich beim Freistaat für einen **S-Bahn Nord- und Süd**ring zusätzlich zur zweiten Stammstrecke stark machen. Ziel ist die Befahrbarkeit für Regionalzüge, um die Stadt an die gesamte Metropolregion anzubinden. Alternativ sind ein U-Bahn-Nord- sowie ein Tram-Südring zu prüfen.

Weiter wollen wir die zeitnahe Realisierung der Tram West- und Nordtangente sowie weitere tangentialen Verbindungen und die Verlängerung bestehender Linien, wo es sinnvoll ist (z. B. Tram 23 und der Tram nach Steinhausen, Verbindung Ostbahnhof – Ramersdorf). Gegebenenfalls auch als 2-Systemtrambahn über das Stadtgebiet hinaus wie z. B. Richtung Dachau. Wir fordern einen **Tram-bahnring** im Stadtgebiet.

Busse ergänzen das Netz des schienengebundenen ÖPNVs sinnvoll. Wir fordern die Ergänzung weiterer (Express-)Buslinien. Für die Attraktivität des Busverkehrs spielt die Beschleunigung und die Einrichtung von Busspuren eine zentrale Rolle. Hierfür kann und muss öffentliche Verkehrsfläche zu Lasten des Pkw-Verkehrs konsequent umverteilt werden.

Auch **Monorail- oder Seilbahnsysteme** können das bestehende Netz ergänzen, da die Flächenverfügbarkeit am Boden häufig der limitierende Faktor ist. Wichtig sind bei solchen Systemen jedoch der echte Mehrwert für das ÖPNV-System, geeignete Umsteigebeziehungen und eine Integration in den Tarifverbund. Insbesondere Verbindungen entlang des Mittleren Rings, des Frankfurter Rings, über die Isar oder die Isarhangkante sind zu prüfen.

Das Angebot „**IsarTiger**“ ist auszubauen und soll künftig insbesondere die Stadtrandgebiete bedienen, ebenso werden insbesondere für die individualverkehrsbefreiten Gebiete weitere niederschwellige Shuttle- und Rufservices geschaffen. Hierbei ist speziell auf die Bedürfnisse von in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen zu achten. Nicht in das System des ÖPNV integrierte, rein privatwirtschaftlich organisierte Lösungen lehnen wir ab.

Der ÖPNV ist nur attraktiv, wenn die Wartezeiten nicht zu lange sind. Bei U-Bahnen muss der 5-Minutentakt tagsüber das absolute Minimum sein, bei Bus und Tram der 10-Minutentakt. Innenstadthaltestellen müssen deutlich öfter angeeignet werden. Auch der Freistaat muss die Taktichten der S-Bahnen erhöhen. Um Fahrzeiten abzukürzen, werden weitere Expressbuslinien eingerichtet, die das kleinteilige Busnetz ergänzen. Wir wollen den ÖPNV zu jeder Tages- und Nachtzeit nutzen, das derzeitige **Nachtlinienangebot** muss daher ausgeweitet und der Regelbetrieb deutlich verlängert werden. Nachts ist ein 30-Minutentakt bei U-Bahn, Bus und Tram das zu erreichende Minimum. Bei Bussen wird außerdem die Möglichkeit geprüft, nachts auf Nachfrage auch außerhalb von Haltestellen zu halten, um einen kürzeren und damit sichereren Weg vom Bus nach Hause zu ermöglichen.

Um die Attraktivität für Nutzer*innen zu steigern, sind Fahrzeuge zeitgemäß z. B. mit W-LAN und USB-Lademöglichkeiten auszustatten. Dies gilt ebenso für die Haltestellen.

Wir fordern die zuständigen städtischen Dienststellen auf, für **Barrierefreiheit** im öffentlichen Raum, besonders im Nah- und Fernverkehr, zu sorgen bzw. auf die zuständigen Stellen wie z. B. die Bahn und

den Freistaat Bayern einzuwirken. Bei bereits bestehenden Liften und Rolltreppen in den U- und S-Bahnhöfen ist im Falle eines Defekts für eine sofortige Instandsetzung und schnelle Information über verschiedene Medien wie Apps, online und „analog vor Ort“ zu sorgen. Veraltete Bahnhöfe sind weiterhin dringend nachzurüsten und zu modernisieren. Neue Fahrzeuge müssen noch mehr auf Barrierefreiheit ausgerichtet sein und z. B. mehr Platz für Rollstühle und Kinderwägen bieten. Des Weiteren ist das Störungsmanagement wie bei Ausfall von Zügen oder der Umleitung mit Bussen zu überdenken und mit Selbsthilfeverbänden und Behindertenbeirat zu überarbeiten. Zusätzlich fordern wir, dass durch bauliche Anpassungen dafür gesorgt wird, dass es auch im nahräumlichen Umfeld keine Zugangsschwierigkeiten zum ÖPNV gibt.

Um die steigenden Kosten für die Erschließung eines Neubaugebietes oder die Nachverdichtung mit ÖPNV als Kommune aufbringen zu können, sollen die Kosten künftig in die Berechnung der Lasten im Rahmen der Umlage durch die sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) einbezogen werden [**kommunale Finanzen**]. Kommunen müssen durch Bund und Freistaat in Bezug auf die Finanzierung des ÖPNV, d. h. Ausbau und Instandhaltung/Sanierung, deutlich besser unterstützt werden. Außerdem

bedarf es einer Überarbeitung der standardisierten Bewertung, die bei der Bewertung der Förderfähigkeit aktuell zum Einsatz kommt. Weiter muss sich die Stadt dafür einsetzen, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren zügiger und effizienter gestaltet werden.

Der Flughafen muss mit einer Express-S-Bahn besser an die Innenstadt angebunden werden. Ferner soll der überregionale Flughafenexpress künftig nicht mehr am **Flughafen** enden, sondern bis München Hauptbahnhof verlängert werden. An unserer Forderung, den Flughafen in Kurt-Eisner-Flughafen umzubenennen, halten wir fest. Die dritte Startbahn lehnen wir ab. Die Stadt muss ihre Anteile am Flughafen behalten, um auch künftig ein Vetorecht bei Grundsatzentscheidungen zu haben.

Motorisierter Individualverkehr

Unser Ziel ist die **autofreie Innenstadt**. Bis auf Weiteres wird im Gesamtgebiet der Stadt jedoch noch ein Minimum an motorisiertem Individualverkehr existieren, der umweltverträglich und gerecht gestaltet werden soll. Rettungsfahrzeuge, der ÖPNV und Transportangebote für mobilitätseingeschränkte Personen

dürfen selbstverständlich auch weiterhin in die Innenstadt fahren. Für Anwohner*innen und Lieferfahrzeuge sind geeignete Konzepte zu entwickeln.

Um die Vielzahl der Pkw im Stadtgebiet deutlich zu reduzieren, befürworten wir **Mobilitätskonzepte im Wohnungsbau**, um Bewohner*innen Alternativen zum privaten Pkw anzubieten. Weiter sind wir für öffentlich organisierte **Sharing-Konzepte** anstelle von privatem Pkw-Besitz im gesamten Stadtgebiet, insbesondere auch in den Stadtrandgebieten, wo das ÖPNV-Netz weniger dicht ist. Dabei halten wir eine Mischung aus stationsgebundenem Carsharing und Floating-Angeboten für geeignet, um sowohl Flexibilität als auch kostengünstige Lösungen anbieten zu können. Für Transportzwecke sollen im stationsgebundenen Angebot auch Kleintransporter bereitstehen. Der Zugang zu Carsharing-Angeboten muss insbesondere auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen unkompliziert möglich sein. Die Preise sind sozialverträglich zu gestalten. Neben städtischen Angeboten sind auch genoss*innenschaftliche Konzepte zu begrüßen, mit denen die Transformation vom privaten Besitz hin zu Gemeinschaftseigentum beschleunigt werden kann.

Es sollen Anreize geschaffen werden, vom privaten Pkw auf die neuen Mobilitätskonzepte umzusteigen und bestenfalls den eigenen Pkw abzuschaffen. Dafür könnte ein Konversionsprogramm ins Leben gerufen werden, bei dem Menschen ihre privaten Pkw z. B. an ein genoss*innenschaftliches Sharing verkaufen, welches somit ohne den Neukauf von Pkw entstehen und stetig wachsen kann, um pkw-basierte Mobilität zu günstigen Konditionen für viele anbieten zu können. Verkehrssteuerung besteht für uns sowohl aus alternativen Angeboten als auch aus einer Einschränkung der vorhandenen Kapazitäten für den Kfz-Verkehr. Die Stadt soll sich für eine **kommunale Zweit- und Dienstwagenabgabe** stark machen sowie sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Dienstwagenprivilegien einsetzen.

Da mittelfristig die Innenstadt und langfristig die Stadt autofrei werden soll, wird die nicht mehr genutzte Verkehrsfläche sukzessive um- und zurückgebaut. Wir fordern, Parkplätze zurückzubauen und in Mikro-Grünflächen, Fahrrad- und Lastenradstellplätze und Raum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen umzuwandeln. Wo noch Parkplätze im öffentlichen Raum bestehen, sollen diese möglichst immer bewirtschaftet werden. In die Umgestaltungsmaßnahmen wird die Stadtgesellschaft mit einbezogen,

besonders die unmittelbar betroffene Nachbar*innenschaft. Gleichzeitig muss natürlich jede Wohn- und Gewerbenutzung z. B. für Rettungsfahrzeuge und Shuttleservices erschlossen bleiben. Handwerker*innen etc. sollen in für diesen Zweck ausgewiesenen Kurzzeitzonen parken können.

Der Lieferverkehr soll künftig größtenteils über kleine Lieferfahrzeuge wie E-Lastenräder bewerkstelligt werden. Weiterhin sind Lieferungen in Lieferboxen zu poolen.

An äußeren, gut an das Hauptverkehrsstraßennetz angebunden U- und S-Bahn-Haltestellen müssen Parkmöglichkeiten geschaffen werden (Park & Ride). Diese sind mit gut funktionierenden ÖPNV-Anbindungen an die Innenstadt anzuschließen. Hierfür sind v. a. vorhandene Parkplätze zu nutzen. Für städtische Freizeiteinrichtungen, beispielsweise den Tierpark, sind Kombi-Ticket-Lösungen anzustreben, um die Anreise mit dem ÖPNV zu fördern.

In München wird seit über 100 Jahren **E-Mobilität** durch Tram und U-Bahnen mit einer großen Beförderungskapazität angeboten. E-Mobilität ist nur dann zu begrüßen, wenn sichergestellt ist, dass der verwendete Strom auch aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen wird. Eine Antwort auf grundsätzliche verkehrspolitische Fragestellungen in München ist E-Mobilität in Form

von einzelnen Autos nicht. E-Autos brauchen genauso viel Platz wie herkömmliche Autos. Wir lehnen eine städtische Förderung von privaten E-Autos und auch von Dienstfahrzeugen ab. Sinn ergibt E-Mobilität in unseren Augen im Bereich von Car-Sharing, im öffentlichen und im kommerziellen Verkehr. Hierfür gilt es die Ladeinfrastruktur entsprechend auszubauen, wobei auch Private in die Pflicht genommen werden müssen. Die SWM sollen durch intelligente Sektorenkopplung zwischen Elektromobilität und Energiesystem Speicher- und Flexibilitätpotentiale erschließen und die Integration erneuerbaren Stroms in den Verkehrssektor vorantreiben. **[Umwelt/Energie]**

Wir wollen, dass alle Straßenschilder digitalisiert werden. Digitale Schilder bieten die Möglichkeit, Verkehrsflüsse situationsbedingt zu regeln, z. B. durch zeitweise Freigabe/Sperrung von Spuren für Pkw. Ferner kann der Schilderwald reduziert werden, da nur die zurzeit relevanten Schilder angezeigt werden müssen. **[Digitalisierung]**

Wir stehen **autonomen Beförderungssystemen** nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, sehen diese aber als mögliche Weiterentwicklung oder Ergänzung zum ÖPNV und nicht primär zur privaten Beförderung. Modellprojekte oder -quartiere bieten sich zur Erprobung neuer Technologien an, Verletzungsrisiken für Verkehrsteilnehmer*innen müssen aber ausgeschlossen sein.

Wir fordern

- die Vision Zero als Leitbild unserer Mobilitätspolitik
- dichte, gemischte Siedlungsstrukturen und kurze Wege sowie Vorrang für den Umweltverbund
- ein Mobilitätsreferat und eine Task-Force ÖPNV-Netzausbau
- ein nachhaltiges Citylogistikkonzept
- eine fußverkehrsfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes
- die konsequente Förderung des Radverkehrs durch gute Radverkehrsinfrastruktur zum Fahren, Queren von Barrieren und Parken
- Grüne Wellen und grüne Rechtsabbiegepeile für den Radverkehr
- ein hierarchisiertes Radverkehrsnetz mit Radschnellwegen
- Radservicestationen an den Hauptradrouten
- Winterdienst auf Radwegen und regelmäßige Reinigung
- Fahrradparkhäuser an den großen ÖPNV-Knoten, B+R an jeder Haltestelle
- Ausbau des MVGRad und Ergänzung durch Lastenräder
- ein Mobilitätsabo für ÖPNV und Leihräder
- Fahrradkurse für spezielle Zielgruppen
- ÖPNV zum Nulltarif
- den schnellen Netzausbau bei U-Bahn, Bus und Tram sowie bei der S-Bahn, insbesondere hinsichtlich Tangenten und Ringlinien
- ergänzende öffentliche Angebote durch die MVG und keine privatwirtschaftlich organisierten Lösungen
- angemessene Taktfrequenzen (mindestens 10-Minuten-Takt) und einen Ausbau des Nachtlinienangebotes sowie Verlängerung des Regelbetriebs
- WLAN und Lademöglichkeiten in Fahrzeugen sowie an ÖPNV-Haltestellen
- Barrierefreiheit im öffentlich Raum, an den Haltestellen sowie in den Fahrzeugen
- eine Express-S-Bahn zum Flughafen und keine dritte Startbahn
- ein Minimum an Kfz-Verkehr in der Stadt und die autofreie Innenstadt
- Car-Sharing vor privatem Autobesitz
- eine kommunale Dienst- und Zweitwagenabgabe
- den Rückbau von Verkehrsflächen
- keine städtische Förderung von privaten E-Autos und Dienstfahrzeugen, sondern nur im öffentlichen und kommerziellen Verkehr

Klima, Umwelt Energie

Der Schutz von Umwelt, Ressourcen und Klima ist eine der zentralen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein zutiefst soziales Thema. Wir lehnen den konstruierten Widerspruch zwischen Sozialem und Ökologischem entschieden ab, denn die Probleme in beiden Feldern sind Resultat kapitalistischer Wirtschaftsformen. Als Antwort in Form einer **sozial-ökologischen Wende** muss beides zusammen gedacht werden.

Weil sozial-ökologische Politik in der heutigen, häufig von kurzfristigem Denken und Kosteneffizienz geprägten, neoliberalen Wirtschaftsordnung hohem Druck ausgesetzt ist, muss das Erreichte gut abgesichert werden. Bei der Umsetzung unserer Forderungen müssen Bürger*innen von Beginn an einbezogen und aktiv beteiligt werden, um die Akzeptanz zu steigern und die Bereitschaft der Menschen, das Erreichte zu verteidigen, zu erhöhen.

Klimaschutz

Mangelnder Klimaschutz ist zutiefst ungerecht. Die Folgen der Erderwärmung treffen die Ärmsten zuerst und am härtesten. Wir fordern eine Verschärfung des Klimaschutzziels der Stadt. München muss **so früh wie möglich klimaneutral** werden, spätestens bis 2035. Dabei müssen mindestens alle fünf Jahre die Fortschritte sowie auch die jeweils verbleibenden CO₂-Emissionsmengen quantifiziert und transparent kommuniziert werden. Wir fordern als Standard für alle künftigen Entscheidungen, die Kompatibilität mit dem Ziel der Klimaneutralität zu prüfen. Dabei soll die Stadt diesem Anspruch z. B. über ihre Beteiligungen auch außerhalb der Stadtgrenze gerecht werden. In der Stadtverwaltung sollen wo möglich CO₂-Emissionen vermieden werden. Notfalls müssen nicht vermiedene CO₂-Emissionen, etwa durch Dienstreisen mit klimaschädlichen Verkehrsmitteln wie Flugzeugen, durch lokale Sondermaßnahmen ausgeglichen werden.

Kommunale Energieversorgung

München hat mit den Stadtwerken ein erfolgreiches und zukunftsorientiertes kommunales Energieversorgungsunternehmen. Als wichtiger

Teil der **Daseinsvorsorge** müssen die SWM auch weiter zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Wir stehen hinter der Ausbauinitiative erneuerbare Energien und dem Ziel, bis 2025 100 % des Münchner Strombedarfs aus regenerativen Quellen bereitzustellen.

Wir lehnen den Bau neuer fossiler Kraft- oder Heizwerke ab. Die Jahresvolllaststunden der verbliebenen **fossilen Kraftwerke** sollen soweit wie möglich reduziert und die Anlagen frühestmöglich stillgelegt werden. Im Einzelfall ist zu prüfen, ob bei der Stilllegung einer Anlage Emissionszertifikate aus dem EU-Emissionshandel aufgekauft und gelöscht werden müssen, um den Klimaschutzeffekt einer solchen Maßnahme abzusichern.

München strebt an, die CO₂-Emissionen für die Wärmebereitstellung im gesamten Stadtgebiet möglichst schnell und umfassend zu reduzieren. Ein wichtiger Baustein ist die Beschleunigung des **Geothermieausbaus**, um bereits vor 2040 nicht mehr auf fossile Energieträgerinnen angewiesen zu sein. Dafür muss nicht nur das bestehende **Fernwärmenetz** zeitnah umgerüstet werden, sondern es müssen auch weitere Stadtgebiete erschlossen werden, denn die Fernwärme versorgt derzeit nur rund 30 % der Münchner Gebäude. Zur CO₂-Reduzierung ist eine konstant

hohe Rate von Gebäudesanierung sowie Heizungsaustausch erforderlich. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Maßnahmen nicht zu Lasten der Mieter*innen gehen; Klimaschutz geht sozialverträglich! München wird so zu einem Vorbild für eine erneuerbare und sozialverträgliche Umstellung großstädtischer Wärmeversorgung.

Wir fordern, dass ein hoher Anteil von Neubauten als **Plusenergiehäuser** ausgeführt wird, und damit mehr Energie bereitstellen als sie benötigen. Das kann z. B. durch Photovoltaikanlagen auf jedem neuen Gebäude nach Tübinger oder Konstanzer Vorbild erreicht werden.

Die Stadtverwaltung soll unter Verwendung existierender Solarkataster eine Potentialeinschätzung zu innerstädtischer **Photovoltaik** durchführen, Zielmengen zu installierender Leistung definieren und sich durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und weitere geeignete Maßnahmen dafür einsetzen, dass diese Ziele erreicht werden. Wünschenswert ist bis 2022 mindestens eine Vervierfachung der installierten Leistung innerhalb des Stadtgebietes im Vergleich zum Stand 2019. Es sollen Modelle entwickelt werden, wie private Hauseigentümer*innen sich hierbei beteiligen können bzw. in die Pflicht genommen werden können,

beispielsweise durch Verpachtung von Dachflächen.

In einer sich kontinuierlich verändernden Energiewirtschaft sind die SWM gefordert, frühzeitig neue Tätigkeitsfelder zu erschließen. Besondere Chancen sehen wir hier in einer zu entwickelnden lokalen Energieplattform nach Wuppertaler Vorbild, die dezentrale Akteur*innen in das örtliche Energiesystem integriert. Wir stehen für die Demokratisierung aller Lebensbereiche, wichtig sind daher Mitsprache und (finanzielle) Partizipationsmöglichkeiten für Mieter*innen an lokalen Energiekonzepten, entweder durch direkte Beteiligung in ihrem Haus oder z. B. über einen **Bürger*innenfonds Energie**. Ein Bürger*innen-Energiefonds würde es Menschen in der Stadt ermöglichen, auch ohne direkten Bezug zu konkreten Projekten direkt in den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stadt zu investieren. Zugleich könnten sie finanziell vom Erfolg der erneuerbaren Energien profitieren.

Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen wir dringend zentrale und dezentrale **Speicherlösungen**. Die Stadt soll Anreize schaffen, dass die SWM oder andere Akteur*innen hier vor Ort in München in Speichertechnologien investieren, um den Anteil genutzter erneuerbarer Energie weiter zu erhöhen.

Wir wollen, dass München durch konsequente Umsetzung dieser Energiekonzepte die erste deutsche Großstadt wird, die der internationalen „**Powering Past Coal Alliance**“ beitrifft.

Ressourcenschutz

Der schonende Umgang mit Ressourcen ist zentraler Bestandteil einer gerechten Stadtgesellschaft. Wir fordern, Konzepte zu entwickeln, um die immense **Lebensmittelverschwendung** zu minimieren, beispielsweise die Einrichtung dezentraler Sammelstellen nicht verkaufter Lebensmittel zur freien Verfügung für alle. Objekte sollen genutzt und nicht besessen werden. Deshalb unterstützen wir Projekte und Initiativen, die den Tausch und die gemeinsame Nutzung von materialintensiven und wenig genutzten Gütern wie z. B. Werkzeugen ermöglichen (z. B. **Repair Cafés**).

Das Bauzentrum München ist weiterhin zu fördern und dessen Angebote sind offensiv zu bewerben, insbesondere diejenigen im Bereich der Energieeffizienzsteigerung.

Bei städtischem Bauen ist auf die Verwendung recyclebarer und weitgehend CO₂-neutraler Baustoffe zu pochen. Hier sollen die **Recyclingquoten** für Boden- und Baumaterialien in München erhöht werden.

Außerdem sollen Recyclinganlagen bei den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieben eingerichtet werden, welche die Rohstoffe aus abgerissenen Bestandsbauten für den Einsatz in Neubauten nutzbar machen

Im Gebäudebestand muss viel mehr Energie eingespart werden. Dazu müssen die **Sanierungsquoten** deutlich angehoben werden. Davon sollen insbesondere Mieter*innen profitieren, Sanierungskosten dürfen nicht auf die Mieten umgelegt werden. Es soll geprüft werden, wie Einspar-Contracting oder ähnliche Konzepte Investitionen in Gebäudesanierung anreizen können, ohne zu Mehrbelastungen für die Mieter*innen zu führen. [**Wohnen**]

Städtische Kantinen müssen so schnell wie möglich plastikfrei werden und auf Einwegverpackungen verzichten. Die Stadtverwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen und wo möglich auf Plastik verzichten sowie den Papierverbrauch sukzessive reduzieren. Langfristiges Ziel ist auch in der Stadtverwaltung das papierlose Büro. Priorität muss in der gesamten Stadt die **Müllvermeidung** haben. Dies soll auch künftig mit nicht-monetären Anreizen wie Werbekampagnen forciert werden. Das Sammeln von Glas und Altmetall zu Recyclingzwecken ist auf seine Effektivität zu überprüfen und ggf. zu verbessern. Die bereits bestehende

Biotonnenpflicht muss überall umgesetzt werden. Für Gewerbetreibende wird ab 2020 die gesetzlich vorgeschriebene Mülltrennung Bestandteil der Gewerbeaufsichtsprüfung, damit sich auch Gewerbebetriebe am ökologisch Gebotenen beteiligen.

Ökologie und Biodiversität

Eine moderne und lebenswerte Stadtgesellschaft muss natürliche Lebensräume und **Grünflächen** erhalten und wiederherstellen. Diese können – zumindest teilweise – zu vielfältigen Begegnungsorten werden, wo sich Menschen frei von Konsumzwängen aufhalten und erholen können. Gleichzeitig leisten sie einen Beitrag zum Stadtklima und bieten städtischen Wildtieren Rückzugsräume. Wir wollen deutlich weniger versiegelte Flächen in der Stadt, nicht benötigte Verkehrsflächen sollen – wo möglich – entsiegelt werden, um in unmittelbarer Nähe zum Wohnort kleine Erholungsbereiche zu schaffen. [*Öffentlicher Raum*]

Wir plädieren weiterhin für deutlich mehr Fassaden- und Dachbegrünungsprojekte mit Fokus auf Insektenfreundlichkeit. So entstehen neue Lebensräume für Artenvielfalt in der Stadt und positive Effekte für das Stadtklima. Die Dachbegrünung

ersetzt nicht die in der Bayerischen Bauordnung festgehaltene Verpflichtung von Bauherr*innen, Spielbereiche und Begegnungsstätten für die Bewohner*innen zu schaffen. Es ist weiterhin zu fördern, dass sozialer Raum für alle im Stadtteil Wohnenden geschaffen wird und für alle frei zugänglich ist.

Es steht fest, dass die **Wasserversorgung** in städtischer Hand bleiben muss. Die Bemühungen der SWM für gutes Trinkwasser kommen in den Wassereinzugsgebieten zugleich auch der ökologischen Landwirtschaft zu Gute. Um die Verwendung von Einweg-Plastikflaschen zu reduzieren, sollen im Stadtgebiet Trinkwasserfontänen errichtet werden, die kostenfrei zugänglich sind.

Ernährung und Landwirtschaft

München braucht eine Ernährungsstrategie, die biologische, saisonale und nachhaltige Ernährung fördert. Wir wollen, dass die Stadt München und ihre Betriebe eine Vorreiterinnenrolle in Sachen ökologischer und qualitativ hochwertiger Ernährung einnehmen.

Gerade die städtischen Betriebe und Bildungseinrichtungen müssen vorleben, wie nachhaltige und hoch-

wertige Ernährung auch im großen Rahmen funktioniert und damit einen Teil der **Ernährungsbildung** übernehmen. Es sollen vorwiegend bio-zertifizierte, saisonale und regionale Lebensmittel ganzheitlich verarbeitet werden und der Verbrauch an tierischen Produkten gesenkt werden. Wir fordern, dass diese Ziele feste Kriterien bei der Pachtvergabe aller städtischen Kantinen und Mensen werden. Der vorgeschriebene Anteil an Biolebensmitteln muss schrittweise weiter erhöht werden. Um alle Beteiligten mitzunehmen und die Ziele erfolgreich umzusetzen, sollen den Köch*innen der Einrichtungen zusätzliche Fortbildungsangebote gemacht werden.

Qualitativ hochwertige Lebensmittel dürfen aber kein Privileg der Besserverdienenden sein. Deshalb fordern wir unter anderem kostenlose Mittagessen in Bildungseinrichtungen. Flankiert wird diese Maßnahme von einem breit aufgestellten Angebot zur Ernährungsbildung in Schulen, für Erwachsene, für alle sozialen Gruppen. *[Bildung]*

Darüber hinaus sollen soziale Projekte zur Ernährungsbildung ausgebaut bzw. bestehende Projekte um ein entsprechendes Konzept erweitert werden. Bereits heute verfügen zahlreiche Gemeinschaftsräume der GEWOFAG und GWG oder Nachbarschaftstreffs über Möglichkeiten zum gemeinsa-

men Kochen. In einem Pilotprojekt mit den städtischen Wohnungsgesellschaften wollen wir die Gemeinschaftsräume um **Gemeinschaftsgärten** erweitern und die gemeinsame Gartenarbeit sowie das gemeinsame Kochen der Bewohner*innen fördern. Dazu kann auf bestehende Strukturen von freien Trägern wie dem Kartoffelkombinat oder dem Ackermannbogen e.V. zurückgegriffen werden.

Wir konsumieren Lebensmittel größtenteils aus einem globalen Markt. Wir wollen aber eine sinnvolle Logistik der Landwirtschaft in und um München. Daher fordern wir eine Agrarstrukturanalyse der Europäischen Metropolregion München (EMM), um einen Überblick über Nutzung und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Flächen sowie die Transportwege der produzierten Güter zu erhalten.

Um mehr Flächen für die nachhaltige Bewirtschaftung zu sichern, fordern wir eine Expansionspolitik der **Stadtgüter München**, die den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen in München und der Region zum Ziel hat. Auf den landwirtschaftlichen Flächen, die bereits im Besitz der Stadt sind, muss der pestizidfreie und biologische Anbau weiter ausgebaut werden und zur bindenden Voraussetzung aller neuen Pachtverträge werden. Für bestehende Pachtverhältnisse müssen die Anreize für einen Umstieg auf nachhaltige Landwirtschaft verstärkt werden.

Luftreinhaltung und Lärmschutz

Wir fordern die Stadt auf, sich überregional z. B. auf dem deutschen Städtetag für Maßnahmen zur Wiederherstellung und Verbesserung der **Luftqualität** einzusetzen. Die Verantwortlichkeiten im Bereich **Luftreinhaltung** sind verbindlich zu klären. Besonderes Augenmerk ist auf verkehrliche Maßnahmen zu legen [*Mobilität*].

Lärmschutz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Wir nehmen Lärm als Gesundheitsrisiko ernst, plädieren jedoch für einen rationalen und realistischen Umgang mit der Thematik. In einer Großstadt müssen innerhalb der gesetzlichen Grenzen die Konsequenzen des Zusammenlebens auf engem Raum toleriert werden. Unser Ziel der autofreien Innenstadt, die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs allgemein und geräuschärmere Elektromobilität sind nicht zuletzt auch aus Sicht der Lärmreduktion sinnvoll und ein großer Schritt in Richtung mehr Lebensqualität in der Stadt.

Sozial-ökologische Transformation

Für uns sind soziale und ökologi-

sche Themen nicht voneinander zu trennen. Das muss sich konsequent in allen kommunalen Förderprogrammen widerspiegeln. Die Förderung von E-Bikes und Lastenrädern ist darauf zu überprüfen, ob sie einkommensschwachen Menschen den Zugang zu diesen Verkehrsmitteln tatsächlich ermöglicht. Wir bevorzugen öffentliche Sharingkonzepte gegenüber Kaufprämien für Einzelpersonen. [*Mobilität*]

Digitale Technologien werden unweigerlich auch Einzug in die Großstädte halten. Die digitale Transformation bietet aus Sicht des Klimaschutzes viele Chancen, aber auch einige Risiken. Wir fordern, dass einzelne Maßnahmen wie beispielsweise smarte Beleuchtung oder Parkraummanagementsysteme vor der Implementierung stets unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Reduktion geprüft und bewertet werden. Es muss vermieden werden, dass die Digitalisierung in der Stadt am Ende mehr zusätzliche CO₂-Emissionen produziert, als eingespart werden (Rebound-Effekt) [*Digitalisierung*].

Wir wollen, dass die Stadt eine **Zukunftswerkstatt** etabliert, die jenseits kapitalistischer Gründer*innenkultur Räume für neue, inklusive, nachhaltige, ressourcenschonende Ideen der Gemeinwohlwirtschaft bereitstellt – auch im Bereich der Digitalisierung. Gemeinschaftlich sollen dort Kon-

zepte für soziale und ökologische Innovationen entwickelt und in die Stadtgesellschaft getragen werden.

Bei der Ideenfindung, Konzeption und Umsetzung von lokalen Klimaschutz-, Energie- und Umweltprojekten setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden- und initiativen sowie eine tiefe Verankerung in der Zivilgesellschaft. Daneben soll die Stadt ihre Möglichkeiten nutzen, Programme und Initiativen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern, etwa an Schulen und durch Öffentlichkeitsarbeit.

Wir fordern

- Klimaneutralität Münchens vor 2035
- den deutlichen Ausbau erneuerbarer Energien: bis 2025 100 % Strom aus regenerativen Quellen
- eine Beschleunigung des Geothermieausbaus sowie den Ausbau des Fernwärmenetzes, um so schnell wie möglich keine fossilen Energien zur Wärmeerzeugung mehr zu nutzen
- keine neuen fossilen Kraft- oder Heizwerke in München und die schnellstmögliche Reduktion der Nutzung verbleibender fossiler Anlagen
- einen hohen Anteil an Neubauten als Plusenergiehäuser
- den Ausbau innerstädtischer Photovoltaik
- einen Bürger*innenfonds Energie, über den sich die Bevölkerung am Ausbau erneuerbarer Energie vor Ort beteiligen kann
- den Verbleib der SWM und damit der kommunalen Energie- und Wasserversorgung in städtischer Hand
- den Beitritt Münchens zur „Powering Past Coal Alliance“
- Konzepte zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung
- die Förderung zur gemeinsamen Nutzung von Objekten (Repair Cafés)
- eine Anhebung von Recyclingquoten insbesondere für Boden- und Baumaterialien
- eine Anhebung der Sanierungsquoten im Gebäudebestand
- Maßnahmen zur Müllvermeidung und die flächendeckende Umsetzung der Biotonnenpflicht
- mehr grüne Flächen in der Stadt
- frei zugängliche Trinkwasserfontänen
- Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität
- keine zusätzlichen CO₂-Emissionen bei der Nutzung digitaler Technologien in der Stadt (Smart City)
- eine Zukunftswerkstatt, in der Bürger*innen gemeinschaftlich Konzepte für soziale und ökologische Innovationen entwickeln und in die Stadtgesellschaft tragen können

Öffentlicher

Raum für alle!

Der öffentliche Raum gehört allen Münchner*innen gleichermaßen. Aber leider werden in der Praxis nicht alle Verhaltensweisen und Personengruppen beim Zugang des öffentlichen Raumes und seiner Nutzung gleichermaßen akzeptiert.

Vielmehr gibt es seit jeher Nutzungskonflikte und kollektive Abwertungstendenzen gegenüber bestimmten Verhaltensweisen und Gruppen. Öffentlicher Raum ist für uns sehr wichtig. Er schafft den urbanen Kontext, in dem sich Stadtgesellschaft entfalten kann und macht unser lebenswertes München aus. Wir halten es für notwendig, die entstehenden Nutzungskonflikte zu moderieren statt repressiv einzugreifen.

Dabei ist klar: Von einer vermeintlichen Norm abweichendes Verhalten gehört zu einer vielfältigen Stadtgesellschaft und wird niemals verschwinden; es zu verdrängen wird nicht funktionieren und darf nie das Ziel von Politik sein. **Nutzungskonflikte** gehören für uns zu einem Leben in der Stadt dazu.

Wir sehen diese nicht als negatives Übel, sondern sind davon überzeugt, dass die vielen infrastrukturellen Vorteile einer Stadt nicht ohne Konflikte genutzt werden können. Deshalb werden wir innerhalb der Stadtgesellschaft für gegenseitiges Verständnis und ein soziales Miteinander, das Konflikte im Dialog klärt, sorgen.

Kultur ja, Kommerz nein

Wir wollen, dass alle Zugang zum öffentlichen Raum haben und diesen für sich nutzen können. Wir stellen uns daher entschieden gegen seine Kommerzialisierung. Dies gilt vor allem für Räume, die bereits urban sind und **ohne Kommerz funktionieren**. Gute Beispiele hierfür sind die Isar oder der Englische Garten. Verschiedene Schichten der Stadtgesellschaft kommen hier vor allem im Sommer zusammen und nutzen diese als Erholungsorte. Dies funktioniert unter anderem deswegen so gut, weil hier kein Konsumzwang besteht. Daher lehnen wir die Einführung von Gastronomie und anderen Einrichtungen, deren kommerzieller Charakter den Erholungsraum im Umfeld dominieren würde, grundsätzlich ab. Dies gilt auch für Initiativen wie das Isarflussbad: Die Isar als Erholungsort soll man sich nicht erkaufen müssen! Wir sind gegen pauschale **Grillverbote** an der Isar, fordern stattdessen aber die Einrichtung stationärer und mobiler Grillplätze, um Einweggrills überflüssig zu machen und die damit verbundene Vermüllung der Isarauen zu beenden. Außerdem fordern wir einen Ausbau von öffentlichen **kostenlosen Toiletten** an solchen Erholungsorten.

Trotz unserer Ablehnung der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, ist uns bewusst, dass auch Biergärten und ähnliche Einrichtungen diesen bereichern. Wir wollen lediglich verhindern, dass diese an bereits bestehenden Erholungsorten eröffnet werden und dort einzelnen Schichten den Raum nehmen.

Wir wollen im öffentlichen Raum Freiräume für eine vielfältige und urbane Kultur nutzen. Deswegen wollen wir leerstehende Gebäude zur Zwischenutzung an Künstler*inneninitiativen vergeben. Außerdem fordern wir die Bereitstellung von mehr Flächen im öffentlichen Raum für **Street-Art**. Denn gerade Street-Art betont einen urbanen Charakter und ist für alle zugänglich, unabhängig von der sozialen Schicht. *[Kulturpolitik]*

Wir wollen die Hürden für **Straßenkunst** in Fußgänger*innenzonen senken. So soll beispielsweise das Malen mit Kreide direkt auf die Straße erlaubt sein und auch Instrumente, die aktuell nicht genehmigungsfähig sind, sollen dies werden.

Teilhabe im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum dient nicht nur dazu, von einem Ort zum anderen zu kommen, sondern ist auch ein Ort der sozialen Teilhabe, an dem man verweilen, sich unterhalten und feiern kann. Wir lehnen jede Art der Sperrstunde ab. Freischankflächen wollen wir so ausgestalten, dass sie nur so wenig wie unbedingt notwendig in den öffentlichen Raum einschreiten und bspw. kein Hindernis für mobilitätseingeschränkte Personen darstellen.

Oftmals werden Jugendliche als Bedrohung oder Störung wahrgenommen, wenn sie sich, selbst in kleineren Gruppen, im öffentlichen Raum aufhalten. Auch hier wollen wir **Nutzungskonflikte moderieren** und wehren uns gegen das unzutreffende Bild randalierender Jugendgruppen. Wir begrüßen in diesem Kontext die Arbeit des Allparteilichen Konfliktmanagements AKIM. Zudem müssen Räume für die freie Entwicklung von Jugendlichen geschaffen werden, da dort Identität entwickelt und Erfahrungen gesammelt werden. Aufgabe der Erziehung ist es, die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbstständigem, verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen und die

Aneignung zu fördern. Auch Jugendliche haben ein Recht auf Aufenthalt. Durch eine erweiterte Schulhoföffnung könnten beispielsweise den Jugendlichen ihrem entwicklungspsychologischen Stand entsprechende versteckte Ecken und Orte geschaffen werden. *[Bildung]*

Wir lehnen jede Form von **Alkoholverboten** (auch stundenweise) im öffentlichen Raum ab und fordern die Aufhebung der bestehenden.

Das sog. wilde Campieren wird in unserer Stadt aus guten Gründen nicht geduldet: Wir wollen, dass weiterhin niemand in unserer Stadt erfriert und niemand ohne aufsuchende sozialpädagogische Betreuung verbleibt. Allgemeinverfügungen von Bettelverboten lehnen wir strikt ab. Wir wollen, dass Drogenkonsum im öffentlichen Raum nicht als individuelles Problem begriffen wird, sondern **Angebote der Suchthilfe** verbessert werden. So fordern wir die Einrichtung von Fixer*innenstuben, Automaten zum kostenfreien Spritzenaustausch sowie Aufenthaltsräumen. Wir wollen ähnlich wie die Stadt Nürnberg ein Modellprojekt zum Drug Checking entwickeln. Drug Checking ist eine unabhängige Stelle, bei der Drogen auf ihre Reinheit und Qualität überprüft werden können, ohne dass Besitz und Konsum an die Polizei gemeldet werden. *[Soziales]*

Wir sind froh, in einer Stadt zu leben, in der es keine Gefährdungsräume, Hotspots oder besonders sicherheitsrelevante Orte gibt. Behauptungen, nach denen der Münchner Hauptbahnhof oder der Ostbahnhof ein Sicherheitsproblem haben, weisen wir zurück. Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab und fordern den **Rückbau bestehender Videoüberwachung**.

Nirgendwo in München ist es notwendig, eine Sicherheitswacht zur Unterstützung der Polizei und des Kommunalen Außendienstes einzusetzen. Wir lehnen **Sicherheitswachten** grundsätzlich ab und wollen keine Privatisierung von Ordnungsaufgaben.

Plätze – Raum der Begegnung

Aktuell dominieren auf Münchner Plätzen noch Lärm, Abgase und Beton. Dabei geben Plätze unseren Stadtvierteln ein Gesicht. Sie sind Orte der Begegnung und Durchmischung sämtlicher sozialer Milieus – Jung und Alt, Arm und Reich kommen hier zusammen. **Plätze** dienen als Dreh- und Angelpunkte des urbanen Lebens. Daher sind sie für uns ein zentrales Element zur Weiterentwicklung des öffentlichen Raumes. Plätze sollen kulturelle Zentren darstellen, Raum bieten für Wochenmärkte und

Stadtteilfeste und ein Wohlfühlort mit hoher Aufenthaltsqualität sein, der zum Verweilen und Feiern ohne Konsumzwang einlädt **[Kultur]**.

Eine **attraktive Ausgestaltung** sollte vielfältige Faktoren umfassen: Sitzbänke, auf denen auch das Hinlegen möglich ist, Wasser- und Grünflächen für die Erzeugung eines besseren innerstädtischen Klimas, gemeinschaftlich gepflegte Blumenwiesen, ein Angebot auch barrierefreier Spielgeräte und Spielplätze für Kinder, frei zugängliche WLAN-Hotspots samt Möglichkeiten für kabelloses Laden von Smartphones **[Digitales]**, barriere- und kostenfreie Toiletten und Trinkwasserspender. Eine ausreichende Lichtdurchflutung und Vermeidung von unüberschaubaren Ecken sind ebenso essentiell wie die Schaffung von Schutzmöglichkeiten vor Sonne und Starkregen. Es muss ein Hauptanliegen der Stadt sein, die Bodenversiegelung möglichst aufzuheben **[Umwelt]**. Ein kompletter Ausschluss des motorisierten Individualverkehrs in der direkten Umgebung ist äußerst wünschenswert **[Mobilität]**. Um mehr Raum für Begegnung zu schaffen, halten wir es auch für wünschenswert, auf eine öffentliche Nutzbarkeit von Hinterhöfen und anderen privaten Flächen in der Stadt hinzuarbeiten.

Städtebauliche Kriminalprävention

Ziel ist es, dass sich jede*r im öffentlichen Raum wohlfühlt und selbstbewusst bewegen kann. Um das zu gewährleisten, fordern wir einen **städtebaulichen Kriminalpräventionsplan**. Hierzu gehören das Ausleuchten von Unterführungen und das Erhellen von U-Bahn-Eingängen genauso wie die offene Neugestaltung von Plätzen in München.

Um eine Stadt für alle zu sein, fordern wir ergänzend, die öffentlichen **Verwaltungsgebäude mit Bürger*innenkontakt** freundlicher zu gestalten. Oft wird hier das Gefühl vermittelt, Bittsteller*in oder unerwünscht zu sein. Und zwar sowohl über das Verhalten als auch durch bürokratische Hürden wie etwa beim Stellen von Asylanträgen oder sozialpolitischen Leistungen. Wir fordern daher über die Neugestaltung hinaus eine Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen durch städtische Schulungen und Supervision. Öffentliche Gebäude müssen in München auch weiterhin **frei von religiösen Symbolen** sein. *[Migration]*

Wir fordern

- öffentliche Räume ohne Konsumzwang zu erhalten und keine Konsumpflichten neu zu schaffen
- die Ablehnung des Isarflussbades sowie genereller Grillverbote
- den Ausbau öffentlicher Toiletten an urbanen Erholungsorten
- eine kreative Zwischennutzungsvergabe an Künstler*innen
- die Schaffung von mehr Freiflächen für Street-Art
- erweiterte Schulhoföffnung
- die Absenkung der Hürden für Straßenkunst
- die Ablehnung der Privatisierung von Sicherheitsstrukturen über die Sicherheitswacht
- keine Allgemeinverfügungen zu Bettelverboten
- die Rücknahme aller bestehenden Alkoholverbote sowie den Ausbau der Angebote der Suchthilfe
- den Rückbau der Videoüberwachung
- die Entwicklung eines städtebaulichen Kriminalpräventionsplans
- die weitere Ausleuchtung von Unterführungen und die Erhellung von U-Bahn-Eingängen
- ein Sonderprogramm zur Neugestaltung von Plätzen in jedem Stadtviertel, um diese attraktiver als urbanen öffentlichen Begegnungsraum zu gestalten
- dass öffentliche Gebäude weiterhin frei von religiösen Symbolen bleiben
- die bürger*innenfreundliche Gestaltung öffentlicher Verwaltungsgebäude

Stadtentwicklung

München wächst. Die Flächen, auf denen noch dringend benötigte Wohnungen entstehen könnten, sind begrenzt. Mit der wachsenden Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und dem tendenziell finanzkräftigen, arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug steigt auch der Verdrängungsdruck auf gering- bis normalverdienende Haushalte in München.

Wachstum ist die urbane Realität, die wir gestalten müssen. Ein Zuzugstopp ist nicht umsetzbar, eine Verminderung der Attraktivität Münchens ist nicht wünschenswert und löst keine Probleme. Diese Ansätze verkennen die Logiken großräumiger Urbanisierungsprozesse.

Vielmehr begreifen wir das Wachstum unserer Stadt als Chance, städtisches Zusammenleben nachhaltig und sozial zu gestalten. Im Verbund mit den Umlandgemeinden und der Region wollen wir Wachstum aktiv steuern und gestalten.

Grundsätze und Leitbilder

Unsere Stadt ist eine Stadt für alle. Wir verstehen Stadt als konkreten Handlungsraum, in dem wir die Grundlagen unseres gemeinsamen Zusammenlebens gestalten. Deshalb ist unser Verständnis von Stadt ein politisches. Für uns ist Stadt nicht bloßer Raum für die Reproduktion der Arbeitskraft oder bebaute Umwelt, sondern eine Qualität an sich. Wir machen die Stadt zum Raum der Hoffnung in einer kapitalistisch geprägten Welt.

Um diese Vision in Realität zu verwandeln, holen wir uns die Stadt zurück. Das Ziel unserer Stadtentwicklungspolitik ist es, Stadtraum für die Allgemeinheit zurückzugewinnen und dem privaten, rein profitorientierten Bodenmarkt zu entziehen. Umverteilung muss räumlich werden. Die Frage ist die dauerhafte Verfügungsgewalt über Grund und Boden. Um die Nutzung von privaten Flächen im Sinne der Allgemeinheit zu gewährleisten, streiten wir für den administrativen Vorrang von Bauleitplanung vor kooperativen Planungsprozessen. Unsere Stadtentwicklungspolitik folgt dabei den folgenden Leitbildern:

sozial & gemischt – Wir wollen eine gemischte Stadt, die geprägt ist durch die Vielfalt und die Verschiedenheit der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten. Die räumliche Gleichzeitigkeit der Realitäten der verschiedenen Einkommensgruppen, von sozialen und kulturellen Hintergründen und die Vielfalt der Lebenssituationen und Lebensentwürfe prägen die Stadt. Wir wollen die gemeinsame Stadt für eine aufgeklärte und vielfältige Stadtgesellschaft. Entmischungstendenzen bis hin zur residentuellen Segregation, der Aufspaltung der Wohnorte nach sozialem Status, bekämpfen wir daher entschieden.

urban & dicht – Die Stadt bildet ein vielfältiges Raum- und Standortgefüge mit unterschiedlichen räumlichen Qualitäten als Wohn- und Arbeitsort, mit bezahlbaren Wohnlagen und Geschäftsflächen für Gewerbe, Handel und Dienstleistungen im unmittelbaren Umfeld. Gemischte Nutzungsstrukturen müssen gefördert und erhalten werden. Dichte ist u. a. eine Bedingung für das Entstehen lebendiger urbaner Strukturen. Wir wollen lebendige Viertel, die Lebensmittelpunkt und lokale Zentren für den Alltag ihrer Bewohner*innen sind. Das Nebeneinander unterschiedlicher räumlicher Funktionen muss bis in den Mikrokosmos von Stadtvierteln gedacht und ermöglicht werden.

Wir schaffen in München im Zuge von Nachverdichtung, der Erschließung neuer städtischer Räume und der Umverteilung und Umwidmung von Boden und Flächen Räume, die der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen sind. Der öffentliche Raum wird so gestaltet, dass Freiflächen und Begegnungsräume, die nicht kommerziell geprägt sind, ausgebaut werden, sodass alle sozialen Gruppen am Leben in dieser Stadt teilhaben können. *[Öffentlicher Raum, Kultur]*

nachhaltig & vernetzt – Wachstum und Nachverdichtung müssen langfristig angelegt und prozesshaft verstanden werden, um nachhaltig für die Stadtgesellschaft zu wirken. Wir setzen auf ein polyzentral angelegtes, qualitatives Wachstum, um Wildwuchs oder seriellen Flächenfraß zu unterbinden und Stadtteile als lebendige Zentren zu stärken. Wir schaffen in Neubau und Bestand gemischte Stadtquartiere mit urbanen Dichten, die effizient und nachhaltig angelegt zu Knotenpunkten in der Stadt der kurzen Wege werden.

Der Begrenztheit kommunaler Handlungsspielräume durch bundes- oder landespolitische Zuständigkeiten und gesetzliche Regelungen begegnen wir, indem wir uns gemeinsam mit anderen Städten politische Veränderungen erkämpfen. Wir verflechten Räume der Hoffnung zu einem

dichten Netz – auch Urbanität macht keinen Halt vor nationalen Grenzen. Für uns ist die Funktion von Stadt nie nur lokal begrenzt, sondern steht in Austauschbeziehung mit anderen Städten der Welt, die sich einer kapitalistisch dominierten Logik entziehen und gemeinsam und solidarisch eine progressive Vorstellung von Zukunft verfolgen.

Nachverdichtung

Das noch vorhandene Flächenpotential für die Schaffung dringend benötigten Wohnraums in München ist begrenzt. Ein großer Teil entfällt dabei auf Verdichtung und Qualifizierung bestehender Quartiersstrukturen. Dabei muss das Augenmerk auf der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und dem Erhalt sowie der Verbesserung der Lebensqualität im jeweiligen Nachverdichtungsgebiet liegen.

Nachverdichtung durch Aufstockung, Ergänzung von Gebäudestrukturen, Konversion oder Nutzbarmachung leerstehender oder untergenutzter Grundstücke muss durch die Stadt im Sinne der städtebaulichen Ziele realisiert werden. Dafür nutzt die Stadt die bestehenden Möglichkeiten der Bauleitplanung aus und beteiligt auch bei kleinen Verdichtungsgrundstücken die Planungsbegünstigten durch den Erlass von Bebauungsplä-

nen und städtebaulichen Verträgen an den Folgekosten und der Errichtung sozialer Infrastruktur. Sie setzt sich bei der Bundesgesetzgeberin dafür ein, dass durch Ergänzung der Regelungsmöglichkeiten des Bebauungsplans die gebietsweise Festsetzung einer zu erfüllenden Quote an einkommensorientiert geförderten sowie im weiteren Sinne bezahlbarem Wohnraum möglich wird.

Im Falle der **Nachverdichtung** von großräumigeren Siedlungsstrukturen wie des Wohnungsbestands der 60er-Jahre nutzt die Stadt die Möglichkeiten des erweiterten Städtebaurechts, um städtebauliche Ziele durchzusetzen und die soziale Mischung zu gewährleisten. Dazu gehört insbesondere die Ausweisung von **Sanierungsgebieten** auf Basis des städtebaulichen Mangels, der notwendigen Ertüchtigung der Gebäudesubstanz sowie der qualitätsvollen Nachverdichtung.

Gleichzeitig ist ebenfalls dafür Sorge zu tragen, dass die Nachverdichtungsgebiete auch mit steigender Bevölkerungsdichte lebenswert bleiben. Die Nachverdichtung ist entlang bereits vorhandener Infrastruktur zu planen und bestehende Infrastruktur im Hinblick auf die anstehenden Nachverdichtungsmaßnahmen zu ertüchtigen. Zunächst müssen Gebiete in Angriff genommen werden, in denen der ÖPNV

noch über ausreichende Kapazitäten verfügt. Außerdem muss auf ausreichende Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen im Umfeld geachtet werden.

Hierbei muss in besonderem Maße auf die **Nachhaltigkeit** der Entwicklung geachtet werden. Freiflächen, ausreichende Begrünung und die Erhaltung von Frischluftschneisen sind essentiell [*Klima, Umwelt und Energie*]. Des Weiteren hat die Nachverdichtung qualitativ hochwertig und städtebaulich ausgewogen zu sein. Als erstrebenswertes Maß der Bebauung sehen wir eine Aufstockung auf etwa sieben bis acht Stockwerke abhängig von der Umgebungsbebauung sowie vereinzelte Hochpunkte.

In Gebieten mit hauptsächlich **Einfamilienhausbebauung** geringer Dichte wird eine langfristige Strategie verfolgt, um den Bestand im Sinne lebendiger Stadtquartiere weiterzuentwickeln. Ziel muss es sein, Schnittpunkte des öffentlichen Lebens zu schaffen, an denen sich lebenswerte Quartiersstrukturen verdichten können. Im Rahmen der Konzepte zur langfristigen Siedlungsentwicklung wird dieser als prozessualer Ansatz verfolgt, der bestehende Strategien ergänzen soll.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen

Große zusammenhängende Areale noch zu erschließenden Baulands finden sich in München nur noch im Münchner Nordosten östlich der S8 und im Münchner Norden. Beide Gebiete sind durch Naturräume, landwirtschaftliche Nutzungen und teilweise gewachsene dörfliche Strukturen geprägt. Diese Qualitäten erkennen wir an. Gleichzeitig fehlen aber Flächen für bezahlbaren Wohnraum und die dazugehörige Infrastruktur. Die angesprochenen Gebiete bieten die letzte verbleibende Möglichkeit großräumige Planungen anzustoßen, diese wollen wir nutzen. Das heißt nicht, dass die Areale komplett bebaut werden, es ist vielmehr die Chance, die Gebiete in ihrer Gesamtheit zu entwickeln. Dabei bleiben auch Naturräume und landwirtschaftliche Flächen bestehen.

Eine **städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM)** ist ein Instrument des erweiterten Städtebaurechts (§§ 165 ff. BauGB), das die zielgerichtete Entwicklung großer Gebiete mit einer großen Zahl von Eigentümer*innen ermöglichen soll. Dabei hat die Stadt die Möglichkeit, benötigte Grundstücke zu erwerben, um eine am Gemeinwohl orientierte

großmaßstäbliche Planung voranzutreiben. Grundsätzlich haben auch im Prozess der Ausweisung einer SEM kooperative Lösungen Vorrang. Allerdings kann die Stadt unter bestimmten Bedingungen auch Grundstücke von Eigentümer*innen, die ihre Mitwirkungsbereitschaft verweigern, miteinbeziehen. Nach verpflichtenden vorbereitenden Untersuchungen erwirbt die Stadt theoretisch in der Regel alle Grundstücke. Das erleichtert eine einheitliche und aufeinander abgestimmte Entwicklung. Durch die Planungen steigt der Wert der Grundstücke, dieser Wertzuwachs fließt in die Infrastruktur des Gebietes sowie in die Planungskosten. Überschüsse werden an die ursprünglichen Eigentümer*innen ausgeschüttet. Das Instrument der SEM bietet der Stadt eine bessere Ausgangsposition in der Verhandlung mit den Eigentümer*innen. Daher halten wir im Münchner Nordosten an der SEM fest und halten die Absage der SEM im Münchner Norden zugunsten eines noch näher zu definierenden kooperativen Verfahrens für falsch.

Für die Entwicklung im Münchner Nordosten – und nach Möglichkeit auch für den Münchner Norden – fordern wir, möglichst große Flächen durch die Stadt bzw. ihre Gesellschaften selbst zu entwickeln. Wir wollen dichte, urbane, bezahlbare und lebenswerte Quartiere für mindestens 30.000 Einwohner*innen schaffen.

Fortschrittliche Wohnprojekte, eine gute Anbindung im öffentlichen Nahverkehr, Nahversorgung, Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, soziale Infrastruktur sowie Grün- und Naturräume charakterisieren die neuen Stadtviertel. Wir wollen sozialdemokratische Zukunftsquartiere für viele, statt Bestandsschutz für wenige. Enteignungen schließen wir nicht aus.

Wachstum regional denken

Nicht nur München wächst, sondern die ganze Region erfährt Zuzug. Die Metropolregion München gehört zu einer der am schnellsten wachsenden Regionen europaweit, was ebenfalls zu steigenden Mieten und Bodenpreisen und einer Verknappung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum führt. Es muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass den Herausforderungen der räumlichen Entwicklung der Region nur mit einer gemeinsamen Strategie für eine **polyzentrale, vernetzte Regionalentwicklung** zu begegnen ist. Auch die Umlandgemeinden sind aufgefordert, zu einer planvollen Entwicklung der Region beizutragen und als Trägerinnen der kommunalen Planungshoheit aktiv zu werden, um das Wachstum zu gestalten. Dabei gilt es, bestehende Kerne und

lokale Unterzentren zu stärken und auch höhere Dichten zuzulassen statt Flächenfraß und Zersiedelung weiter voranzutreiben. Vorhandenes oder neu ausgewiesenes Bauland muss unter Beachtung ausreichender sozialer Durchmischung besonders für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums genutzt werden.

Dafür fordern wir, die **Regionale Wohnungsbaukonferenz** zu stärken sowie gemeinsame Wohnungsbauziele und Entwicklungsräume zu definieren. Die bestehende Regionalplanung ist in diesem Sinne zu einer verbindlichen abgestimmten Vereinbarung für die beteiligten Gemeinden weiterzuentwickeln und schrittweise auf den gesamten Verflechtungsraum der Metropolregion auszuweiten.

Lebenswerte Stadtbezirke

Bei der Entwicklung neuer Wohngebiete muss die Stadt München ein besonderes Augenmerk auf die Belebung von öffentlichem Raum und Erdgeschosszonen richten. Wir wollen keine Satellitenviertel, in denen Menschen nur schlafen und die dann tagsüber bzw. abends ausgestorben sind. Wir fordern daher, für neu zu schaffende Wohnquartiere **lebendige Erdgeschosszonen** mit

kleinen Gewerbetreibenden, Gastronomie aber auch konsumfreien öffentlichen Orten und Sozialräumen zu schaffen.

Die zielgerichtete Entwicklung in diesem Sinne soll durch ein zentrales städtisches Erdgeschosszonen- oder Gewerbeflächenmanagement im Quartier sichergestellt werden. Dieses pachtet die Flächen von den Hauseigentümer*innen für eine Startphase und vermietet sie kostengünstig an soziale und kreative Nutzungen. Nach Abschluss der Aktivierungsphase werden die Flächen schrittweise in den privaten Regelbetrieb überführt oder auch dauerhaft durch die Stadt gesichert. Eine solche Durchmischung von Wohnquartieren mit Kleingewerben imitiert gewachsene Viertelstrukturen in Zentrumslagen und sorgt für eine Belegung der Viertel. So wird städtischer Alltag dezentral ermöglicht.

Zudem muss die Stadt dafür Sorge tragen, dass soziale Entmischung verhindert wird und bestehenden Entmischungstendenzen entgegengewirkt wird. Bei Projekten zur Nachverdichtung von Stadtbezirken und bei der Neuplanung von Wohnvierteln ist daher insbesondere auf die **soziale Durchmischung** mittels gebundener Wohnungen zu achten.

Um allen ein lebenswertes Leben in der Stadt zu ermöglichen, müssen auch soziale Infrastruktur, kommunale Daseinsvorsorge und Dienstleistungen mit dem Wachstum der Stadt mithalten. Hierzu bedarf es auch eines aktiven Quartiersmanagements, das zugleich einen Ausgleich zwischen Wohn- und Gewerbeflächennutzung herstellen muss.

Wir fordern

- Nachverdichtung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unter Berücksichtigung der Lebensqualität und des Stadtklimas
- Ausweisung von Sanierungsgebieten mit Blick auf qualitätsvolle Nachverdichtung
- Nachverdichtung zunächst dort, wo auf bestehende Infrastruktur (ÖPNV, soziale Einrichtungen etc.) zugegriffen werden kann
- Gewährleistung der Nachhaltigkeit durch Erhalt und Ausweitung von Freiflächen und Frischluftschneisen
- Fortführung der SEM im Münchner Nordosten und Wiederaufnahme der SEM im Norden
- Stärkung der Wohnungsbaukonferenz und Definition von Wohnungsbauzielen und Entwicklungsstandards
- Weiterentwicklung der Regionalplanung zu einer verbindlichen, abgestimmten Vereinbarung mit den Umlandgemeinden
- Einführung eines dezentralen Quartiersmanagements zur Schaffung und Erhaltung von sozialer Infrastruktur, kommunaler Daseinsvorsorge und Dienstleistungen

Wohnen

Die Wohnungssituation in München ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen für unsere Stadtgesellschaft. Den Prognosen zufolge wird die Stadt bis 2030 auf über 1,7 Millionen Einwohner*innen wachsen. Die Flächen, auf denen der dringend benötigte Wohnraum entstehen könnte, sind jedoch begrenzt. Mit der wachsenden Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und dem – tendenziell finanzkräftigen – arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug steigt auch der Verdrängungsdruck auf gering bis durchschnittlich verdienende Haushalte in München. Wir Jusos begreifen Wachstum als Chance, das wir jedoch gestalten müssen, um Verdrängungseffekte zu verhindern. *[Stadtentwicklung]*

Ein Hauptgrund für die sehr hohen Bodenwertsteigerungen seit 2008 ist die enorme Wertstabilität des Münchner Wohnungsmarktes, der hohe Renditen für Investor*innen verspricht und damit in Zeiten der globalen Finanzkrise zur attraktiven Investitionsmöglichkeit für Kapital aus risikobehafteten Anlageoptionen wurde. Wohnen ist jedoch ein existenzielles Grundrecht, das nicht der rücksichtslosen Logik eines kapitalistischen Marktes überlassen werden darf. Die Stadt muss die Menschen vor den Folgen des globalisierten Kapitalismus schützen, insbesondere auch im Bereich Wohnen. Wohnungsbaupolitik muss verhindern, dass sich viele Menschen Wohnen in München nicht mehr leisten können und sicherstellen, dass München eine sozial gemischte Stadt für alle Menschen bleibt.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Stadt unter Führung der SPD hart an der Grenze des juristisch Möglichen die Instrumente genutzt, welche die Bundesgesetzgebung einer Kommune einräumt. Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen hat München seinen kommunalen Mietwohnungsbestand nie verkauft, sondern beständig weiterentwickelt. Mit 860 Mio. Euro hat die Stadt zuletzt das größte kommunale Wohnungsbauprogramm in Deutschland aufgelegt – doch all diese Anstrengungen sind noch nicht genug. Es ist unsere Aufgabe, weiterzudenken, für die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einzutreten und gleichzeitig mutig und kreativ neue Möglichkeiten im Bestehenden zu erschließen.

Bodenordnung

Grundlage für die Umsetzbarkeit aller wohnungsbaupolitischen Ziele ist das Eigentum an und damit die Verfügungsgewalt über Grund und Boden. Jeder Eingriff in die Ausgestaltung von Baurechten im Sinne städtebaulicher Ziele und der sozialen Mischung ist immer auch mit einer Einschränkung der Verwertungsrechte und damit der Eigentumsrechte von Personen verbunden. Das Grundgesetz sieht die Sozialpflichtigkeit des Eigentums vor, das Eigentumsrechte beschränkt. Boden ist kein Gut wie jedes andere, er ist Lebensgrundlage und nicht vermehrbar. Daher muss er den kapitalistischen Logiken dauerhaft entzogen werden. Wir fordern deshalb eine Bodenpolitik, die dem Interesse der Allgemeinheit und dem Grundrecht auf angemessenen Wohnraum Vorrang gegenüber privaten Verwertungsinteressen gewährt.

Seit 1950 haben sich die Bodenwerte in München um 34.000 Prozent erhöht. Die bayerische Verfassung erlaubt es, solche leistungslosen Gewinne durch Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Wir fordern daher die Einführung einer **Bodenwertzuwachssteuer** durch die Bundesgesetzgeberin, die bei der Realisierung

der rein fiktiven Bodenwerte bei Verkäufer*innen fällig wird. Ebenfalls muss es möglich werden, eine verbindliche **Quote an sozialgefördertem Wohnungsbestand** im Rahmen eines einfachen Bebauungsplans festzuschreiben sowie die **Abschöpfung der Planungsgewinne** für die Finanzierung der Kosten technischer und sozialer Infrastruktur sowie eines Anteils an sozial gefördertem Wohnungsbestand auch in der Innenentwicklung ermöglichen. Die bestehenden Möglichkeiten des Folgekostenvertrages und des Zielbindungsvertrages im Rahmen der städtebaulichen Verträge der Münchner Praxis der **sozialgerechten Bodennutzung** (SoBoN) gilt es fortzuführen und durch die Einführung der expliziten Verankerung des städtebaulichen Ziels sozial gemischter Wohnquartiere und der Verankerung und Ausweitung der möglichen Folgekosten im Bundesbaugesetz zu stärken. Insbesondere die Kosten für die Erschließung durch den ÖPNV müssen dabei Berücksichtigung finden können. Hoheitliches Handeln im Rahmen der Bauleitplanung muss jedoch Vorrang vor kooperativen Verfahren wie der SoBoN haben. *[Stadtentwicklung]*

Unser Ziel ist es, ein echtes **Gegengewicht** zum privatwirtschaftlich ausgerichteten und renditeorientierten Wohnungsmarkt zu schaffen, damit kommunale Wohnungspolitik Wir-

kungsmacht entfalten kann. Daher wollen wir den Anteil an Grundstücken und Wohnungen in öffentlicher und gemeinnütziger Hand deutlich ausbauen und zur überwiegenden Quelle von Baurechten machen. Dafür fordern wir die Intensivierung einer **aktiven kommunalen Bodenvorratspolitik** und den zielgerichteten Erwerb von Grundstücken in Entwicklungsgebieten.

Wir fordern die Ausweitung der **Erhaltungsgebiete** auf das gesamte Stadtgebiet und die ergänzende Ausweisung von kommunalen **Vorkaufsrechtsgebieten** insbesondere in Entwicklungsgebieten, wo kein Erhaltungssatzungsgebiet erlassen werden konnte.

Die Möglichkeiten des **erweiterten Städtebaurechts** ermöglichen durch den Erlass von Sanierungsgebieten oder Stadtentwicklungsmaßnahmen einen im Preis gedeckelten kommunalen Vorkauf. Sie müssen wo immer möglich zur Anwendung kommen. Dabei ist wichtig, dass die aus den Projekten folgenden Aufwertungsimpulse im Umfeld durch den Erlass von Erhaltungssatzungen und den gezielten Erwerb von Liegenschaften abgefangen werden.

Wir fordern die Einrichtung eines kommunalen zweckgebundenen **Bodenfonds** als Körperschaft des öffentlichen Rechts, zu dessen Gunsten die kommunalen Vor-

kaufsrechte angewendet werden und der den Ankauf der Grundstücke durch die Einnahmen aus dem Bürger*innenfonds Boden [*Kommunale Finanzpolitik*] kofinanziert. Der Bodenfonds verkauft oder überlässt die Bestandsobjekte den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder Mieter*innengenoss*innenschaften zum weiteren Betrieb. Die betreffenden Grundstücke verbleiben im Eigentum des Bodenfonds und werden als Erbbaurechtsgrundstücke an die jeweiligen Nutzer*innen verpachtet.

Wir fordern die Verschärfung der bisherigen Praxis, kommunale Grundstücke nicht zu verkaufen. Grundstücke sollen ausschließlich den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder in Konzeptaus-schreibungen (KMB+) in Form von **Erbbaurechten** zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit insbesondere für Wohnungsbaugenoss*innenschaften der Erbbauzins im Rahmen eines Zuzahlungsmodells zu reduzieren und die formale Wirtschaftlichkeit zu verbessern ist. Wichtig ist auch, die Unsicherheiten bzgl. des Auslaufens der Erbbaurechtsverträge abzubauen und rechtzeitige Verhandlungen über das weitere Verfahren vertraglich zu vereinbaren. Ziel ist auch hier der langfristige Erhalt von bezahlbarem Wohnraum.

Eigentumsförderung als wohnungspolitische Zielsetzung lehnen wir ab, da diese nur denjenigen zugutekommt, die überhaupt in der Lage sind, Eigentumserwerb zu finanzieren. Damit wird insbesondere auf einem angespannten Wohnungsmarkt wie München die Vermögensverteilung in der Gesellschaft weiter zugunsten privilegierter Gruppen verschoben. Wir setzen uns vielmehr für eine grundlegende Bodenreform ein, da Boden ein Allgemeingut ist, über das es kein privates Eigentum geben sollte. Daher fordern wir auch die Abschaffung des Fördermodells München-Modell Eigentum.

Schutz vor Verdrängung

Steigende Nachfrage am knappen Wohnungsmarkt führt zu steigenden Mieten und dadurch Verdrängungseffekten. Wir fordern, dass Münchner Mieter*innen vor dem profitorientierten Wohnungsmarkt geschützt werden und die Preisspirale am Mietwohnungsmarkt durchbrochen wird.

In den aktuellen Mietspiegel gehen nur Neuvermietungen und Mietverträge der letzten vier Jahre ein. Dies verstärkt die Mieterhöhungsdynamik im Bestand. Das Ziel, einen Richtwert über die tatsächliche Durchschnittsmiete in den Vierteln zu erzeugen,

wird damit verfehlt. Wir fordern, dass die Stadt sich beim Bundesgesetzgeber für eine **Reform des Mietspiegels** einsetzt, in den alle Bestandsmieten sowie Mieten im geförderten Wohnungsbau einfließen.

Schon vor der Novellierung der Gesetzgebung zum Mietspiegel soll die Stadt einen **eigenen kommunalen Mietspiegel** erheben, in den alle Bestandsmieten einfließen. Diese echte, regionalisierte Gesamtdurchschnittsmiete soll als Grundlage für die Mietberechnung der kommunalen Wohnungsunternehmen dienen. Die Einhaltung der Grenzwerte muss Bedingung in der Konzeptvergabe kommunaler Flächen in Erbpacht werden. Wir fordern außerdem die Stärkung der Mietpreisbremse durch die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen und durch die Anwendung auch auf Neubauobjekte.

Die Landesregierung muss es der Stadt gesetzlich ermöglichen endlich die Mietpreisbremse wieder anwendbar zu machen. Die **Münchener Mietpreisbremse** schützt die Mieter*innen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften (Gewofag & GWG) vor unverhältnismäßigen Mieterhöhungen. Wir begrüßen dieses Instrument und fordern, dies für die Zukunft beizubehalten. Auch private Akteur*innen und insbesondere die sog. gemeinnützige Wohnungswirtschaft sollen im Rahmen

von freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Anwendung dieser bestehenden und zu schaffenden Instrumente gewonnen werden.

Das Land Bayern wird aufgefordert, sich der Berliner Initiative anzuschließen und im Sinne der konkurrierenden Gesetzgebung die Ermächtigungsgrundlage für Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten zu schaffen, durch den Beschluss kommunaler Satzungen einen **Mietpreisdeckel** zu erlassen, der die Mietpreise von Bestandswohnungen zu einem festzulegenden Stichtag auf die Dauer von zunächst fünf Jahren einfriert. Eine Verlängerung der Mietpreisdeckelung ist durch den Erlass von Satzungen möglich.

bezahlbaren Wohnraum sichern

Den noch bestehenden bezahlbaren Wohnraum gilt es zu erhalten und wirksam vor der kapitalistischen Verwertung zu schützen. Dazu muss die Stadt die vorhandenen Instrumentarien nutzen, um Aufwertungsstendenzen zu begrenzen.

Das Instrument der **Erhaltungssatzungen** ist dabei ein zentrales Mittel der Stadt, das es zu stärken gilt. Dabei sind die Indikatoren für den Erlass von Erhaltungssatzungsge-

boten so weiterzuentwickeln, dass kleinräumige und gruppenspezifische Verdrängungstendenzen stärker in den Blick genommen werden. Der **Umwandlungsvorbehalt** bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist restriktiv anzuwenden. Das kommunale Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten muss konsequent genutzt werden, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern. Die Vorprüfungskriterien sind entsprechend verschiedener Zielgruppen und Bedarfe flexibel zu gestalten. Die verschärfte **Abwendungserklärung** muss weiterhin voll zum Einsatz kommen, um die Anliegen der Mieter*innen wirkungsvoll zu schützen. Die Anforderungen der Abwendungserklärungen sind weiter zu verschärfen und ihre Gültigkeit auszuweiten.

Die Erhaltungssatzungsgebiete sind auszudehnen und ihre Einführung im ganzen Stadtgebiet zu prüfen. Wir begrüßen die Ausweitung der Vorkaufsrechtsausübung auf Baurechtsreserven im Grundsatzbeschluss des Stadtrates aus dem März 2019. Allerdings soll der bestehende Spielraum künftig voll ausgeschöpft werden. So sollen nicht erst Baurechtsreserven ab 600 m² Geschossfläche erfasst werden, sondern bereits ab 300 m². Des Weiteren sollen nicht nur 30 % der Baurechtsreserve, sondern der gesamte neue Wohnraum sozialen Bindungen unterliegen. Im Übrigen

soll ein Abriss in Erhaltungssatzungsgebieten nicht bereits dann möglich sein, wenn neue Wohnfläche geschaffen wird, sondern es soll künftig auf die Schaffung neuer Wohneinheiten in der Anzahl abgestellt werden. Außerdem sollen die Festsetzungsmöglichkeiten der Erhaltungssatzung durch die Gesetzgeberin dahingehend ausgeweitet werden, dass in Erhaltungssatzungsgebieten aufgrund der Schutzbedürftigkeit der örtlichen Bevölkerungsstrukturen in allen Neubauvorhaben die Grundsätze der sozialgerechten Bodennutzung anzuwenden sind. Denn nach der neuen Regelung gelten die 30 % nur im Vorkaufs- und damit Verkaufsfall, nicht aber bei einer Nachverdichtung ohne Eigentumswechsel.

Die **Ausübung des Vorkaufsrechts** durch die Stadt soll dabei ausschließlich zugunsten der städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder des Bodenfonds erfolgen, durch den mittels Konzeptausschreibung in Erbbaurecht die Liegenschaften gemeinnützigen Träger*innen der Wohnungswirtschaft zur Nutzung überlassen werden. Bei letzterer sollen insbesondere von den Bestandsmieter*innen gegründete Kleinstgenoss*innenschaften zum Zug kommen. Die Stadt unterstützt entsprechende Initiativen in vorgekauften Häusern aktiv durch Beratungsleistungen. Wir fordern die Einführung einer gesetzlichen Mög-

lichkeit, kommunale Vorkaufsrechte in Erhaltungssatzungsgebieten und darüber hinaus auch im Fall von (Zwangs-)Versteigerungen zur Anwendung zu bringen.

Die Regelungsmöglichkeiten der **Zweckentfremdungsverordnung** sind durch die Landesgesetzgebung weiter zu verstärken. Wir fordern ein Recht der Wiederbelegung zweckentfremdeten, einschließlich leerstehenden Wohnraums durch die Gemeinde. Die Stadt soll die aktive Wohnnutzungsbeobachtung weiter ausbauen und Zweckentfremdung konsequent entgegenwirken.

Bau von bezahlbarem Wohnraum

Langfristig wird der Erhalt des Bestandes an bezahlbarem Wohnraum nur durch die Schaffung und Ausweitung eines öffentlichen oder gemeinnützigen Bestandssegments am Wohnungsmarkt zu erreichen sein. Daher muss die Stadt alle Möglichkeiten ergreifen, um selbst bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder andere gemeinnützige Wohnbauträger*innen bei der Schaffung von dauerhaft bezahlbarem Wohnraum zu fördern.

Um den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, müssen insbesondere die Potentiale der Nachverdichtung bestehender Gebiete genutzt werden [Stadtentwicklung].

Das Aufstocken von Häusern in München geht derzeit oft zu Lasten der Bestandsmieter*innen im Haus, wenn die Kosten der Modernisierungsmaßnahmen auf ihre Mieten umgelegt werden. Wir fordern den Bund auf, die **Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten** auf die Mieter*innen abzuschaffen. Zudem wird hierbei allzu oft teurer Luxuswohnraum geschaffen, was den Wohnungsmarkt nur sehr begrenzt entspannt. Bei Nachverdichtungen durch Aufstockungen von Wohnhäusern müssen die bestehenden Mieter*innen über die **Sozialbindung der Bestandswohnungen** geschützt werden. Viele Bebauungspläne im Stadtgebiet existieren seit der Nachkriegszeit und wurden entsprechend der damaligen Vorstellungen von Münchens Stadtentwicklung erlassen. Die Stadt soll daher bestehende Bebauungspläne dahingehend evaluieren, ob sie den aktuellen Bedürfnissen einer verdichteten Wohnraumförderung entsprechen.

Mit dem 2016 vom Stadtrat beschlossenen Wohnungsbauprogramm „**Wohnen für Alle**“ reagiert die Stadt auf den rasant steigenden Bedarf an gefördertem Wohnraum

für einkommensschwache Gruppen. Wir stellen uns unmissverständlich hinter diese zukunftsweisende einkommensorientierte Förderung. Wir sind davon überzeugt, dass wir den Herausforderungen des Münchner Wohnungsmarktes nur mit innovativen architektonischen und städtebaulichen Konzepten begegnen können. An den überregionalen Erfolg des Pilotprojekts am Dantebad ist anzuknüpfen. Wir fordern die deutliche Ausweitung des Sofortprogramms „Wohnen für Alle“.

Die städtischen Tochtergesellschaften müssen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und auf freiwerdenden Flächen **Werkwohnungen** für die eigenen Beschäftigten errichten. Die Stadtwerke sind ein positives Beispiel und können einen Modellcharakter einnehmen. Doch auch in München angesiedelte privatwirtschaftliche Firmen müssen in die Pflicht genommen werden. Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten müssen die hier ansiedelnden Firmen verpflichtet werden, Werkwohnungen für ihre Beschäftigten nachzuweisen. Entweder kann dies über den Erwerb von Belegrechten für durch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften errichtete Wohnungen geschehen oder durch selbstständig errichtete Werkwohnungen nach festgelegten Kriterien der Stadt. Der Verpflichtung zur Schaffung von Mitarbeiter*innenwohnungen kann

auch durch die Förderung von Selbstorganisationsinitiativen der Beschäftigten in Form von Mitarbeiter*innengenoss*innenschaften Rechnung getragen werden. Diese Werkswohnungen müssen zu verbilligten Preisen und einkommensabhängig gestaffelt an die Beschäftigten vermietet werden. Die steuerliche Anrechnung von vergünstigten Mieten bei Mitarbeiter*innenwohnungen als geldwerter Vorteil muss abgeschafft werden oder mit einem hinreichenden Freibetrag versehen werden.

Wir fordern die Ausweitung des Programms **Auszubildendenwohnen** auf weitere Standorte und die Aufnahme in den normalen Kanon des kommunalen Wohnungsbauprogramms. Das im Rahmen eines ersten Pilotprojekts entstandene Auszubildendenwohnheim am Leuchtenbergring verstehen wir als Auftakt. In allen Neubauquartieren sollen Angebote für Auszubildende mitgeplant werden. Die **Vergabe der Wohnungen** stützt sich dabei auf drei Säulen. Auszubildende der Landeshauptstadt München erhalten direkt die Möglichkeit, sich für Wohnungen zu bewerben. Firmen können Belegrechte für einen bestimmten Zeitraum erwerben, was zur Finanzierung weiterer Auszubildendenwohnprojekte beiträgt. Wichtig ist, dass auch Auszubildende, deren Arbeitgeber*innen keinen Wohnraum für ihre Auszubildenden anbieten, die Möglichkeit

erhalten, sich direkt für Wohnraum zu bewerben. Das neu zu schaffende Auszubildendenwerk **[Ausbildung]** soll in Anlehnung an die Arbeit der Studierendenwerke die Trägerschaft für diese Säule übernehmen.

Grundsätzlich sind **Genoss*innenschaften** ein unterstützenswerter Gegenentwurf zum profitorientierten Wohnungsmarkt. Eine bevorzugte Vergabe von geeigneten städtischen Grundstücken im Erbbaurecht ist ein richtiger Weg, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig innovative Wohnkonzepte zu fördern. Dabei ist uns aber bewusst, dass bei Genoss*innenschaftsgründungen derzeit vor allem eher gebildete, wohlhabende Menschen zum Zuge kommen. Auch Bestandsgenoss*innenschaften decken oft eher ein gesellschaftliches Mittelfeld ab, als Menschen in prekären Wohn- und Arbeitsverhältnissen mit dringend benötigtem, selbstverwalteten Wohnraum zu versorgen. Wir wollen Genoss*innenschaften öffnen, sodass unterschiedlichere Menschen von diesem Konzept und genoss*innenschaftliche Wohnprojekte von einer gemischten Bewohner*innenstruktur profitieren. Geringverdiener*innen müssen z. B. über die Wohnungsvermittlung auch in Genoss*innenschaften vermittelt und der Erwerb von Genoss*innenschaftsanteilen vorfi-

nanziert und subventioniert werden. Genoss*innenschaften müssen über die Vergabekriterien verpflichtet werden, mehr Wohnungen im Bereich der einkommensorientierten Wohnraumförderung zu schaffen.

Innovativer & qualitätsvoller Wohnungsbau

Um mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt Schritt zu halten, sind innovative Wohnungsbauprojekte und -verfahren notwendig. Die Stadt muss die Entwicklung innovativer Wohn- und Nutzungskonzepte aktiv fördern und ihre Realisierung vorantreiben. Gleichzeitig gilt es, qualitätsvolle Wohnungen für alle Bewohner*innen zu schaffen und auch im Bestand zu erhalten. Der enorme Druck erfordert schnelles Handeln.

Die **Genehmigungsverfahren** eigener Projekte sollen daher soweit möglich beschleunigt und standardisiert werden. *[Digitalisierung]* Gleichzeitig sollen innovative Konzepte erprobt werden, welche die Möglichkeiten des **seriellen Bauens** und der Vorfertigung von Bauteilen bei gleichzeitig hohen qualitativen Anforderungen nutzbar machen. Im Rahmen der Einführung eines standardisierten **kommunalen Baustoffkatalogs** können Mengeneffekte

bei der Beschaffung von Baustoffen gehoben und Verfügbarkeitsprobleme gezielt angegangen werden. Die Gründung eines kommunalen Bau-trägerin als Generalunternehmerin soll geprüft werden.

Besonderes Augenmerk legen wir auch in der Bewirtschaftung auf den sozial geförderten Wohnungsbestand. Bewohner*innen von geförderten Wohnungen leiden oft genug unter Stigmatisierung und prekären Lebensverhältnissen. Ihr Wohnumfeld muss hierbei Abhilfe schaffen und darf Vorurteile nicht verstärken. Wir fordern daher eine **sozialorientierte Gebäudebewirtschaftung** in allen Wohnanlagen mit mehr als 30 % gefördertem Wohnraum bzw. je nach Bedarf. Ziel ist es, nicht nur Wohnanlagen zu unterhalten und zu betreuen, sondern auch die Bewohner*innen zu unterstützen, z. B. durch Unterstützungsangebote und Projekte zur Stärkung der Gemeinschaft zwischen Bewohner*innen.

Viele ältere Menschen in München würden gerne in kleineren, ihren Ansprüchen gerecht werdenden Wohnungen leben, können sich jedoch den Umzug angesichts der Preise auf dem Wohnungsmarkt nicht leisten. Zugleich suchen gerade junge Familien nach großen und bezahlbaren Wohnungen. Das Potential zum **Wohnungstausch** zwischen diesen Gruppen muss durch die Stadt ad-

ressiert und gesteuert werden. Dabei ist wichtig, dass die Mietkosten beim Umzug in die kleinere Wohnung nicht die Mietkosten des Altmietvertrages übersteigen. Die Kosten des Umzuges sollen durch die Stadt übernommen werden, um die Tauschbereitschaft zu erhöhen.

Zugleich können Jung und Alt von Modellen des **Mehrgenerationenwohnens** profitieren. Es bindet ältere Menschen in die städtische Gesellschaft ein und bietet auch für junge Familien Vorteile, etwa im Bereich der Kinderbetreuung. Bei größeren Projekten zur Stadtentwicklung sollen daher auch Mehrgenerationenhäuser geschaffen werden und in bestehende Strukturen nachträglich eingefügt werden.

An das Pilotprojekt der **Parkplatzüberbauung** in vorgefertigter Holzbaweise des Dantebads ist anzuknüpfen. Wir fordern konkrete Schritte, um Parkplätze und eingeschossige Bauten (z. B. Supermärkte) zu überbauen bzw. aufzustocken. Wir unterstützen die Bestrebungen des Oberbürgermeisters, das Gespräch mit der privaten Wohnungswirtschaft sowie Grundstückseigentümer*innen zu suchen, um zeitnah weitere Leuchtturmprojekte umzusetzen. Auf kommunalen Flächen fordern wir neben der geplanten Überbauung des Parkplatzes am Westbad die Überbauung von Depots und Betriebshö-

fen wie des Trambahnbetriebshofes am Vogelweideplatz voranzutreiben. **Kombinierte Flächennutzungen** bei Ausnutzung der Baurechte sollen beim Neubau kommunaler Einrichtungen zum neuen baulichen Standard werden.

Junge Architekturbüros aus München sollen bei der Vergabe von Projekten verstärkt berücksichtigt werden. Im Rahmen von Pilotprojekten sollen junge Münchner Architekt*innen die Möglichkeit erhalten, in Übereinstimmung mit der politischen Rahmensezung der Stadt neue architektonische Formensprachen zu realisieren. Diese Projekte sollen unter dem Titel „Junge Münchner Architektur“ beworben werden.

Wir fordern eine **Internationale Bauausstellung** (IBA) zu realisieren, die sich mit der Zukunft dauerhaft bezahlbaren Wohnungsbaus auseinandersetzt. Schwerpunkte sollen die Schaffung innovativer und gemeinschaftlicher Wohnformen sowie qualitätsvolles und effizientes Bauen sein. Ansätzen zur prozesshaften Betrachtung der Entwicklung von Quartieren und des seriellen Bauens soll dabei ein besonderes Augenmerk gelten. Insbesondere auf die Beteiligung junger Architekt*innen ist zu achten.

Die Stadt baut ihre **Kooperationen mit Forschungseinrichtungen** und Universitäten aus, um die Studieren-

den an die Herausforderung einer wachsenden Stadtgesellschaft heranzuführen und zu sensibilisieren und weitet die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Stadt und Universitäten im Rahmen von Studien- und Abschlussarbeiten sowie Forschungsprojekten aus.

Wir fordern

- die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer durch die Bundesgesetzgeberin
- die Schaffung der Festsetzungsmöglichkeit einer Quote an gefördertem Wohnungsbau
- die Intensivierung aktiver kommunaler Bodenvorratspolitik
- die Ausweitung kommunaler Vorkaufsrechtsgebiete
- die konsequente Anwendung des baurechtlichen Instrumentariums des erweiterten Städtebaurechts von Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
- die Einrichtung eines kommunalen Bodenfonds
- die ausschließliche Vergabe kommunaler Grundstücke an Dritte mit Erbbaurechten
- die Abschaffung des Fördermodells München-Modell Eigentum
- die Einbeziehung aller Bestandsmieten in die Berechnung des Mietspiegels
- die Erstellung eines echten eigenen kommunalen Mietspiegels als Grundlage der Mietberechnung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft
- die gerichtsfeste Wiedereinführung der Mietpreisbremse durch Landesgesetzgebung
- die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen der Mietpreisbremse und die Ausweitung auf Neubauobjekte
- die konsequente Umsetzung der eigenen kommunalen Münchner Mietpreisbremse für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Einführung eines Mietpreisdeckels durch die Landesgesetzgeberin
- den Erlass von Erhaltungssatzungsgebieten im gesamten Stadtgebiet
- die weitere Verschärfung der Regelungen der Abwendungserklärung

- die weitere Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts zugunsten kommunaler Wohnbaugesellschaften oder des kommunalen Bodenfonds
- die Einführung der Möglichkeit der Wiederbelegung bei Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Landesgesetzgeberin
- die Abschaffung der Umlagemöglichkeit von Modernisierungskosten auf die Miete
- die Einführung von Sozialbindungen für Bestandswohnungen bei Nachverdichtungsmaßnahmen
- die Ausweitung innovativen Wohnungsbaus im Rahmen des Programms „Wohnen für Alle“
- die Intensivierung des Werkwohnungsbaus der kommunalen Unternehmen
- die Einführung der Verpflichtung, bei Inanspruchnahme von Gewerbeflächen Mitarbeiter*innenwohnungen vorzuhalten
- die Möglichkeit des Erwerbs von Belegrechten bei den kommunalen Wohnbaugesellschaften für Mitarbeiter*innenwohnungen
- die Abschaffung der steuerlichen Anrechnung verbilligter Mieten als geldwerter Vorteil
- die Ausweitung des Programms Auszubildendenwohnen
- die eigenständigen Bewerbungsmöglichkeit für Auszubildende als 3. Säule der Vergabe von Auszubildendenwohnplätzen
- die Beschleunigung und Standardisierung der Genehmigungsverfahren eigener Wohnbauprojekte
- die Erprobung innovativer Konzepte des seriellen Bauens und der Vorfertigung von Bauteilen
- die Einführung eines standardisierten kommunalen Baustoffkatalogs und der koordinierten Baustoffbeschaffung
- die Gründung einer kommunalen Bauträgerin
- die Umsetzung eines übergreifenden Konzepts der sozialorientierten Gebäudebewirtschaftung
- die Förderung von Programmen zum Wohnungstausch durch Übernahme der Umzugskosten
- die Realisierung von Projekten des Mehrgenerationenwohnens
- die Ausnutzung kommunaler Flächenpotentiale durch kombinierte Flächennutzungen
- die Berücksichtigung von Überbauungs- oder Mischnutzungskonzepten bei der Überplanung kommunaler Betriebshöfe
- die Realisierung einer Internationalen Bauausstellung mit Schwerpunkt innovativer Wohnungsbau

Arbeit und Wirtschaft

Arbeit und Wirtschaft gehören für uns zusammen und sollen den Münchner*innen in ihrer Gesamtheit dienen. Zwar sind die Bedingungen in München nicht entkoppelt von den Entwicklungen des globalisierten Kapitalismus weiterzuentwickeln, dennoch wollen wir unsere Stadt zu unserer roten Insel umbauen. Das bedeutet, dass wir wo auch immer wir können auf der Seite der Beschäftigten in München und gegen die Interessen der Kapitaleigner*innen aufstehen.

Wir können auch von kommunaler Ebene aus sehr viel gestalten, wissen aber auch um die Grenzen des Gestaltungsraumes. München ist eine wirtschaftlich sehr starke Stadt, deren wirtschaftliche Erfolge jedoch nicht bei denjenigen ankommen, die diese erwirtschaften. Wir wollen das ändern und dabei gleichzeitig soweit es geht in der Wirtschaftsstruktur auf einen sozial-ökologischen Umbau und dezentrale kleinteilige Unternehmensförderung setzen.

Arbeit und Wirtschaft in München bedeutet für uns, immer auch diejenigen mit zu bedenken, die ohne es zu wollen von Arbeit ausgeschlossen sind. Für diese setzen wir uns gerade in der reichen Stadt besonders ein und fordern, öffentliche Beschäftigung zu entwickeln.

Wirtschaftsstruktur & Gewerbeförderung

Die zunehmende Verdrängung von Kleingewerbe und Industrie aus der Innenstadt und innenstadtnahen Bereichen sehen wir mit wachsender Sorge. Arbeiten und Wohnen müssen in einer urbanen Gesellschaft miteinander vereinbar bleiben. Wir sehen keinen grundsätzlichen Nutzungskonflikt zwischen Wohnen und produzierendem Gewerbe. Entstehende Konflikte müssen lokal, etwa über ein gestaltendes Quartiersmanagement, adressiert und entschärft werden. Arbeit ist mehr als Büroarbeit im Dienstleistungsbereich, sondern umfasst notwendigerweise auch produzierende Gewerbe und Handwerksbetriebe. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass **kleinräumige Gewerbestrukturen in den Stadtvierteln** erhalten und gefördert werden. Wir fordern einen Ausbau des Programms Gewerbehöfe, um ein flächendeckendes Angebot von Gewerbehöfen in München zu schaffen. *[Stadtentwicklung]*

Städtische Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ein mit den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden zu entwickelndes **Vergabe-Prädikat „Gute Beschäftigung in München und Region“** erhalten haben. Zielvor-

gaben für dieses Prädikat müssen Löhne, betriebliche Mitbestimmungsrechte, Tariftreue und die Einhaltung von Umweltstandards sein. Gleiches gilt für die Bereitstellung städtischer Flächen für Gewerbetreibende.

Um die Wirtschaftsstruktur in München zu verändern, fordern wir gezielt, Existenzgründungsberatung, die Vergabe von Darlehen für Kleinbetriebe und junges Gewerbe, Förderprogramme für nachhaltiges Wirtschaften sowie die Förderung von Existenzgründungen im Bereich der Kreativwirtschaft in einer **Fachstelle Existenzgründung und Kreativwirtschaft** im Referat für Arbeit und Wirtschaft zu bündeln. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Bedürfnisse von Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu legen *[Migration]*.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik

Aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums unserer Stadt sowie der gesamten Region sind die Arbeitslosenzahlen in München konstant auf niedrigem Niveau. Dennoch gibt es weiterhin Arbeitslosigkeit, was uns zeigt, dass diese unabhängig von der Nachfrageseite der Unternehmen aber genauso unabhängig von eventuellen Qualifizierungsbemühungen der Arbeitslosen immanen-

ter Bestandteil einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Wir wollen Arbeitslosigkeit niemals individualisiert als Problem betrachten, sondern sehen sie als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, für die nicht Individuen verantwortlich oder gar schuldig sind, sondern der Kapitalismus.

Trotz der wirtschaftlichen, seit Jahren uneingeschränkt boomenden regionalen Situation, die auch die Wirtschafts- und Finanzkrise schneller bewältigt hat als andere Wirtschaftsräume, profitieren die Beschäftigten in München in zu geringem Umfang von der wirtschaftlichen Stärke unserer Stadt und Region. Auch prekäre Beschäftigungsformen haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Kommunal haben wir darauf wenig Einflussmöglichkeiten, wollen diese jedoch maximal nutzen.

Wir fordern einen **Münchner Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde**. Daher möchten wir, dass sich der Oberbürgermeister und unsere Partei für die spezifische Situation in München einsetzen und regionsspezifische Mindestlöhne auf Bundesebene durchsetzen.

ÖBS für München

Wir setzen uns für eine Abschaffung von Arbeitslosigkeit ein. Da diese niemals im kapitalistischen System

möglich ist, wollen wir einen eigenen **Münchner Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS)** schaffen. Wir gestalten das existierende Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) um und ermöglichen neben den weiterhin vorhandenen eigenständigen kommunalen Qualifizierungselementen einen kommunalen Sektor, der unabhängig von kapitalistischen Logiken sozialversicherungspflichtige Arbeit auf freiwilliger Basis in gemeinnütziger Form ermöglicht. Wir sind überzeugt, dass es besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und nutzen für den ÖBS bundesgesetzliche Instrumente zur Finanzierung. Wir fordern, dass unsere Stadt den notwendigen eigenen Anteil zusätzlich leistet. Die existierenden sozialen Betriebe wollen wir befähigen, dauerhaft als soziale Arbeitgeber*innen im ÖBS agieren zu können.

Beschäftigung im Bereich der Daseinsvorsorge

Wir stehen für gute Arbeit in der Stadtverwaltung sowie in allen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen Fremdvergaben zurückführen, jegliches weiteres Outsourcing ablehnen, die Mitbestimmungsrechte ausbauen und eine kontinuierliche Verbesserung

der Arbeitsbedingungen anhand der Kriterien des DGB Index Gute Arbeit. Arbeiten für das Wohl unserer Stadt soll nach besonders vorbildlichen Bedingungen möglich sein. Wir setzen uns für eine Verdoppelung der sog. München-Zulage für alle Beschäftigten, die im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge arbeiten, ein. Wir haben in München ein deutlich höheres Preisniveau, das gerade in jüngerer Vergangenheit nochmals mehr angestiegen ist als in anderen Regionen.

Atypische Beschäftigungsformen dürfen nur in wirklichen Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. Wo Leiharbeit und Werkverträge unumgänglich sein sollten, muss beim Abschluss entsprechender Verträge dem Betriebsrat ein Widerspruchsrecht eingeräumt werden und die Bezahlung über dem Entlohnungsniveau der tariflich Beschäftigten liegen. Konkret fordern wir in Hinblick auf Leiharbeit nicht nur die sofortige Anwendung des Prinzips Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit, sondern auch die Zahlung eines Flexibilitätszuschlages. Praktika bei städtischen Tochtergesellschaften und Betrieben sowie der Hoheitsverwaltung müssen klar ausbildungs- bzw. weiterbildungsorientiert gestaltet sein. Sie müssen auf maximal drei Monate befristet und entsprechend der beruflichen Vorbereitung der Praktikant*innen bezahlt werden.

Gerade diejenigen, die für das Wohl und die Grundbedürfnisse aller Münchner*innen arbeiten, sind durch die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung in den letzten Jahren immer wieder auch neuen Formen von Druck ausgesetzt. Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie antisemitisches, rassistisches, homophobes oder frauen*feindliches Verhalten in Äußerungen wie Taten sind in den letzten Jahren angestiegen und auch intensiver geworden. Wir fordern daher die Ausweitung des Programms „Vielfalt schlägt Einfalt“ auf alle Beschäftigten im Bereich der Daseinsvorsorge und die Etablierung von weiteren Fortbildungsangeboten sowie ein Programm zur Prävention von psychischen Erkrankungen.

Ausbildung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge soll hervorragende Ausbildungsbedingungen mit echten beruflichen Perspektiven für die Auszubildenden verbinden. Wir fordern die Praxis der „Überbedarfsausbildung“ beizubehalten, um mehr Jugendlichen die Chance auf eine Ausbildung bei der Stadt zu bieten. Gleichzeitig soll allen Auszubildenden, welche die Ausbildung erfolgreich absolviert haben und dies anstreben, auch eine dauerhafte berufliche Perspektive geboten werden. Ausbildungsförderungsprojekte wie das Stadtwerkeprojekt, das in Zusammenarbeit mit dem Stadt-

jugendamt Jugendlichen, die keine Ausbildungsstelle finden, gewerbliche Ausbildungsstellen und Berufsvorbereitungen anbietet, sollen auf alle kommunalen Unternehmen und auf weitere Berufsbilder ausgeweitet werden.

Ausbildung

Die Stadt hält ein vielfältiges **Beratungsangebot für Auszubildende** bereit. Jedoch sind die Angebote unübersichtlich und zahlreiche Anlaufstellen – wie zum Beispiel das JiBB (Junge Menschen in Bildung und Beruf) – kaum bekannt. Um all diese Angebote zur Beratung bei finanziellen und Ausbildungsproblemen, pädagogischen Begleitung und Nachhilfe zu bündeln, fordern wir als zentrale Anlaufstelle für Auszubildende die **Errichtung eines Auszubildendenwerks**.

Das Auszubildendenwerk soll zudem bezahlbaren Wohnraum in Auszubildendenwohnheimen vergeben *[Wohnen]* und die kostenfreien Tickets für den ÖPNV an die Auszubildenden ausgeben. *[Mobilität]* Dieses Auszubildendenwerk soll

als Anstalt des öffentlichen Rechts von der Stadt gegründet werden. Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeber*innen sind hier mit einzubeziehen. Der Vorstand des Auszubildendenwerks soll paritätisch zwischen Arbeitnehmer*innenvertretung, Arbeitgeber*innenseite und Stadt besetzt sein. Um das Auszubildendenwerk bekannt zu machen, muss dieses regelmäßig an den weiterführenden Schulen sowie im Rahmen des allgemeinbildenden Unterrichts an den Berufsschulen vorgestellt werden. *[Bildung]* Zudem muss sich die Stadt darum bemühen, das Auszubildendenwerk in Kooperation mit den Gewerkschaften in Jugendversammlungen in den Betrieben sowie während der Einführungstage neuer Auszubildender vorzustellen.

Wir fordern

- einen Münchner Mindestlohn von mindestens 15,00 Euro/Stunde
- die Förderung kleinräumiger Gewerbestrukturen in den Stadtvierteln und den Ausbau des Programms Gewerbehöfe
- die Entwicklung eines Vergabe-Prädikats „Gute Beschäftigung in München und Region“
- die Errichtung einer Fachstelle Existenzgründung und Kreativwirtschaft
- den Einsatz für die Ermöglichung regionsspezifischer Mindestlöhne auf Bundesebene
- den Umbau des existierenden Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms sowie dessen finanzielle Ausweitung
- die Schaffung eines Münchner Öffentlichen Beschäftigungssektors, in dem freiwillige sozialversicherungspflichtige Arbeit statt Arbeitslosigkeit über die Bündelung existierender Instrumente finanziert wird
- die Stärkung der sozialen Betriebe im Rahmen des neuen Münchner ÖBS
- die Beibehaltung der Praxis der Überbedarfsausbildung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge
- die Ausweitung von Ausbildungsförderungsprojekten auf alle kommunalen Unternehmen und weitere Berufsbilder
- die Schaffung eines Auszubildendenwerks

Soziales

Gerade in einer reichen Stadt wie München ist es von großer Bedeutung eine kommunale sozialdemokratische Sozialpolitik zu gestalten. Wir wollen an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen und verstehen die Sozialverwaltung als direkte Kontaktstelle gegen die Ungleichverteilung von wirtschaftlichem Erfolg für alle Münchner*innen.

Kinder, Jugendliche, Familien und Senior*innen sollen dabei gesondert von Sozialpolitik adressiert werden, da sie außerhalb der Sphäre der Erwerbsarbeit stehen. Für sie wollen wir weitere Instrumente schaffen und bisherige verbessern, um unsere Stadt zusammenzuhalten.

Sozialverwaltung als Anlaufstelle in unserer Stadt

In München haben wir seit Langem mit den Sozialbürger*innenhäusern (SBH) eine sozialraumbezogene und wohnortnahe Sozialverwaltung, die möglichst alle Leistungen an einem Ort gebündelt in unterschiedlichen Abteilungen anbietet und die Zusammenarbeit von Verwaltung und Sozialpädagogik ermöglicht. Wir fordern, in diesem Bereich die **Bezirkssozialarbeit** personell aufzustocken und zu ermöglichen, dass diese vermehrt tatsächlich in den Vierteln aufsuchend tätig ist.

Direkter Kontakt in der Sozialverwaltung bei Beantragungen oder Vorsprachen ist nach wie vor hierarchisch geprägt und findet in einem Herrschaftsverhältnis zu Lasten der antragstellenden Personen statt. Wir wollen Fortbildungen anbieten, die für die Mitarbeiter*innen in der Sozialverwaltung Empowerment darstellen und für ein demokratisches Verhältnis von Verwaltung und mit sozialen Rechten ausgestatteten Bürger*innen sorgen. Zudem soll ein Feedbackmanagement implementiert werden, das niedrigschwellig angeboten wird und in leichter Sprache formuliert ist. Die derzeitigen Möglichkeiten der Dienstaufsichtsbeschwerden sind

sowohl enorm bürokratisch und anspruchsvoll als auch nicht bekannt.

Sozialpolitik für alle

Auch schon in jungem Alter können und sollen **Kinder** ihr Umfeld und ihre Freizeit selbst gestalten. Das bedeutet für uns, dass wir Kinder gezielt an Prozessen beteiligen, die sie betreffen – in Kita, Kindergarten, Schule und der Gestaltung des öffentlichen Raums. Wird beispielsweise ein Spielplatz neu entwickelt oder umgebaut, sollen die Kinder in der Anwohner*innenschaft oder des örtlichen Schulsprengels an der konkreten Umsetzung teilhaben.

Zusätzlich sollen die **Mitbestimmungsmöglichkeiten** des Kinder- und Jugendforums weiterhin gefördert und noch deutlich stärker bekanntgemacht werden. Das Projekt Mini-München soll in Zukunft jedes Jahr durchgeführt werden. So ermöglichen wir Kindern früh erste Schritte in unserer Demokratie und ermöglichen auf spielerische Art und Weise kommunale Bildungspolitik.

Auch weitere **kleinteilige Demokratieprojekte** für Kinder und Jugendliche wollen wir neu bilden und fördern. *[Demokratie]*

Wir fordern die Stadt München auf, das Büro der Kinderbeauftragten direkt an das Direktorium anzugliedern und nicht wie bisher im Sozialreferat zu verorten, um die Kinder und Jugendlichen bei den Bürger*innen, in Vereinen und Organisationen, den Sozialverbänden und den städtischen Referaten zu vertreten.

Wir wollen Kinder gezielt auch außerhalb ihrer Elternhäuser fördern. Um ihnen eine Freizeitgestaltung unabhängig von den Präferenzen oder dem sozialen bzw. finanziellen Hintergrund ihrer Familien zu ermöglichen, soll die Stadt gezielt **kostenfreie Freizeitangebote** (weiter-)entwickeln. Diese sollen den kulturellen, musischen und sportlichen Bereich abdecken – nur so können Kinder ihre eigenen Interessen entdecken und entwickeln. Auch der Münchner Ferienpass ist Teil dieser Grundidee. Wir wollen seine Angebote ausbauen – sowohl was die Nutzung des ÖPNV als auch was weitere Vergünstigungen angeht.

Zudem sollen die von der Stadt angebotenen **Ferienprogramme** durch zeitgemäße Budgetaufstockung eine bessere Personalausstattung erhalten und auf alle Ferienzeiten ausgedehnt werden. Erstrebenswert ist eine soziale Durchmischung bei allen Aktivitäten. Die hochwertigen Freizeitmöglichkeiten sollen allen Kindern, die teilnehmen wollen, zur

Verfügung stehen – für einkommensschwache Familien müssen auch hier die Kosten übernommen werden. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, dass auf Bundesebene eine **Kinder- und Jugendgrundsicherung** zur Bündelung aller sozialpolitischen Maßnahmen eingeführt wird. Die Stadt soll sich über den Städtetag und alle weiteren ihr offenstehenden Möglichkeiten für diesen Schritt einsetzen.

Zudem fordern wir die Stadt München und den Oberbürgermeister auf, sich mit einer stadtweiten Kampagne für die Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz einzusetzen und dies öffentlichkeitswirksam zu vertreten.

Jugendliche sind ein zentraler Teil unserer Gesellschaft. Für sie sind Freiräume besonders wichtig, da Jugend auch bedeutet, widerständig gegen vorherrschende Ordnungen zu sein und sich auszuprobieren. Deswegen setzen wir uns besonders für selbstverwaltete Jugendzentren ein. Hier soll die Möglichkeit geboten werden, sich frei zu entfalten und zusammen mit anderen an Projekten unterschiedlichster Natur zu arbeiten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Münchner Haus der Schüler*innen, für das wir Jusos München uns seit Jahren stark gemacht haben. Wir setzen uns für eine Absenkung des kommunalen Wahlalters

auf 14 Jahre ein und wollen die Stadtschüler*innenvertretung sowie das Münchner Kinder- und Jugendforum stärken. *[Demokratie]* Seit langen Jahren kämpfen die Jusos München für bessere und günstigere Mobilität von Jugendlichen im öffentlichen Personennahverkehr. *[Mobilität]*

Erschreckenderweise steigt die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die zeitweise auf der Straße übernachten. Dies erfordert neue Wege im Bereich der Jugendhilfe. Wir fordern die **Einrichtung von mindestens vier anonymen Notschlafstellen in München** für Jugendliche bis 27 Jahre, in denen bis zu vier Tage auch ohne den formalen Status einer Inobhutnahme übernachtet werden kann – davon mindestens eine für junge Mädchen* und Frauen*. Auch die Angebote der Wohnungsberatung gerade für junge Menschen und WGs müssen ausgebaut werden.

Gerade in einer wachsenden und prosperierenden Stadt geraten die Interessen von Jugendlichen unter Druck. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche konsumfrei im öffentlichen Raum verweilen können und wollen dafür viele weitere dezentrale niedrigschwellige Sport- und Freizeitbetätigungen wie bspw. Skateparks, Trendsportshallen oder Bandübungsräume schaffen.

Wir begreifen auch **alleinerziehende Elternteile** und ihre Kinder als Familien. Kinder zu haben ist leider nach wie vor eines der größten Armutsrisiken. Besonders sie sind von Armut betroffen. Wir wollen daher vermehrt einmalige Zuschüsse und freiwillige Angebote für Alleinerziehende schaffen. Familien- und Nachbar*innenschaftsaktivitäten sollen dezentral in den Stadtvierteln durch Bereitstellung von Räumen ermöglicht und entsprechende Aktivitäten auch finanziell unterstützen werden (bspw. Kindergeburtstag). Wir wollen, dass ein stadtteilbezogener Informationsflyer zur Information über Angebote entwickelt wird.

Die **Alten- und Servicezentren (ASZ)** in München sind bundesweit vorbildlich. Ihre Angebote wollen wir weiterentwickeln und in jedem Stadtviertel bekannter machen. Die ambulante Tagespflege in München soll ausgebaut werden.

In den ASZ soll ein Begleitservice für mobilitätseingeschränkte Personen entwickelt werden. Wir wollen, dass München die **UN-Behindertenrechtskonvention** zügig umsetzt und der öffentliche Raum noch inklusiver als bisher gedacht wird. München muss überall barrierefrei sein (Behindertenparkplätze, Bordsteinabsenkungen, Aufzüge, etc.) und die Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen müssen

verbessert werden *[Mobilität und Demokratie]*.

Barrierefreiheit soll auch bei Neubauten und Sanierungen von städtischen Wohnungen bedacht werden. *[Öffentlicher Raum, Wohnen]* Für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen reicht die Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes nicht aus. Die Stadt München soll sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen vor allem in der angespannten Wohnmarktsituation eine freie Wahl von Wohnart und -ort ermöglicht wird. Arbeitsmöglichkeiten abseits von Werkstätten sollen ausgebaut werden. Gerade Menschen mit Behinderungen leben in München oft am Existenzminimum. Unterstützungsangebote und Assistenzen sind weiterhin zu fördern und können von Betroffenen unkompliziert beantragt werden.

Förderprogramme, die Kultur und Sport mit Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderungen ermöglichen, sollen verstärkt städtisch gefördert werden. Wir begrüßen den 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Stadt München, der 2014 erschienen ist. Hier soll ein 2. Aktionsplan mit einer kritischen Auseinandersetzung, was bislang zur Umsetzung des Plans geschehen ist, verfasst werden.

Armut

Wir wollen die Armut in München abschaffen. Als Kommune können wir nur wenig selbst beeinflussen. Die freiwillige Regelsatzerhöhung aus eigenen kommunalen Mitteln halten wir für richtig und wollen sie ausbauen. Ebenfalls ist es notwendig, die Finanzierung von Einzelfallhilfen über kommunale Mittel zu ermöglichen, solange dies nicht durch ein Bundesgesetz erfolgt. Wir fordern zudem, dass die rassistischen bundesgesetzlichen Regelungen, nach denen nicht alle EU-Bürger*innen gleichberechtigt Grundsicherungsleistungen erhalten können, durch **freiwillige kommunale Leistungen für nicht berechnete Sozialhilfeempfänger*innen** aufgefangen werden. Hierzu muss in den SBH eine gesonderte Abteilung geschaffen werden.

Die effektivste Möglichkeit, Armut zu verhindern, ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Deswegen wollen wir einen Münchner Öffentlichen Beschäftigungssektor schaffen, der auf Freiwilligkeit setzt und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im öffentlichen Interesse schafft. *[Arbeit und Wirtschaft]*

Wir fordern Verbesserungen beim Sozialticket – die IsarCardS darf monatlich nicht mehr Kosten als der

Mobilitäts-Anteil am Regelsatz bei SGB II/XII. Gleichzeitig muss sie uneingeschränkt im Innenraum gelten. *[Mobilität]*

Für Menschen, die bereits von Überschuldung betroffen sind, muss die städtische Schuldner*innenberatung deutlich ausgeweitet werden. Beratungstermine müssen schnell und unbürokratisch angeboten werden können.

Es gibt in unserer Stadt Menschen, die so arm sind, dass sie jede Arbeit annehmen und täglich auf Aufträge warten. Wir fordern, die Menschen auf dem so genannten Arbeiter*innenstrich zu unterstützen anstatt sie zu kriminalisieren. Oftmals werden die Arbeiter*innen um ihren Lohn geprellt und massiv ausgebeutet. Wir finden das skandalös und fordern, dass die geschaffene Beratungsstelle ausgeweitet und verbessert wird, Rückzugsräume geschaffen werden und die Stadtverwaltung regulierend eingreift, ggf. in Zusammenarbeit mit dem Zoll.

Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit hat verschiedene Ursachen, die derzeit allerdings kaum untersucht und bekannt sind. Wir begrüßen den Beschluss, dass die Stadt eine Studie zur Obdachlosigkeit durchführt und fordern die

zügige Umsetzung. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Bedingungen bei **Notschlafplätzen und in Obdachloseneinrichtungen** ein (z. B. Ermöglichung der Mitnahme von Hunden, Unterbringung mit max. vier Personen pro Raum). In München soll niemand erfrieren. Eine Räumung von sogenannten Behausungen schließen wir im Einzelfall nicht aus, sondern wollen alle Menschen in das kommunale Hilfesystem holen und dieses fortwährend verbessern.

Wir fordern den Ausbau von sozialpädagogischen Beratungsstellen und niedrigschwelligen Anlaufpunkten. Dazu gehört auch die dringend notwendige Errichtung einer Einrichtung ohne Alkoholverbot (sog. Trinker*innenstube) im Umkreis des Münchner Hauptbahnhofs sowie Konsumräume in der Stadt, um niederschwellige Suchthilfeangebot zu schaffen *[öffentlicher Raum]*.

Wir fordern

- Schaffung eines niedrigschwelligen Feedbackmanagements in leichter Sprache
- mehr Fortbildung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Spaltung der Stadtgesellschaft
- die weitergehende Demokratisierung der Sozialverwaltung in München
- die Förderung von Demokratieprojekten für Kinder- und Jugendliche wie bspw. jedes Jahr Mini-München
- die Weiterentwicklung der Ferienangebote
- den Kampf für eine Kinder- und Jugendgrundsicherung auf Bundesebene
- mehr selbstverwaltete Jugendzentren
- stadtweite, öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz
- Neuverortung des Büros der Kinderbeauftragten im Direktorium
- die weitergehende Förderung des Münchner Haus der Schüler*innen
- die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- die Förderung der Stadtschüler*innenvertretung und des Münchner Kinder- und Jugendforums
- die Errichtung von mindestens vier anonymen Notschlafstellen für Jugendliche
- die Ausweitung der Wohnungsberatung für Jugendliche und WG-Gründungen
- die Schaffung von vielen weiteren dezentralen Sport- und Freizeitbetätigungen
- die Weiterentwicklung der Alten- und Servicezentren und den Ausbau ihrer Verankerung in allen Stadtteilen
- die sofortige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- den barrierefreien Umbau des gesamten Stadtgebiets
- die Schaffung freiwilliger Leistungen für nicht-sozialhilfeberechtigte EU-Bürger*innen in den Sozialbürger*innenhäusern
- einen Preis für das Sozialticket, der nicht höher als der dafür im Regelsatz vorge-sehene Anteil sein darf
- die Ausweitung der städtischen Schuldner*innenberatung
- die Menschen, die gezwungen sind, auf dem Arbeiterstrich täglich nach Arbeit zu suchen, zu unterstützen anstatt sie zu kriminalisieren
- die Schaffung von Konsumräumen als niederschwelliges Angebot der Suchthilfe
- zügige Umsetzung der Studie zur Obdachlosigkeit in München
- die Verbesserung der Situation in den Notschlafplätzen und Einrichtungen der Obdachlosenhilfe
- den Ausbau von sozialpädagogischen Beratungsstellen für obdachlose Men-schen
- die Errichtung einer Einrichtung ohne Alkoholverbot am Münchner Hauptbahn-hof

Gesundheit

Damit wir allen ein gesundes Leben in München ermöglichen können, brauchen wir eine umfangreiche Gesundheitsversorgung. Die zentrale Prämisse für uns Jusos München ist hierbei ganz klar: kein Profit mit der Gesundheit. Entscheidend ist die flächendeckende, allen offenstehende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Gesundheit ist ein Menschenrecht!

Die München Klinik

Mit der Bereitstellung von mehr als einem Viertel der gesamten Bettenkapazität, über 7.000 Beschäftigten und einem großen Aus- und Fortbildungszentrum ist die München Klinik ein essentieller Bestandteil der medizinischen Versorgung in unserer Stadt. Der städtische Betrieb muss auch weiterhin in kommunaler Träger*innenschaft bleiben.

Jegliche Schritte in Richtung Teilprivatisierung, Ausgliederungen, Bildung von Tochtergesellschaften und Privatisierung lehnen wir strikt ab. Es ist eine Mär der marktkonformen Kräfte, wenn sie behaupten, dass die Stadt zum Führen solcher großer Unternehmen nicht fähig sei.

Die Stadtwerke beweisen das Gegenteil. Es ist gut und wichtig, wenn unsere gewählten Vertreter*innen – der Stadtrat – über die Zukunft der medizinischen Versorgung in unserer Stadt entscheiden und nicht anonyme, nach maximalem Profit strebende Konzerne.

Gleichzeitig lehnen wir die durch die DRGs gesetzten Anreize zur Profitoptimierung ab. In den Kliniken der Stadt München dürfen Eingriffe und Behandlungen nicht deswegen vorgenommen werden, weil sie rentabel sind. Die Notwendigkeit von

Behandlungen ist ausschließlich an den Bedürfnissen und Interessen der Patient*innen auszurichten.

Mit dem Zukunftskonzept der München Klinik ist ein Plan vorgelegt, der die städtischen Kliniken zu modernen Medizinstandorten ausbauen soll. Wir sehen in diesem Plan noch zahlreiche Stellen, die der Nachbesserung bedürfen. Die Auslagerung von Teilbereichen lehnen wir ab. Wo diese bereits stattgefunden hat, werden wir sie rückgängig machen.

Wir fordern gute Bezahlung, nicht nur für Ärzt*innen und Pflegepersonal, sondern auch für unterstützendes Personal wie Reinigungs- und Küchenkräfte über den TVöD.

Wo Flächen von der München Klinik nicht mehr benötigt werden, setzen wir uns für eine **kliniknahe Nachnutzung** ein. Diese Flächen werden wir nicht verkaufen, sondern im Erbbaurecht vergeben. Beispielsweise werden wir den Kliniken des Bezirks Oberbayern nicht mehr benötigte Flächen des Schwabinger Klinikums zur Behandlung von Sucht- und psychosozialen Erkrankungen zur Verfügung stellen. *[Sozialpolitik]*

Wo eine kliniknahe Nachnutzung nicht möglich ist, werden wir günstige Wohnungen für Mitarbeiter*innen der München Klinik schaffen.

Auch andernorts soll die München Klinik **Werkwohnungen** für ihre Mitarbeiter*innen errichten. *[Wohnen]*

Darüber hinaus wollen wir weitere Anreize wie kostenlose Job-Tickets für den ÖPNV und weitere Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen schaffen. So stärken wir die **Personalgewinnung** in dringend benötigten Berufen und sichern langfristig die Versorgung der Münchner*innen auf Spitzenniveau.

Der zu schaffende städtische Dolmetschvermittlungsdienst soll auch der München Klinik zur Verfügung stehen, damit Patient*innen bei Bedarf in ihrer Muttersprache kommunizieren können. *[Integration]*

Obwohl die Zahl der **Entbindungen** unter Münchnerinnen* zuletzt stagnierte, steigen die Geburtenzahlen an der München Klinik weiterhin. Dies ist der Privatisierung und Schließung von Kreißsälen im Münchner Umland geschuldet. Immer mehr Gebärende kommen zur Entbindung in die Stadt. Dies resultiert in überfüllten Kreißsälen und Wochenbettstationen. Erklärtes Ziel muss sein, dass keine Schwangere im Kreißsaal abgewiesen wird. Hierzu fordern wir einerseits die weitere Aufstockung des Personals im Bereich **Geburts-hilfe** sowie die Schaffung weiterer Kreißsäle.

Andererseits fordern wir, dass die Stadt auf die umliegenden Gemeinden und Landkreise einwirkt, damit dort die Privatisierung überdacht und die Schaffung neuer kommunaler Kreißsäle geplant wird. Eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige Geburtshilfe bietet der München Klinik auch die Chance, sich in diesem Bereich positiv hervorzutun.

Beim Neubau des Klinikums Harlaching soll zudem ein Modellprojekt eines „**Hebammenkreißsaals im Krankenhaus**“ geplant und gebaut werden. Diese Abteilung, in der die Betreuung rein von Hebammen durchgeführt wird, ist nur durch eine Wand vom Kreißsaalbereich des Krankenhauses getrennt. Frauen* können also in der vielfach gewünschten Geburtshausatmosphäre entbinden, im Notfall aber innerhalb kürzester Zeit in den ärztlichen Bereich verlegt werden. Dies spart Ressourcen im ärztlichen Bereich, während gleichzeitig mehr Raum für sanfte Entbindungen geschaffen wird, ohne Frauen* und Neugeborene den Risiken einer Entbindung fern vom Krankenhaus auszusetzen.

Allen Frauen* steht der Zugang zu hochwertiger Geburtsvorbereitung, -begleitung und -nachsorge zu und ist durch die öffentliche Hand sicherzustellen. Dasselbe gilt jedoch für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und die Möglichkeit, eine

ungewollte Schwangerschaft abbrechen. Um dies jederzeit sicherzustellen, fordern wir die Aufnahme von **Schwangerschaftsabbrüchen** als verpflichtenden Teil in der praktischen Ausbildung der Ärzt*innen an der München Klinik. Dies ist notwendig, da Schwangerschaftsabbrüche keinen verpflichtenden Teil der universitären Ausbildung darstellen.

Um allen Schwangeren den niedrigschwelligen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, ist durch die München Klinik sicherzustellen, dass in ihren Häusern Schwangerschaftsabbrüche jederzeit, mindestens aber zwischen 8 Uhr morgens und 20 Uhr abends, durchgeführt werden können. Hierzu ist es unabdingbar, dass Gynäkolog*innen vor Ort sind, die diese vornehmen können und möchten. Sollte dies nicht immer gegeben sein, muss eine arbeitsvertragliche Verpflichtung geprüft werden.

Vorsorge, Aufklärung & Gesundheitsförderung

Aufklärung, Prävention und Gesundheitsförderung sind die erfolgreichsten und günstigsten Ansätze, um Krankheit, Leid und teure Behandlungen zu vermeiden.

Die Stadt ist hierbei mit ihren Beratungsstellen und Programmen zur Gesundheitsförderung gut aufgestellt.

Die Kommune stellt das Bindeglied zwischen Bevölkerung und bundesweit angelegten Aufklärungs- und Präventionsprogrammen zum Beispiel zu Themen wie Sucht oder HIV/AIDS der BZGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) dar.

Sie muss vor Ort den Bürger*innen und allen neu in München ankommenden Menschen Ansprechpartner*innen und Anlaufstellen zur Verfügung stellen, um Krankheiten vorzubeugen sowie zu Themen wie Schwangerschaft oder Impfschutz zu beraten. Hierfür muss auch das Angebot des Gesundheitsamtes erweitert sowie externen Angeboten wie z. B. dem der Münchner AIDS-Hilfe mehr finanzielle Unterstützung gewährt werden.

Zusätzlich muss der Aufklärungsarbeit über psychische Erkrankungen höhere Priorität eingeräumt werden. Wir fordern eine städtische **Aufklärungskampagne**, die informiert und ein Bewusstsein für die Problematik schafft.

Für die praktische Umsetzung ist eine vermehrt zielgruppenspezifische **Werbung für alle Programme der Gesundheitsförderung**

und -vorsorge nötig, denn leider werden viele kostenlose Angebote der Stadt mangels Bekanntheit zu selten genutzt. Ähnliches gilt auch für zusätzliche Angebote freier und städtischer Träger im Gesundheitsbereich. Beispielsweise benötigen Migrant*innen Informationsmaterialien in ihrer Sprache oder solche, die sich nicht verbal, sondern bildlich erschließen. *[Integration]*

Allen Menschen muss niederschwellig beispielsweise in Nachbarschafts-, Familien- sowie Alten- und Servicezentren Auskunft darüber erteilt werden, welche Vorsorgeleistungen und dergleichen in ihrer konkreten Lebenssituation nötig sind. Ein besonderer Fokus sollte hierbei auf Frauen*gesundheit gelegt werden.

Beratungszentren sollten arbeitnehmer*innenfreundliche Öffnungszeiten anbieten. Wir begrüßen das umfassende Münchner Programm zur **aufsuchenden Gesundheits- und Sozialarbeit**. Wir fordern die Stadt außerdem auf, einen ähnlichen Dienst wie die „Frühe Hilfe für Kinder“ auch für das Grundschulalter zu etablieren.

Durch steigende Geburtenzahlen und das Wachstum der Stadt steigt auch der Bedarf an **Hebammen** für die Vor- und Nachsorge sowie die Betreuung bei der Entbindung. Hier fordern wir eine städtische Task Force,

um in kürzester Zeit eine flächendeckende Versorgung aller Mütter in der Zeit vor, während und nach der Entbindung zu gewährleisten. Darüber hinaus sind vermehrt städtische Beratungsangebote in Kooperation mit Hebammen und den städtischen Kinderkankenpfleger*innen zu schaffen, die über die Kassenleistungen hinausgehen. Zu denken ist hier beispielsweise an ein offenes Zentrum, in dem sich Eltern kostenfrei, niederschwellig und zeitnah zu zentralen Fragestellungen wie Schlaf, Ernährung und Impfungen beraten lassen können. Jedes Münchner Kindl muss vom ersten Tag an gesund und sicher aufwachsen.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Behandlung psychisch Kranker ein. Die Stigmatisierung, die Menschen mit **psychischen Krankheiten** immer noch entgegenschlägt, und Wartezeiten für Therapieplätze, die sich oft über Monate ziehen, sind ein untragbarer Zustand. Die Stadt reagiert darauf, dass mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung innerhalb eines Jahres an einer psychischen Störung leidet. Die Versorgung der enormen Vielfalt an Beschwerden kann mit der bisherigen Infrastruktur nicht gestemmt werden, beim Ausbau soll die Behandlung von Geflüchteten von Beginn an mitgeplant werden *[Migration]*. Langfristig darf sich die Qualität der Behandlung psychischer Krankheiten

nicht von der physischer Krankheiten unterscheiden

Die Stadt soll Mittel zur **Behandlung ausländischer Wohnungsloser** ohne Versicherungsschutz über das in §23 Absatz 3 SGB XII beschriebene Maß zur Verfügung stellen. Hierunter fallen insbesondere präventive und diagnostische Maßnahmen und die wirksame Behandlung chronischer Erkrankungen, um langwierige Krankenhausaufenthalte zu vermeiden.

Zu prüfen ist, inwieweit **städtische Verleihstellen** geschaffen werden können, die Bedürftigen teure, aber nötige Artikel des medizinischen Bedarfs, die nicht von der Krankenkasse finanziert werden, zur Verfügung stellen (beispielsweise Zuckermessgeräte oder Gehhilfen).

Wir fordern die Einführung einer **Impfpflicht** für Kinder und Jugendliche, die städtische Kitas besuchen. Dazu zählen die Masern-Mumps-Röteln, Polio und Diphtherie. Wir fordern weiterhin die (Wieder-)Einführung von „Check-up-Tagen“ in öffentlichen Einrichtungen und Schulen. Diese beinhalten einen kostenlosen ärztlichen Rundum-Check sowie medizinische Beratung vor Ort und zielen besonders auf gesellschaftliche Gruppen, denen ein regelmäßiger Zugang zu ärzt*innenlicher Versorgung fehlt.

Ebenso fordern wir die Stadt auf, in ihren Betrieben Programme des **Gesundheitsmanagements** zu stärken sowie gesundheits- und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltungen flexibler umzusetzen. Auch die psychosozialen Beratungsangebote müssen ausgebaut werden. Ebenso muss in die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen in der Stadt investiert werden. *[Sozialpolitik]*

Zudem ist eine städtische Vermittlungsstelle zu schaffen, die Frauen* im Bedarfsfall an Ärzt*innen vermittelt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Wir begrüßen, dass die Stadt sich bereit erklärt hat, in einem Modellprojekt als erste Stadt in Deutschland auf städtischen Flächen **Medizinalhanf** anzubauen. Nun fordern wir die zügige Umsetzung dieses Projekts.

Wir begrüßen die ausgezeichnete **Notfallversorgung** in der Stadt. Doch im Notfall zählt jede Sekunde und daher sollte insbesondere der Bereich Erste Hilfe kontinuierlich ausgebaut werden. Die Stadt soll Ersthelfer*innen schulen, wo immer es in ihrem Einflussbereich liegt. Insbesondere im Bereich Reanimation muss das erklärte Ziel sein, dass alle Münchner*innen über die wichtigsten Grundkenntnisse verfügen. Wir wollen außer-

dem in München ein Modellprojekt „**Mobile Retter*innen**“ einführen wie es bereits in Wien und Ingolstadt existiert: Hierbei werden im medizinischen Notfall zeitgleich mit dem Absetzen des Notrufs per App professionelle Ersthelfer*innen alarmiert. Sie ergreifen dann erste Maßnahmen bis der Rettungswagen eintrifft. Dieses Modellprojekt sollte von München aus dann möglichst flächendeckend über Bayern ausgebaut werden.

Wir fordern

- den Erhalt des städtischen Klinikums in öffentlicher Hand und die kliniknahe Nachnutzung nicht mehr benötigter Flächen
- den Bau günstiger Werkwohnungen für Mitarbeiter*innen der München Klinik
- den Bau weiterer Kreißsäle und des Modellprojekts „Hebammenkreißsaal im Krankenhaus“
- zielgruppengerechte und verstärkte Bewerbung kostenloser städtischer Programme der Gesundheitsförderung und Prävention
- Ausbau der kostenlosen bzw. kostengünstigen Test- und Beratungsangebote der Beratungsstellen STI sowie die Förderung externer niederschwelliger Angebote
- eine städtische Vermittlungsstelle für Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen
- Verpflichtenden Fortbildung zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen als Teil der praktischen Ausbildung für Ärzt*innen der München Klinik
- Sicherstellung der Möglichkeit, täglich einen Schwangerschaftsabbruch in jedem Haus der städtischen Kliniken vornehmen lassen zu können
- eine bessere medizinische Behandlung psychisch Kranker
- die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Behandlung chronischer Erkrankungen ausländischer Wohnungsloser
- die Einführung einer Impfpflicht an städtischen Kitas und Schulen
- die (Wieder-)Einführung der Check-up-Tage in öffentlichen Einrichtungen und Schulen
- die flächendeckende Versorgung aller Frauen* mit Hebammen vor, während und nach der Geburt
- die Schaffung neuer Hebammenstellen in allen städtischen Kliniken mit Geburtshilfe
- den Anbau von Medizinalhanf auf städtischen Flächen
- ein Modellprojekt „Mobile Retter*innen“ zur Alarmierung geschulter Ersthelfer*innen beim Absetzen eines Notrufs

Bildung

Unser zentrales Anliegen ist eine **kostenfreie, solidarische und demokratische Bildung**. Bildung ist nicht nur Ausbildung und Qualifizierung für das Berufsleben. Bildung ist vielmehr ein Mittel zur sozialen Inklusion, zum sozialen Aufstieg und zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Ferner dient sie der Vermittlung von gesellschaftlichen und ethischen Werten, der Entwicklung einer gefestigten, eigenständigen Persönlichkeit und einer wahren Menschlichkeit. Bildungseinrichtungen sind keine reinen Lern-, sondern Lebensorte.

Grundsätzlich ist Bildung Aufgabe des Freistaats und fällt damit in die Zuständigkeit des bayerischen Landtags. Zentrale Fragen wie die Schulstruktur oder die Definition der Lehrpläne sind daher kommunal nicht zu beantworten. Die Stadt versucht, durch freiwillige Leistungen möglichst viele Defizite des bayerischen Schulsystems – das sozial ungerecht und nicht mehr zeitgemäß ist – auszugleichen.

Frühkindliche Bildung

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern schon lange zuvor. Für uns Jusos ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass jedem Kind bereits ab dem Krippenalter der Zugang zu Bildung ermöglicht wird.

Wir begrüßen die Maßnahmen, welche die Stadt bereits ergriffen hat, um ausreichend Kitaplätze in hochwertiger Qualität zur Verfügung zu stellen. Das Ziel muss hierbei ein Versorgungsgrad von mindestens 70 Prozent im Krippenalter und 100 Prozent im Kindergartenalter sein. Insbesondere für die ein- bis sechsjährigen ist ein 100%iger Versorgungsgrad zu erreichen. Hierbei sollte ein besonderer Fokus auf den Bau weiterer Häuser für Kinder und Kindertageszentren gelegt werden.

Um ausreichend Beschäftigte für diesen Bereich (wie auch andere dringend benötigte soziale Bereiche) zu finden, soll die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anreize schaffen. Zu denken ist hierbei beispielsweise an Unterstützung bei der Wohnungssuche, kostenfreie Job-Tickets für den ÖPNV oder kostenfreien Eintritt zu städtischen Schwimmbädern und anderen Einrichtungen.

Den Fokus auf partizipative Modelle in den städtischen Kitas unterstützen wir ausdrücklich [*Demokratie*].

Um sicherzustellen, dass jedes Kind angemessen gefördert wird und die soziale Herkunft nicht über die Qualität der Bildung entscheidet, die ein Kind erhält, fordern wir die Ausweitung des **Sprenkelprinzips** auch auf Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.

Ebenso sehen wir die dringende Notwendigkeit, die **Platzvergabe** über den Kita finder+ der Stadt nach einheitlichen, transparenten Kriterien zu gestalten. Alle Eltern müssen darüber informiert werden, dass sie einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kitaplatz haben, und wie sie sich darauf bewerben können. Dazu werden wir allen Eltern kurz nach der Geburt ihres Kindes einen persönlichen Informationsbrief zusenden. Nur so kann eine faire, bedarfsgerechte und soziale Vergabe der Plätze sichergestellt werden. Kinder alleinerziehender Eltern müssen hierbei bevorzugt behandelt werden.

Die **Elternbeteiligung** muss in allen Einrichtungen frühkindlicher Bildung aktiv unterstützt werden. Nur durch ein partizipatives Miteinander von pädagogischem Personal, Kindern und Eltern können die städtischen Kitas einen sinnvollen Grundstein für das weitere Leben und Lernen legen.

Die Gebührensenkung bei den städtischen Kitas würdigt die Bedeutung der frühkindlichen Bildung. Langfristiges Ziel muss die **vollständige Gebührenfreiheit**, einschließlich kostenloser Verpflegung, sein, gepaart mit einem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr.

Zudem fordern wir, dass Eltern von Kindern, die zum Schuljahresbeginn drei Jahre alt sind, künftig eine begründete persönliche Abmeldung vornehmen müssen, wenn sie ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken möchten.

Große Unternehmen sind in die Pflicht zu nehmen – sie haben die Verantwortung dafür, Räumlichkeiten und finanzielle Mittel für Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern und es Eltern zu ermöglichen, ihren Familienalltag nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten, fordern wir **flexiblere Buchungsmöglichkeiten**, vom Teilen von Plätzen, über täglich oder wöchentlich variierende Buchungszeiten bis hin zu 24-Stunden- und Wochenendöffnungen einzelner Kitas.

Ferienzeiten in städtischen und städtisch geförderten Kitas sind einander anzugleichen. Die Kinderbetreuungsmodelle dürfen nicht einzig auf die Bedürfnisse von Eltern mit einem Standard-Bürojob zugeschnitten sein.

Die Ausweitung insbesondere prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf zunehmend atypische Arbeitszeiten sehen wir als extrem problematisch an. Arbeitsmarktpolitisch ist unser Ziel, das sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Normalarbeitsverhältnis mit regulären Arbeitszeiten wieder zur Regel zu machen. Wir wollen den Menschen nicht in ein marktförmiges Subjekt verwandeln und als Stadt nicht dazu beitragen. Dennoch müssen wir die realen Probleme vieler Beschäftigter ernst nehmen und die drohenden sozialen Härten abfedern.

Die Buchungszeiten dürfen nicht rein von den aktuellen Arbeitszeiten abhängen, um berufliche Veränderung bzw. das neue Aufnehmen einer beruflichen Tätigkeit zu ermöglichen. Außerdem sollen für die Eltern Möglichkeiten geschaffen werden, bei Schließungen aufgrund von Ferien oder Streik die Betreuung in den Räumlichkeiten der städtischen Kitas privat zu organisieren. Die Stadt soll darauf hinarbeiten, Lösungen für die dem entgegenstehenden Hygienevorschriften und dergleichen zu finden. Eine mögliche Lösung wäre hier beispielsweise die Einrichtung separater Gemeinschaftsräume mit anders zu definierenden Hygienevorschriften.

Um allen Kindern eine Teilhabe auch an kultureller, musischer und sportlicher Bildung zu ermöglichen, fordern wir einen Ausbau der Zusatzangebote in den städtischen Kitas. Gerade da, wo viele Kinder aus sozial benachteiligten Familien zusammenkommen, sollten Angebote der Städtischen Sing- und Musikschule und dergleichen direkt in den Einrichtungen angeboten werden. So wird garantiert, dass allen Kindern die Teilnahme ermöglicht wird, unabhängig beispielsweise von den Arbeitszeiten der Eltern. Um dieses erweiterte Angebot zu ermöglichen, sind die finanziellen Mittel der **Städtischen Sing- und Musikschule** und der Schule der Phantasie aufzustocken und die Angebote kostenfrei anzubieten.

Die Kindertagesstätten in München sollen als Teil ihres Bildungsauftrags auf eine **genderneutrale Erziehung** achten. Nur wenn alle Kinder von Klein auf in dem Wissen aufwachsen, dass Fähigkeiten, Vorlieben und Möglichkeiten des einzelnen Menschen nicht vom Geschlecht abhängen, werden wir als Gesellschaft die wahre Gleichstellung der Geschlechter erreichen. *[Gleichstellung]* Daher unterstützen wir auch die Versuche der Stadt, gezielt auch männlich*es Personal im Bereich der frühkindlichen Bildung anzuwerben und würden eine Ausweitung dieser Bemühungen begrüßen.

Schule

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um die Schule in München trotz der Einschränkungen durch das Kultusministerium gemeinsam mit allen Beteiligten nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Die Schule ist für uns ein Ort der Begegnung und des gemeinsamen Lebens und Lernens. Zentral ist dabei, dass sich wirklich Kinder jeder Herkunft begegnen. Unsere langfristige Vision ist es, das dreigliedrige Schulsystem zu überwinden und längeres gemeinsames Lernen innerhalb von **Gemeinschaftsschulen** zu ermöglichen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel planen wir **kommunale Modellprojekte**. Für erstrebenswert halten wir unter anderem eine Ausweitung von Konzepten wie der viel nachgefragten städtischen Orientierungsstufe oder der Schule der Phantasie. Weitere internationale Klassen an allen Schularten können gemeinsames Lernen über Sprachbarrieren hinweg ermöglichen und eine Alternative zu den oft wenig durchlässigen Deutschklassen an staatlichen Mittelschulen darstellen.

Zur besseren **Sprachförderung** sollen alle städtischen Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Zweitsprache fortgebildet werden und im Ganztags zusätzlich Angebote mit externen

DaZ/DaF-Fachkräften geschaffen werden [*Integration*].

Allgemein soll die Stadt als Vorreiterin auch Modellprojekte für andere schulische Konzepte beantragen. Besonders fördern wollen wir dabei das Experiment einer städtischen **Schule ohne Noten**: Die Bewertung durch Noten soll hier in der Sekundarstufe 1 durch regelmäßiges schriftliches und mündliches Feedback ersetzt werden, wofür die Lehrkräfte Anrechnungsstunden erhalten sollen.

Zusätzlich wäre auch das Konzept einer **Schule mit flexiblen Ferienzeiten** als Modell wünschenswert: Eine kurze Kernferienzeit wird ergänzt durch flexibel wählbare Urlaubstage für Lernende und Lehrende.

Zusätzlich sollen Modelle **Demokratischer Schulen** gefördert werden (Demokratische Schulen ruhen auf den zwei Säulen des freien Lernens in einer vielfältig ausgestatteten Lernumgebung mit den Lehrkräften als Lernbegleiter*innen und der basisdemokratischen Entscheidung aller relevanten Fragen durch Lernende und Lehrende).

Auch die bestehenden Schulen im Regelsystem ermutigen wir dazu, neue Wege im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu gehen. Dazu wollen wir verstärkt auf die Qualifikation von Führungskräften in unseren

Bildungseinrichtungen setzen sowie motivierte und gestaltungswillige Lehrkräfte und Schulleitungen gezielt in ihren Ideen unterstützen. Mit Hilfe von Zielvereinbarungen wollen wir alle städtischen Schulen dabei begleiten, einen für sie passenden Weg in Richtung einer partizipativen, gerechten und modernen Schule mit individuellem Profil zu gehen.

Länger gemeinsam Lernen heißt für uns auch, mehr Zeit am Tag gemeinsam zu verbringen.

Wir begrüßen deshalb das Projekt der **kooperativen Ganztagschule** ausdrücklich, wünschen uns hier in Zukunft aber auch schulartübergreifende Ansätze. Um den Ganztagschüler*innen aller Schularten ein breiteres sportliches, musisches und kulturelles Angebot zu eröffnen, fordern wir eine zentrale Koordinationsstelle. Diese soll die Kooperation von Schulen mit Vereinen oder städtischen Institutionen wie der Städtischen Sing- und Musikschule fördern, indem sie konkrete Konzepte für die Zusammenarbeit erarbeitet, die Schulen bei rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen unterstützt, Kontakte zu möglichen Partner*innen herstellt, sowie Modellangebote gemeinsam mit den Vereinen und Institutionen entwickelt und den Schulen anbietet. Insbesondere die Städtische Sing- und Musikschule soll ihr Angebot für

die Kooperation mit Schulen deutlich ausweiten. Städtische Angebote sollen zusätzlich im Bereich der Demokratiepädagogik entwickelt werden. Auch für die Sprachförderung sollen im Ganztagsangeboten gemacht werden, beispielsweise durch geschulte externe DaZ/DaF-Fachkräfte. Trotz dieser Maßnahmen wird das Personal für Ganztagsangebote knapp. Aus diesem Grund sollen bisherige Mittagsbetreuungs-Mitarbeiter*innen und andere geeignete Personengruppen als Anbieter von Lern-, Spiel- und Betreuungsangeboten für städtische Einrichtungen angemessen weiterqualifiziert werden.

Eine ausgewogene Ernährung und das Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten sind essentiell für ein gesundes Leben. Der Zugang dazu ist jedoch eine Klassenfrage, da hochwertige, gesunde Lebensmittel in der Regel teuer sind und für die Zubereitung einer Mahlzeit Zeit benötigt wird, die arbeitenden Menschen häufig nicht zur Verfügung steht. Wir fordern deshalb kostenlose Mittagsverpflegung mit warmen Mahlzeiten an allen städtischen Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Neben Lehrkräften, Erzieher*innen und Vertreter*innen von Vereinen oder städtischen Institutionen fordern wir eine weitere Stärkung der Arbeit von multiprofessionellen Teams an

Schulen. Dazu gehört für uns eine deutliche Ausweitung des Angebots der Schul- und Jugendsozialarbeit, sowie von schulpsychologische Betreuung und dem mobilen sonderpädagogischen Dienst. Analog zu den Suchtpräventionstagen fordern wir Präventionstage zu psychischen Erkrankungen an weiterführenden Schulen. Alle Beschäftigten im Schulumfeld sollen unbefristete und tarifgebundene Verträge erhalten.

Um Schule als echten Begegnungsraum zu stärken, fordern wir zudem eine Sprengelpflicht nicht nur für Grund- und Mittelschulen, sondern auch für alle anderen weiterführenden Schulen. Die freie Wahl einer Schule mit der den eigenen Interessen entsprechenden fachlichen Ausrichtung muss hierbei selbstverständlich erhalten bleiben. Grundsätzlich sollen zudem die bestehenden Unterschiede zwischen den Schulformen so weit wie von städtischer Seite aus möglich minimiert werden.

Das bedeutet für uns, dass die Stadt als Sachaufwandsträger Ressourcen gerecht zwischen den Schulformen verteilt. Diese Forderung bezieht sich beispielsweise auf adäquat eingerichtete Aufenthalts-, Fach- und Differenzierungsräume, als auch auf die allgemeine technische Ausstattung. Konkret sollen im Dialog mit den Schulen praktikable Lösungen für bestehende Hardware- und Soft-

ware-Probleme gefunden werden. Alle Klassenzimmer sollen über eine technische Grundausstattung von einem Rechner mit umfangreichen Softwarepaket, einem Beamer und einer Dokumentenkamera verfügen. Langfristig streben wir eine flächendeckende Versorgung mit Smart Boards und Tablet-Koffern an.

Die technische Ausstattung ist insgesamt an vielen Schulen noch nicht zeitgemäß. Wir begrüßen die Bemühungen der Stadt, WLAN an den Münchner Schulen einzuführen. Die geplanten Zeitschienen sind jedoch zu lang – der Ausbau der Infrastruktur muss deutlich schneller und effektiver erfolgen. In diesem Zug muss auch ein Weg gefunden werden, das landesweite Handyverbot an Schulen für städtische Schulen aufzuheben. *[Digitalisierung]*

Nach wie vor ist die **politische Bildung** elementarer Bestandteil zur Stärkung demokratischer Strukturen und Teilhabe. Hierbei kommt der Schüler*innenmitverantwortung (SMV) an den Schulen eine große Bedeutung zu. Die SMVen müssen dafür mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Elementar ist hierbei ein SMV-Zimmer, das baulich so gestaltet werden muss, dass es von außen auch außerhalb der Schulzeiten zugänglich ist. Wenn die baulichen Gegebenheiten der Schulgebäudes nicht über

diese Kapazitäten verfügen, kann eine Container- oder Bauwagenlösung auf dem Schulhof umgesetzt werden. Zur Stärkung der politischen Bildung gehört für uns zudem auch eine erweiterte Mitbestimmung in der Schule – das bedeutet auch, das Münchner Haus der Schüler*innen Realität werden zu lassen und die Stadtschüler*innenvertretung aktiv zu unterstützen. *[Demokratie]*

Der Fokus der politischen Bildungsarbeit an Schulen darf nicht allein auf Gymnasien liegen. Gerade die Einbeziehung anderer Schularten und die Förderung von Projekten an diesen Schulen muss besondere Aufmerksamkeit erfahren. Die Stärkung der Schüler*innen zur Abwehr von Vorurteilen und Diskriminierung soll nicht erst in den weiterführenden Schulen einsetzen. Menschenrechtsbildung ist Grundlage unseres Zusammenlebens und muss daher bereits in Grundschulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung ansetzen.

Des Weiteren bestärken wir die Schulen zur Teilnahme am Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Die teilnehmenden Schulen wollen wir über das Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler besser miteinander vernetzen.

Wir fordern eine Ergänzung des Mo-

saik-Jugendpreises um einen Preis für die beste Fach-/Projektarbeit von Münchner Schüler*innen, die sich mit dem Themenbereich „Neonazismus in München“, „Nationalsozialismus in München“ oder „Antifaschismus in München“ beschäftigt. Für alle Teilnehmer*innen am Wettbewerb soll eine Fahrt an einen zum Themenbereich passenden historischen Ort organisiert werden. [Antifaschismus]

In Anbetracht der gesellschaftlichen Folgeschäden eines Raubbaus an der Natur wird auch eine Intensivierung der **Bildung für nachhaltige Entwicklung** (BNE) immer dringlicher. Wir halten es daher für notwendig, im Pädagogischen Institut einen neuen Fachbereich BNE zu gründen. Die dort entwickelten Konzepte sollen nicht nur die ökologischen Aspekte thematisieren, sondern insbesondere die sozialen Gesichtspunkte einer nachhaltigen Entwicklung beleuchten. Ein Beispiel zur konkreten Umsetzung im Rahmen der Ganztagsbetreuung ist das pädagogische Kochen, das wir auch an Münchner Bildungseinrichtungen anbieten wollen. Eine wichtige Ergänzung zum pädagogischen Kochen in den Bildungseinrichtungen stellt der Schulbauernhof Riem dar, der nicht nur die Aspekte der Lebensmittelverarbeitung, sondern der gesamten Produktionskette vermitteln kann. Künftig soll ein quali-

tativ hochwertiges Mittagessen für Schüler*innen an allen Münchner Schulen gratis angeboten werden. Auch weitere Konzepte wie Lernen durch Engagement oder das Münchner Kinder- und Jugendforum sollen gezielter an Lehrkräfte vermittelt werden. Städtische Schulen sollen zudem dazu aufgefordert werden, in regelmäßigen Abständen Schüler*innenfeedback einzuholen und in schulspezifische Maßnahmen umzusetzen. Schulen und Lehrkräfte sollen für das Einholen des Feedbacks gezielt geschult werden.

Ein letzter Schritt auf dem Weg zur Schule als Lebensort ist es, Schulen auch außerhalb der Schulzeit stärker für freie und institutionelle Kultur-, Sport- und Freizeitangebote anderer Art zu öffnen. Das bedeutet für uns eine Öffnung (und möglicherweise teilweise Überdachung) der Schulhöfe, Sportplätze und Turnhallen. Hier sollen bestehende Verbote aufgehoben, Belegungskonzepte verbessert und bauliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Lärmbelastung zu vermeiden.

Ein zentraler Teil des Miteinanders zwischen Schüler*innen entsteht nicht erst in der Schule sondern bereits auf dem Weg dorthin. Daher, und auch im Sinne der Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr, unterstützen wir die Initiativen vieler städtischer Schulen, die ihre Schüler*innen

dazu aufrufen, zu Fuß zur Schule zu gehen. Hierzu muss natürlich ein sicherer Schulweg gewährleistet sein, gerade auch in den Bereichen außerhalb und entlang des Mittleren Rings. Hierzu fordern wir Jusos ein Maßnahmenpaket aus unterschiedlichen Perspektiven: im Zuge der Befreiung der Innenstadt vom Autoverkehr entsteht sowieso ein Mehr an Sicherheit. Doch auch darüber hinaus muss mit Tempolimits, Hinweisschildern, Schulweghelfer*innen und der Unterstützung von Projekten wie dem Bus mit Füßen für mehr Sicherheit gesorgt werden. So können alle Eltern ihre Kinder bedenkenlos zu Fuß zur Schule gehen lassen – wovon letztlich die ganze Stadtgesellschaft profitiert. Der ÖPNV soll für Menschen in (Aus-)Bildung kostenfrei sein. *[Mobilität]*

Berufliche Bildung

Auch berufliche Bildung muss die Grundlagen für die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens im Sinne eines emanzipatorischen Bildungsverständnisses schaffen. Deshalb müssen auch berufliche Bildung und auch weiterführende berufliche Bildungsangebote kostenfrei sein. Wir fordern daher die **Abschaffung aller noch bestehenden Gebühren** für kommunale Berufs-, Fach-, Meister*innen- und Techniker*innenschulen.

Die kommunalen berufsbildenden Schulen müssen mit einer **zeitgemäßen Ausstattung** und angepassten Infrastruktur in die Lage versetzt werden, den diesen sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Wir fordern daher auch im Bereich der beruflichen Schulen Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur sowie der Klassenstärken ein. Die in Berufsschulen eingesetzten Materialien und Maschinen müssen dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Zur Finanzierung dieser Einrichtungen sind die Arbeitgeber*innen mit heranzuziehen.

Insbesondere dem **allgemeinbildende Unterricht** kommt eine besondere Bedeutung dabei zu, elementare Grundlagen der Arbeitnehmer*innenrechte und des Demokratieverständnisses zu vermitteln. Daher muss der Allgemeinbildende Unterricht deutlich verbessert und gestärkt werden. Die Vorstellung gewerkschaftlicher Arbeit, Grundlagen der Tarifpolitik sowie des Arbeitsrechts und der Mitbestimmung durch die DGB Jugend muss fester Bestandteil dieses Unterrichts werden. Es ist sicherzustellen, dass die DGB Jugend an allen Berufsschulen regelmäßig präsent ist, der Zugang ist ihr jederzeit zu gewähren. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie und Teilhabe sollen Grundlagen interkultureller Kompetenz in der Arbeitswelt und ein elementares

Demokratieverständnis vermittelt werden.

Lebenslanges Lernen

Die **Münchner Volkshochschule** sowie die städtische Abendschule sind weitere unentbehrliche Bildungseinrichtungen der Stadt, die das Prinzip des lebenslangen Lernens ermöglichen. Diese Einrichtungen werden wir auch künftig solide ausfinanzieren, damit sie ihren bildungspolitischen Auftrag erfüllen können.

Die Landeshauptstadt München und ihre Tochtergesellschaften gehen mit gutem Beispiel voran und ermöglichen ihren Mitarbeiter*innen breite Angebote der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung. Deshalb werden wir mit der Gewerkschaft ver.di über sogenannte Weiterbildungsstarifverträge verhandeln.

Die **betriebliche Weiterbildung** stärken wir durch eine innerbetriebliche Weiterbildungsberatung und -vermittlung, die insbesondere den unteren Entgeltgruppen zu Gute kommen soll. Eine entsprechende Bildungsfreistellung ermöglichen wir den Mitarbeiter*innen.

Die Förderung aufstiegsrelevanter Fort- und Weiterbildungsmaßnah-

men muss dem Querschnitt der Personalstruktur entsprechen und der Diversität des Unternehmens gerecht werden.

Es ist notwendig, durch Weiterbildungsmaßnahmen Erwerbsbiographien im Unternehmen zu ermöglichen, die sich in der jeweiligen Lebenssituation anpassen können und eine berufliche Weiterentwicklung der Arbeitnehmer*innen entsprechend ihrer Neigungen und Fähigkeiten, aber auch ihrer Betriebszugehörigkeit und gesundheitlichen Verfassung zu ermöglichen. Im Rahmen einer altersspezifischen Personalpolitik soll Beschäftigten eine berufliche Umorientierung von körperlich belastenden Tätigkeiten hin zu Aufgaben im Bereich Arbeitsvorbereitung oder Ausbildung ermöglicht werden, um so gerade auch die Erfahrung der älteren Kolleg*innen nutzen und weitergeben zu können. Dies ist auch Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Auch sind Modelle zur Bewertung der im Arbeitsprozess erworbenen Erfahrung zu entwickeln, die diese unter anderem im Hinblick auf die internen Stellenausschreibungen und Einstufungen der Mitarbeiter*innen berücksichtigen. Um die Berücksichtigung dieser non-formalen Aspekte in Arbeitszeugnissen und Beurteilungen zu gewährleisten, müssen Standards geschaffen und Fragebögen für

die Bewertung der Mitarbeiter*innen durch die unmittelbaren Vorgesetzten entwickelt werden. Arbeitszeugnisse werden auf dieser Bewertungsgrundlage von der Personalabteilung in Rücksprache mit Vorgesetzten und Arbeitnehmer*innen erstellt.

Für die Auszubildenden der Stadt gibt es bereits eine mehrtägige, überbetriebliche Fortbildung zu interkulturellen und sozialen Themen. Diese Fortbildung wollen wir beibehalten und als Weiterbildungsmaßnahme auf alle Beschäftigten der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften ausweiten.

Sport

München ist eine sportliche Stadt. Um die vielfältigen Angebote des Breitensports und damit kostengünstigen und allgemeinen Zugang zu sportlicher Betätigung zu erhalten, muss der Kommerzialisierung des Sports entgegengewirkt werden. Denn Vereinssport fördert nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Integration verschiedener sozialer Gruppen sowie gesellschaftliche Beteiligung gerade von Kindern und Jugendlichen. Bei der Förderung des Vereinssports ist im Sinne eines gendergerechten Haushalts darauf zu achten, dass die eingesetzten Mittel allen Geschlechtern zugute

kommen. Als Anreiz für die Vereine sind gesonderte Mittel für jene zur Verfügung zu stellen, die ein Konzept zur Frauen*förderung und Gleichstellung vorlegen.

Der Münchner Freizeitsport ist ein hervorragendes Programm um allen Münchner*innen ein vielfältiges und kostengünstiges Sportangebot zugänglich zu machen. Dieses Angebot muss weiter ausgebaut werden und auch in Ferienzeiten durchgehend stattfinden. Bereits jetzt sind viele Kurse an den Kapazitätsgrenzen angelangt, deshalb sind die Trainer*innen flächendeckend mit Headset-Mikrofonen auszustatten, um Kurse auch bei großer Nachfrage angemessen abhalten zu können.

Das **U21-Programm**, das eine kostenlose Teilnahme ermöglicht, muss unabhängig von einer starren Altersgrenze auf Schüler*innen, Studierende und Auszubildende erweitert werden.

Der Ausbau öffentlich zugänglicher Sportstätten sowie Jugendspielgeländen in Parks ist zu forcieren und weiter voranzutreiben. Wir fordern die Stadt auf, mögliche Flächen für Sportstätten, wie zum Beispiel Kletterwände, Bolzplätze, Tartanbahnen, Skateanlagen, Dirt-Bike- und BMX-Anlagen auszuweiten und zu erschließen. Ein besonderer Fokus soll hier auf Fitnessanlagen in Parks

gesetzt werden. Diese sprechen alle Generationen an und können so einen wichtigen Beitrag zur generationenübergreifenden Nutzung des öffentlichen Raumes leisten.

München befindet sich zum Beispiel mit der Gestaltung des Heckenstallerparks mit Kletterwand und Streetballfeld auf einem guten Weg, jedoch sind insbesondere auch überdachte Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung im öffentlichen Raum weiter auszubauen.

Auch bei schlechtem Wetter sowie im Winter sind Räume zu schaffen, in denen witterungsunabhängig Sport getrieben werden kann. Wir fordern deshalb die Errichtung einer öffentlich zugänglichen Trendsporthalle. Zur Ermittlung des Bedarfs der abzudeckenden Trendsportarten soll die Stadt mit dem Stadtjugendring sowie der Sportjugend zusammenarbeiten. In jedem Fall soll ein städtisches Kugelbad in diese Trendsporthalle integriert werden. Außerdem ist zu prüfen, welche bestehenden Anlagen, zum Beispiel Streetballplätze oder Skateanlagen, überdacht werden können. Weiter zu forcieren ist die Öffnung von Schulhöfen außerhalb der Unterrichtszeiten als öffentliche Sportanlagen. Auch ist darauf hin zu arbeiten, dass städtische Turnhallen auch in den Schulferien zur Verfügung gestellt werden können.

Sicher **schwimmen** zu können ist lebenswichtig. Doch immer mehr Menschen können nicht sicher schwimmen. Die Zahl der Badeunfälle – auch der tödlichen – steigt dadurch stetig. Es ist dringend notwendig, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Schwimmoffensive der Landeshauptstadt München und fordern, diese auszubauen und zu intensivieren. Angebote für Geflüchtete, reine Frauen*schwimmkurse und kostenlose Angebote sind auszubauen. Schwimmunterricht sollte bereits vor der Grundschule ansetzen: Je früher ein Kind mit dem Schwimmenlernen beginnt, desto leichter baut es die Scheu ab und desto besser lernt es das Schwimmen. Deshalb fordern wir, verpflichtenden Schwimmunterricht ab dem zweiten Kindergartenjahr einzuführen. Beim Neubau jeder Schule muss ein Schwimmbassin eingeplant werden, um einen regelmäßigen Schwimmunterricht gewährleisten zu können.

Die Preise der städtischen Bäder sind für viele, insbesondere für Familien kaum – oder zumindest nur selten als besonderes Erlebnis – bezahlbar. Schwimmen ist ein Volkssport und darf nicht zum Luxus werden, der Zugang zu Schwimmbädern muss deshalb allen kostengünstig gewährt werden. Wir fordern daher

weiterhin, auch über den Modellversuch zu kostenlosem Eintritt für alle unter 18 hinaus, eine Tarifreform für die SWM-Bäder: Es sollen Zehner-, Monats- und Jahreskarten für alle Tarifgruppen eingeführt werden sowie ein Ermäßigungstarif für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende. München wächst und damit auch der Bedarf an Schwimmbädern. Das letzte neue Schwimmbad wurde 1980 eröffnet. Seitdem sind aber etwa eine Viertelmillion Münchner*innen dazugekommen, die auch schwimmen gehen wollen. Wir fordern deshalb, den Neubau von Hallen- und Freibädern zu forcieren. Zudem sind bei jedem Schulneubau ein Schwimmbad sowie eine Mehrfachturnhalle einzuplanen.

Wir fordern

- einen Versorgungsgrad von 100% der ein- bis sechsjährigen Kinder
- Anreize zur Gewinnung von Personal in städtischen Kitas
- faire Platzvergabe über den kita finder+
- gebührenfreie Kitas (einschließlich Verpflegung)
- flexiblere Buchungsmöglichkeiten
- die Möglichkeit der Raumnutzung zur privaten Kinderbetreuung während Kita-Schließzeiten
- den Ausbau der Zusatzangebote in den städtischen Kitas
- genderneutrale Erziehung in städtischen Kitas
- den Ausbau der Familienzentren
- die Schaffung von Modellprojekten wie Schule ohne Noten und flexible Ferienzeiten
- Schaffung von Deutsch-Förderangeboten im Ganztagsbereich
- weitere internationale Klassen an allen Schularten als Alternativen zu Deutschklassen
- Qualifikation von Führungskräften an städtischen Schulen
- Ausweitung von Schul- und Jugendsozialarbeit, sowie schulpsychologischer Betreuung und des mobilen sonderpädagogischen Dienstes
- gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen den Schulformen
- eine zentrale Koordinationsstelle zur Schaffung breiter Angebote innerhalb des Ganztags
- kostenlose Mittagsverpflegung mit warmen Mahlzeiten an allen städtischen Grundschulen und weiterführenden Schulen
- unbefristete und tarifgebundene Verträge für alle Beschäftigten im Schulumfeld
- schnellerer Ausbau des WLANs an Schulen
- die Einführung der Sprengelpflicht für Kitas und alle weiterführende Schulen
- die Abschaffung des Handyverbots an Schulen
- ein stets zugängliches SMV-Zimmer an jeder Schule und die schnelle Umsetzung des Münchner Haus der Schüler*innen
- Menschenrechtsbildung an Kitas und Grundschulen
- Erweiterung des Mosaik-Jugendpreises um einen Preis für Fach- und Projektarbeiten von Münchner Schüler*innen zum Thema Nationalsozialismus
- einen Fachbereich BNE im Pädagogischen Institut
- Öffnung der Schulgelände auch außerhalb der Schulzeiten
- sichere Schulwege für alle Schüler*innen
- gendergerechte Förderung des Vereins- und Breitensports
- Ausbau des Münchner Freizeitsports
- witterungsunabhängig nutzbare öffentliche Sportanlagen
- eine Trendsporthalle
- eine Tarifreform für die Münchner Bäder
- die Schaffung neuer öffentlicher Schwimmbäder

IT und

Digitalisierung

Der digitale Wandel ist ein gesellschaftlicher Prozess, der aktiv gestaltet werden kann und muss. Digitalisierung passiert nicht automatisch, sondern wird bisher bewusst von Unternehmen vorangetrieben, um Kosten zu sparen oder neue Geschäftsfelder zu erschließen. Hierbei gilt es, der neoliberalen Verwertungslogik entgegenzutreten und die Chancen der Digitalisierung zur Verbesserung des Lebens aller Menschen zu nutzen und dabei die politischen Konsequenzen zu reflektieren.

Für uns ist ein sorgsamer Umgang mit den entstehenden Daten wichtig. Bei allen digitalen Projekten der Stadt muss die Datensicherheit und der Datenschutz sowie die Barrierefreiheit von Angeboten im Fokus stehen, die kommunale Hand und die Bürger*innen müssen die uneingeschränkte Datenhoheit besitzen. Die Münchner*innen sind zu befähigen, kritisch mit Informationstechnologien umzugehen.

Die Digitalisierung der Landeshauptstadt München muss die Bürger*innen in das Zentrum aller Entwicklungen stellen. Ausgangspunkt für innovative Projekte müssen stets Bedürfnisse sein, welche die Münchner*innen haben. Abgeleitet von Rechten wie Verschlüsselung, Datenschutz, Datensicherheit und Dateneigentum schafft München eine Infrastruktur, die den Bürger*innen gehört.

Innovation

Innovation kann nur funktionieren, wenn Stadtgesellschaft, Verwaltung und Organisationen zusammenarbeiten. Wir fordern, dass die Stadt München einen Prozess moderiert, an dessen Anfang eine wertebasierte, keine rein zielbasierte, anwendungsbezogene Digitalisierungsstrategie steht. In diesem Prozess spielen sowohl Online- als auch Offlinebeteiligung der Bürger*innen eine große Rolle.

Die Herausforderungen einer sozialen digitalen Innovation sind in vielen Städten ähnlich. München soll daher massiv die Kooperation und Kollaboration mit anderen europäischen Städten wie Barcelona, Wien oder anderen ausbauen, um Ressourcen zu bündeln und Synergien zu nutzen. Diese Kollaboration wird durch freie Software und offene Standards ermöglicht, hierbei soll auch für Infrastruktur und Betriebssysteme freie Software erwägt werden.

Smart City

Der Begriff Smart City wird in der aktuellen Diskussion sehr unterschiedlich verwendet. An vielen Stellen wird versucht, Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge für kapitalistische Interessen zu öffnen. Wir lehnen dies

strikt ab und wollen stattdessen verantwortungsvolle Innovation fördern, welche die politischen Dimensionen technischer Entwicklungen berücksichtigt.

Aus unserer Perspektive müssen smarte Lösungen und Innovation bedarfsorientiert und verantwortungsvoll gestaltet und reflektiert werden. Hierbei müssen demokratisch legitimierte politische Entscheidungsträger*innen eine Rolle spielen. Die Nutzung von gesammelten Daten der Bürger*innen muss gemeinwohlorientiert erfolgen.

Die Stadt soll **verantwortungsvolle Innovation** fördern. Innovationsprojekte innerhalb der Verwaltung sollen in interdisziplinären Teams umgesetzt werden, in die beispielsweise NGOs und Sozialwissenschaftler*innen eingebunden werden. In reflexiven Prozessen sollen negative Effekte von Innovationen frühzeitig erkannt und durch konzeptionelle Änderungen im Entwicklungsprozess ausgeschlossen werden.

Maßgebliche Verantwortung für einen verantwortungsvollen digitalen Transformationsprozess trägt die **Stadtverwaltung**. Hier ist neben einem Changemanagement, um ein entsprechendes Mindset bei den Mitarbeiter*innen zu fördern auch ein Umdenken in der Organisation von Verwaltung notwendig. Ergänzend zu

den vertikalen Referaten sollen horizontale Organisationsstrukturen die Abstimmungswege verkürzen und die Kompetenz und Expertise von Projektteams durch Interdisziplinarität erweitert werden. Das IT-Referat ist hierfür das erste Beispiel.

Elementar notwendig ist es hier, insbesondere auch **junge Mitarbeiter*innen in Verantwortung** zu bringen, die als Digital Natives einen anderen Blick auf Innovation und Digitalisierung haben können.

Daten, die in städtischen Kontexten gesammelt werden, sollen unter Wahrung des Datenschutzes und nach Zustimmung durch die Bürger*innen in standardisierten Formaten als **Open Data** zur Verfügung gestellt werden. Kommerzielle Nutzung der Daten ist nur bei Entrichtung einer Gebühr möglich, das Eigentum der Daten bleibt stets in Hand der Bürger*innen.

Wenn die Projekte nach der Förderungsphase in Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge aktiv sind, muss die Stadt mindestens 51 % der Anteile an diesen Projekten halten, um die Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

Daten, die in städtischen Kontexten gesammelt werden, sollen unter Wahrung des Datenschutzes zur Verfügung gestellt werden. Um die kos-

tenlose Verwertung von Open Data aus gemeinschaftlichem Besitz zu kapitalistischen Zwecken zu vermeiden, müssen Interessierte den Zugang zu den Daten beantragen und gegebenenfalls Nutzungsentgelte zahlen.

Wenn in städtischen Anwendungen Algorithmen zur Unterstützung von Entscheidungen verwendet werden, fordern wir die Offenlegung von deren Code. Die Stadt soll nicht nur den Code von eigenen Entwicklungen offenlegen, sondern auch bei der Auswahl von Third-Party-Applikationen **freie Software** bevorzugen.

Digitale Infrastruktur

Wir fordern die Ausweitung des erfolgreichen **M-WLAN** auf weitere öffentliche Plätze sowie den ÖPNV [*Mobilität*]. Vorgeschaltete Anmeldeseiten auf M-WLAN sind abzuschaffen. Das Recht auf Information umfasst auch das Recht auf Internet, sodass es möglichst überall einen offenen Internetzugang geben soll. Für Menschen, die keine eigenen Geräte besitzen, muss eine Möglichkeit geschaffen werden, kostenfrei Zugang zu einem Gerät mit Internetanschluss zu bekommen.

Die SWM haben durch M-net den **Glasfaserausbau** im Münchner Stadtgebiet massiv vorangetrieben und werden von vielen Bürger*innen als gute Alternative zu den anderen, rein kapitalistischen Netzbetreiber-Unternehmen wahrgenommen. Es müssen aber noch mehr Geschäftskunden gewonnen werden. Wir fordern, dass M-net diesen Weg konsequent weiterverfolgt und so schnell wie möglich auch Neubaugebiete wie beispielsweise Freiham erschließt. Außerdem sollen die privaten Netzbetreiber für den anstehenden 5G-Ausbau gegen Entgelt die Glasfasern der SWM benutzen müssen, anstatt ein überflüssiges zweites Glasfasernetz zu legen.

Wir fordern die Stadt auf, die Möglichkeiten **digitaler Informationstechnik** zu nutzen, um Verwaltungsverfahren in sinnvoller Weise zu verbessern. Wichtig ist, dass diese Transformation für die Mitarbeiter*innen durch ein Change-Management vereinfacht wird. Die Stadt soll dabei auf die Nutzung von Clouddiensten verzichten, bei denen die Datenhoheit und das Eigentum an Code in privater Hand sind. Hierbei fordern wir, dass die Bürger*innen an den notwendigen Stellen barrierefreien Zugang erhalten, um beispielsweise Kommunikation mit Behörden zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Für alle Bürger*innenservices soll die Stadt eine **München-ID** zur Verfügung stellen, mit der alle städtischen Angebote nutzbar gemacht werden.

Monopolistische Plattformen haben derzeit maßgebliche und selbst auf internationaler Ebene kaum regelbare Macht. Um diesen Plattformen Alternativen entgegenzustellen, fördert die Stadt München **Plattformgenossenschaften**. Hierbei schließen sich Individuen zusammen, um unabhängig von Profitinteressen gemeinsam ideelle Ziele zu erreichen. Die Förderung umfasst finanzielle Mittel sowie eine Vernetzung, Unterstützung und Beratung der entstehenden Projekte.

Digitale Bildung

Die kommunalen Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, grundlegende menschliche Fähigkeiten zu gewährleisten. Wir sind davon überzeugt, dass die kommunalen Bildungseinrichtungen durch Technik bedeutend verbessert werden können.

Wir fordern **frei zugängliches WLAN an allen Schulen**, um die große Menge verfügbaren Wissens im Internet in den Unterricht einzubeziehen. Pädagogische Angebote sollen zu zielgerichteter, kritischer

und verantwortungsvoller Nutzung digitaler Endgeräte anregen. Lehrkräfte sind weiterzubilden, um Schüler*innen mit der digitalen Welt vertraut machen zu können.

Notwendig ist neben der Etablierung pädagogischer Konzepte, die einen tatsächlichen Mehrwert in der Nutzung von Technik generieren, die digitale Infrastruktur in den Schulen. Neben einem massiven Ausbau dieser Infrastruktur ist auch die langfristige Betreuung und der Service durch Personal sicherzustellen. Hierzu zählt neben frei zugänglichem WLAN auch das Angebot von **Endgeräten** wie Tablets, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten, die sich kein eigenes Gerät leisten können. Die Stadt muss diesen Bedarf abdecken. *[Bildung]*

Bei der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen ist die Expertise von Schüler*innen zu berücksichtigen. Als zukünftige Nutzer*innen müssen sie an der Entwicklung einer **zentralen Lernplattform** beteiligt werden, die Planung der Maßnahmen soll in enger Abstimmung mit der Stadtschüler*innenvertretung München erfolgen.

Wir fordern, mittel- und langfristig die städtischen Bibliotheken um **digitale Bildungs- und Freizeitangebote** zu ergänzen. Wir wollen in

städtischen Bibliotheken die analoge und digitale Welt zusammendenken. Neben Büchern, CDs und DVDs soll das mediale Angebot durch 3D-Drucker, Plotter, Internet- und Computerräume ergänzt werden *[Kultur]*.

Digitale Beteiligung

Für demokratische Bürger*innen ist Information eine wichtige Grundlage. Das **RatsInformationssystem** soll übersichtlicher gestaltet und die Suchfunktionen verbessert werden. Außerdem sollen Bürger*innen Ideen und Anträge an unterschiedliche Ebenen innerhalb der Stadt adressieren können. Diese Anträge sowie diejenigen der politischen Gremien und deren Bearbeitungsstand sollen stets nachvollziehbar sein. Gleichzeitig ist es für uns selbstverständlich, dass demokratischer Diskurs hauptsächlich aus persönlicher Interaktion besteht. Digitale Methoden können niemals herkömmliche Beteiligungsformen ersetzen, sondern sie nur ergänzen. *[Demokratie]*

Wir fordern, dass die Stadt sich mit anderen Kommunen zum Thema verantwortungsvolle Digitalisierung vernetzt. Dafür soll sie aktiv nach **Städtenetzwerken** Ausschau halten, die gerade nicht der libertären Logik des Silicon Valley funktionieren. Das

DECODE project der EU-Kommission zum Beispiel möchte Menschen die Verfügung über ihre persönlichen Daten zurückgeben. Die Stadt soll beauftragt werden, derartige Projekte in Zukunft zu unterstützen und aktiv daran teilzunehmen.

Wir fordern

- die Förderung von verantwortungsvoller Innovation und zu diesem Zweck die Gründung eines Co-Creation-Lab in kommunaler Hand
- eine wertebasierte und rechteorientierte digitale Transformationsstrategie
- die Kollaboration mit anderen europäischen Städten, um Synergien zu nutzen
- die Bereitstellung von Daten aus städtischen Kontexten als Open Data unter Wahrung des Datenschutzes
- die Bevorzugung von freier Software durch die Stadt und die Offenlegung von Code aus städtischer Entwicklung
- die Ausweitung des erfolgreichen M-WLAN auf weitere öffentliche Plätze sowie den ÖPNV
- den weiteren Ausbau des Glasfasernetzes durch M-net und die Erschließung von Neubaugebieten
- digitale Informationstechnik für Verwaltungsverfahren
- die Einrichtung horizontaler Projektteams, die über Referatsgrenzen hinweg arbeiten
- die Förderung junger Führungskräfte
- den Aufbau einer Förderinfrastruktur für Plattformgenossenschaften
- digitale Infrastruktur an Schulen: frei zugängliches WLAN an allen Schulen und die Ausstattung aller Schulen mit digitalen Endgeräten
- die Entwicklung einer zentralen Lernplattform unter Einbezug der zukünftigen Nutzer*innen (Abstimmung mit der Stadtschüler*innenvertretung)
- die Ergänzung der städtischen Bibliotheken um digitale Bildungs- und Freizeitangebote.
- die übersichtlichere Gestaltung und Verbesserung des RatsInformationssystems
- die Vernetzung mit anderen Kommunen für verantwortungsvolle Digitalisierung sowie die Förderung von und aktive Teilnahme an Projekten wie bspw. dem DECODE project

Demokratie

Der öffentliche Diskurs und die politische Beteiligung in München sind oft geprägt von lautstark vertretenen Partikularinteressen. Privilegierte Bevölkerungsgruppen verteidigen ihren Status Quo beispielsweise bei Entscheidungen in der Stadtentwicklung. Aufgabe verantwortungsvoller Stadtpolitik ist es, die Interessen aller Menschen zu berücksichtigen. Hierbei ist vor allem zu beachten, dass diejenigen, die von einzelnen Maßnahmen profitieren, wie beispielsweise zukünftige Mieter*innen eines Neubaugebiets, oft keine Lobby haben.

Gleichzeitig erkennen wir einen Rückgang des Vertrauens in die demokratischen Institutionen, oft in Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status. Die Wahlbeteiligung in unterschiedlichen Vierteln innerhalb Münchens unterscheidet sich teils deutlich.

Die kommunalpolitischen Gremien und Institutionen müssen das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie und die lokale Mitbestimmung zurückgewinnen. Dies ist von elementarer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.

Es ist notwendig, Strategien zu entwickeln, damit politische Institutionen wieder stärker und breiter wahrgenommen werden. Die kommunale Ebene hat hierbei die große Chance den Menschen in ihren Stadtbezirken und Sozialräumen die Demokratie erlebbar zu machen. Diese Aspekte greift nun erstmals die Kampagne der Fachstelle für Demokratie zur Stärkung der demokratischen Teilhabe auf. Die Maßnahmen und Initiativen, die sich im Rahmen der Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“ sollen auch über die eigentliche Wahl im März weiter ausgebaut und verstetigt werden. Hierbei sollen insbesondere auch stadtweite Projekte zur niedrigschwelligen demokratischen Teilhabe erprobt werden.

Wir setzen uns für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Diese beginnt im Bereich der frühkindlichen Erziehung und findet sich nicht nur in Bildungsinstitutionen sondern auch in Arbeitskontexten und der Freizeitgestaltung sowie in allen öffentlichen Einrichtungen wieder.

Veränderungen bei den Organen der kommunalen Entscheidungsfindung

Die **Bezirksausschüsse** in München sind wichtige Organe lokaler Beteiligung in den Münchner Stadtbezirken. Bislang sind die Rahmenbedingungen für die Bezirksausschüsse mangelhaft. Um als Orte der Partizipation funktionieren zu können, müssen den Bezirksausschüsse größere Mitspracherechte in der lokalen Ausgestaltung kommunaler Projekte zugesprochen werden. Breitere Kompetenzen stärken die Bedeutung und damit auch die Attraktivität dieses Gremiums.

Damit sich München ganzheitlich und nachhaltig entwickelt, braucht es sowohl Leitlinien auf Stadtebene als auch die konkrete Umsetzung auf Ebene der Stadtbezirke. Die Leitlinien und übergreifende Themen sollen bei regelmäßigen Treffen von BA-Delegationen und dem Stadtrat in einem eigenen Rahmen, dem **Münchenrat**, diskutiert werden. Dieses Organ soll nicht bloß der Vernetzung dienen, sondern auch gemeinsame Beschlüsse fassen.

Zentrale politische Vorgaben von städtischer Ebene müssen im Lokalen

ausgestaltet werden, um den Besonderheiten der Stadtbezirke gerecht zu werden. Zugleich müssen die Bezirksausschüsse befähigt werden, eigeninitiativ tätig zu werden. Hierzu bedarf es eigener Verwaltungsstrukturen auf Stadtbezirksebene, die unabhängig von der städtischen Verwaltung die Vorgaben unserer Bezirksausschüsse umsetzen.

Als Modellprojekt fordern wir die Ausstattung von drei Bezirksausschüssen mit eigenen Verwaltungsstrukturen und entsprechender Kompetenzerweiterung.

Die erweiterten Kompetenzen der Bezirksausschüsse führen zu einer deutlichen Mehrbelastung der ehrenamtlichen Bezirksausschussmitglieder, gerade für die Vorsitzenden, die koordinierend tätig sein müssen. Daher fordern wir stärkere administrative Unterstützung von Seiten der Verwaltung, einen höheren finanziellen Ausgleich für die Vorsitzenden der Bezirksausschüsse, sowie eine zeitliche Limitierung des Vorsitzes auf zwei Legislaturperioden, um eine Verkrustung der Strukturen zu verhindern.

Durch die Kompetenzerweiterung, die bessere Ausstattung der BAs und eine entsprechende finanzielle Vergütung der Tätigkeiten schaffen wir Strukturen, die für lokale Partizipation offen sind und einen Anker städtischer Demokratie darstellen.

Um die Transparenz von politischen Debatten im Stadtrat zu verbessern, sollen neben den Vollversammlungen auch die Ausschusssitzungen live im Internet übertragen werden sowie auch zu späteren Zeitpunkten zur Verfügung zu stehen.

Die Größe der Stadt und die Komplexität politischer Entscheidungen im städtischen Kontext machen die Professionalisierung der Stadtratsarbeit erforderlich. Die Stadt soll sich daher auf Landesebene dafür einsetzen, dass Stadtratsmitglieder ihrer Tätigkeit hauptamtlich nachgehen können. Zugleich soll die Amtszeit auf drei Legislaturperioden begrenzt werden. Die Fraktionen und Ausschussgemeinschaften müssen personell besser ausgestattet werden.

Wir fordern eine Ausarbeitung zur Zukunft der Bürger*innenversammlung in München. Auch soll die Fachstelle für Demokratie Schulungen für Bezirksausschussmitglieder zur demokratietheoretischen Grundlagenbildung anbieten.

Räte von städtischen Beteiligungsgesellschaften

Wir fordern modellhaft **Mieter*innenräte** bei der Gewofag und der GWG einzurichten, in

denen in einzelnen Siedlungen die Bewohner*innen an Entscheidungen teilhaben können um ihr Wohnen und Leben zu verbessern. Ähnliche Maßnahmen sind auch bei der MVG/SWM denkbar (Fahrgasträte, Stromkund*innen-Räte, etc.). Gleichermaßen fordern wir, die Beteiligung von Mitarbeiter*innen bei städtischen Unternehmen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß auszubauen [*Arbeitsmarktpolitik*].

Information und Wissen sind elementare Voraussetzungen für politische Mitbestimmung. Hierzu sollen die digitalen Kommunikationskanäle ausgebaut werden. [*Digitalisierung*]

Stärkung der Mitbestimmung von Schüler*innen

Frühe demokratische Erfahrungen sind elementar, um Bürger*innen die Relevanz von Partizipation und Mitbestimmung zu vermitteln. Wichtiger Ort für demokratische Mitbestimmung muss daher auch die Schule sein. Wir fordern eine Stärkung der Kompetenzen des Schulforums, in dem Eltern, Lehrkräfte und Schüler*innen paritätisch vertreten sind.

Darüber hinaus wollen wir ein Schüler*innenbudget an jeder Schule

etablieren, über das die Jugendlichen selbst entscheiden können. Auf diese Art und Weise werden demokratische Projekte zur Verbesserung des Schulalltags ermöglicht.

Bei demokratischen Angeboten für Schüler*innen spielt die **Stadtschüler*innenvertretung** (SSV) eine große Rolle. Um die Bedeutung der Arbeit zu unterstreichen ist jedoch eine Stärkung notwendig. Zusätzlich zur Einrichtung einer FSJ-Stelle muss das Budget für politische Aktionen aufgestockt werden.

Damit die SSV ihre politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten wahrnehmen soll, müssen die Sitzungen des

Kinder- und Jugendhilfeausschuss nachmittags oder abends stattfinden.

Demokratie als städtische Aufgabe

Um den Vertrauensverlust politischer Institutionen nachhaltig zu bekämpfen, ist die Reduzierung der sozialen Unterschiede notwendig. *[Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik]*.

Kurzfristig ist es Aufgabe der Stadt, mit Angeboten vor Ort (Demokratietomobil) die Bedeutung und Attraktivität politischer Mitbestimmung zu vermitteln.

Wir fordern

- eine Kompetenzerweiterung der Bezirksausschüsse
- die Einrichtung von Verwaltungsstrukturen auf Stadtbezirksebene, die von den Bezirksausschüssen politisch kontrolliert werden sollen
- die Weiterentwicklung von Bürger*innenversammlungen
- die Errichtung eines Livestreams für Stadtratsausschusssitzungen
- die Entwicklung der Stadtratstätigkeit zum Hauptamt
- eine bessere personelle Ausstattung der Fraktionen und Ausschussgemeinschaften
- eine Amtszeitbeschränkung für den Stadtrat sowie den BA-Vorsitz
- die Stärkung kommunaler Mitbestimmungsstrukturen und die Schaffung von Beiratsstrukturen
- Die Einführung eines Schüler*innenbudgets pro Schule
- die Aufstockung des Budgets für die Stadtschüler*innenvertretung
- Ausbau und Verstetigung der Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“ der Fachstelle für Demokratie, über den Wahltermin hinaus

Integration,

Migration &

Flucht

Gut 40% von uns Münchner*innen haben einen Migrationshintergrund. Wir schätzen diesen Reichtum an Vielfalt. Er macht unsere Stadt interessanter, bunter, spannender und internationaler. Diese Vielfalt bedingt politisches Handeln.

Für uns Jusos sind Menschen aus allen Ländern willkommen. Daher waren wir maßgeblich ab dem ersten Tag an der Nothilfe für in München ankommende Geflüchtete beteiligt. Wir sind bis heute stolz auf das Engagement in den Jahren 2014 und 2015.

Neben der aktiven Hilfe vor Ort vernetzen wir viele Beteiligte und beteiligten uns federführend an der politischen Willensbildung. Es ist unser Anspruch, diese Rolle auch in Zukunft zu erfüllen.

Ankommen

Wir fordern die Stadt auf, sich öffentlich **als sicherer Hafen für Geflüchtete** zu bekennen. Wir wollen uns der Initiative „Seebrücke“ anschließen und in Seenot geratene Geflüchtete hier aufnehmen. Zentrale Maxime muss sein: das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Zudem stellt es ein wichtiges Signal der Solidarität für die von der Dublin-Regel besonders betroffenen südlichen europäischen Länder dar.

Wir sprechen uns **gegen „Ankerzentren“** aus. Menschen, die hier ankommen, sind ab Tag eins Teil der Stadtgesellschaft. Eine menschenunwürdige Unterbringung ohne adäquaten Kontakt zur Außenwelt gibt Integration keine Chance. Die Stadt darf **keine städtischen Ressourcen für Abschiebegefängnisse** bereitstellen. Somit fordern wir auch, dass München alle ihr möglichen Mittel zur Beseitigung des Abschiebezentrums am Flughafen München im Hangar 3 erbringt. Des Weiteren muss davon ausgegangen werden, dass auch aus jetzt noch unvorhersehbaren Gründen wiederholt und beständig Geflüchtete in unserer Stadt ankommen werden. Dafür ist es notwendig, auch in Zukunft **Strukturen für Soforthilfe** vorzuhalten (z. B. personelle Strukturen, ein Organisationsmodell für den Notfall

aber auch konkrete Dinge, wie die erworbene Traglufthalle).

Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dürfen im Bereich **Wohnen** nicht gegeneinander ausgespielt werden [*Wohnen*]. Ähnlich zum Mehrgenerationen-Wohnen sollen Wohnprojekte für Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe gefördert werden. Es darf keine diskriminierende Unterscheidung zwischen In- und Ausländer*innen bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften geben. Förderprogramme zur Finanzierung von Wohnraum speziell für Geflüchtete sollen abgerufen und voll ausgeschöpft werden. Speziell für Geflüchtete fordern wir, die dezentrale Unterbringung, sowie den beständigen Ausbau von Wohngruppen, vor allem für unbegleitete minderjährige Geflüchtete.

Allen Menschen in München muss zu jedem Zeitpunkt **umfassende medizinische Versorgung** zur Verfügung stehen. [*Gesundheit*] Bei Bedarf muss jedem hier ankommenden Menschen auch von Anfang an die Möglichkeit **umfassender psychologischer Betreuung** offenstehen, ohne das hierfür explizit eine psychopathologische Begutachtung/Diagnose notwendig ist. Eine weitere Traumatisierung, etwa durch Unterbringung in Lagern, ist zu verhindern.

Sprache ist für uns Menschen der

Schlüssel zur Welt und so ist sie auch einer der Hauptfaktoren, die eine Inklusion in die Gesellschaft erschweren oder erleichtern können. Es ist Aufgabe der Stadt, allen hier Ankommenden die **Inklusion über Sprache** zu erleichtern. Zunächst müssen daher Informationsangebote in der jeweiligen Muttersprache bereitgestellt werden. Zentral ist darüber hinaus jedoch ein bedarfsgerechtes und zielgruppenorientiertes Angebot an Alphabetisierungs- und Deutschkursen, professionell durchgeführt von ausgebildeten DaF-Lehrkräften. Das bestehende Angebot an Sprachkursen muss deutlich ausgeweitet werden und für die Teilnehmer*innen preisgünstig oder kostenfrei zur Verfügung stehen.

Weiterhin ist eine **Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen der Stadt** und der ihr angegliederten Unternehmen vor allem im Servicebereich für die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund sicherzustellen. Dies bedeutet, dass besonders auf Mehrsprachigkeit der Mitarbeiter*innen zu achten ist. Jede*r muss Zugang zu Beratungsangeboten in der eigenen Muttersprache haben. Dies gilt auch für wichtige Informationsblätter und -broschüren. Unentbehrlich ist ein **„Orientierungsflyer“** in allen Sprachen, der Auskunft über die wichtigsten Dinge und Informationen für den Alltag in München enthält.

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer **städtischen Dolmetschdienstvermittlung**. Diese soll allen Menschen im Kontakt mit städtischen Stellen bei Bedarf eine*n Dolmetscher*in für die eigene Muttersprache vermitteln, ggf. auch telefonisch. Die Kosten hierfür werden im Bedarfsfall übernommen.

Um insbesondere geflüchtete Menschen von Beginn an individuell zu unterstützen, fordern wir ein umfassendes, plurales **Pat*innensystem**. Jede*r Neuankommende soll einen Paten oder eine Patin in möglichst ähnlichem Alter bekommen. Entsprechende Pat*innensysteme gibt es bereits mehrere – hier ist ein Austausch und eine Vernetzung zu organisieren. Die Pat*innen sind in Bezug auf zentrale Herausforderungen zu schulen.

Auch Geflüchtete haben ein Recht darauf, ihre spezifischen Anliegen in Politik und Gesellschaft selbst einzubringen. Um eine eigenständige Vertretung und eine Anlaufstelle für Probleme und Fragen zu schaffen, fordern wir die Einrichtung einer **Ombudsstelle für Geflüchtete**. Die Ombudspersonen sollen Rederecht in allen für Geflüchtete relevanten politischen Gremien auf bayerischer und kommunaler Ebene erhalten. Eine entsprechende Stelle muss personell und finanziell ausreichend ausgestattet sein, um für Geflüchtete

präsent zu sein und die eigene Verwaltung zu stemmen. Die einzurichtende Dolmetschdienstvermittlung soll auch der Ombudsstelle zur Verfügung stehen.

Die Erfahrungen von 2014 bis 2015 haben uns gelehrt, dass keineswegs sichergestellt ist, dass die staatlichen Strukturen in außergewöhnlichen Situationen verlässlich funktionieren. Die Regierung von Oberbayern war bei der Unterbringung und Versorgung überfordert. Das ehrenamtliche Engagement hunderter Münchner*innen hat dabei in beispielhafter Weise Ersthilfe geleistet. Wir fordern daher die **bessere Unterstützung von Ehrenamtlichen**. So sind Vernetzungsangebote, Schulungen und Fortbildungen durch die Stadt bereitzustellen: Ebenso muss eine professionelle Supervision sichergestellt sein. Unerlässlich ist auch umfassender Versicherungsschutz aller ehrenamtlich Tätiger. Um bei Problemen im Kontakt mit öffentlichen Behörden oder Sozialdienstleistern vermitteln zu können, ist eine unabhängige Ombudsstelle zu schaffen, an die sich Ehrenamtliche bei Bedarf wenden können. Nicht zuletzt muss es möglich sein, den Status des Ehrenamts auch für Ehrenamtliche, die nicht in großen Organisationen aktiv sind, anerkennen zu lassen. Denn davon hängen unter anderem staatliche Leistungen wie die Ehrenamtskarte ab. Diese Punkte

gelten natürlich auch für Ehrenamt in anderen Themenbereichen.

Erste Jahre

Wenn Geflüchtete und Migrant*innen in München angekommen sind, gilt es, die ersten Monate und Jahre so gut wie möglich zu gestalten. Wir legen einen besonderen Wert auf das Recht auf Bildung, weil es für uns den Grundstein zu gelungener Integration und Emanzipation legt. Dabei gilt für uns das Prinzip des lebenslangen Lernens.

Bildung beginnt mit dem Erlernen unserer Sprache. Hier kann die Stadt besonders mit dem Angebot von **Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Kindertagesstätten** unterstützen. Dieses Angebot wurde in den letzten Jahren deutlich ausgebaut, ist aber immer noch stark ausbaufähig. Alle Einrichtungen sollen mit qualifizierten Sprachfachkräften unterstützt werden, um das Erlernen der Sprache von Klein auf zu begleiten. Die Erzieher*innen sollen bei der Organisation der Elternarbeit unterstützt werden, beispielsweise durch Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen und Konzepten für die Ansprache „unbeteiligter“ Eltern. Auch die einzurichtende Dolmetschdienstvermittlung ist den städtischen Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Im schulischen Bereich arbeitet die Stadt bereits mit Qualifizierungsmaßnahmen. Wir halten dies für einen sehr begrüßenswerten Ansatz, um die unzureichenden Sprachförderungsangebote der Landesregierung in München zu ergänzen. Allerdings müssen solche Angebote deutlich ausgebaut werden, Gymnasial- und Realschullehrer*innen sollen besonders ermutigt und unterstützt werden, sich weiterzuqualifizieren, um langfristig mehr Sprachlernklassen auch an diesen Schularten zu etablieren und Kinder beim Übergang in höhere Schularten zu unterstützen. Für Erziehungs- und Lehrkräfte sind zudem **Schulungen** in den Bereichen Sprachförderung und interkulturelle Kompetenz anzubieten *[Bildung]*.

Schüler*innen und Eltern sollen durch den Ausbau von **Bildungskalen** oder ähnlichen Angeboten in allen Stadtteilen niederschwellig unterstützt werden. Dies schließt Maßnahmen wie (mehrsprachige) Bildungsberatung, kostenlose oder preisgünstige Nachhilfeformate, den Verleih von Materialien und die Vermittlung von ehrenamtlichen Patenschaften mit ein. Solche Möglichkeiten sollen flächendeckend in allen Bildungseinrichtungen bekannt gemacht werden, genauso in Unterkünften für Geflüchtete. Mit all diesen Maßnahmen wird nicht nur den Schüler*innen der Zugang zu höheren Bildungswegen erleichtert,

sondern es werden auch die Lehrkräfte in ihrem anspruchsvollen Berufsalltag unterstützt. Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen halten wir es besonders für Geflüchtete für zentral, dass Schulbesuchsmöglichkeiten auch über die Schulpflicht hinaus bestehen.

Gute Arbeit vermittelt Anerkennung, Wertschätzung und den wichtigsten Weg zur sozialen Integration in die Gesellschaft. Um eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, fordern wir die Stadt auf, sich für eine vereinfachte **Anerkennung von ausländischen Abschlüssen** und den Abbau von Bürokratiehürden einzusetzen. Überall dort wo die LHM Arbeitgeberin oder Auftraggeberin ist, darf eine im auslanderworbene Qualifikation kein Einstellungs Hindernis mehr sein! Wer einen Ausbildungsvertrag unterschreibt oder ein Studium beginnt, soll für diesen Zeitraum einen Aufenthaltstitel erhalten. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung oder des Studiums ist eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis auszustellen.

In Zusammenarbeit mit kompetenten Stellen wie dem DGB Bildungswerk, dem Fremdspracheninstitut der Landeshauptstadt München oder auch der IHK sollen **ausbildungsbegleitende Fachsprachenschulungen** entwickelt werden.

Wichtig ist außerdem auch eine umfassende und **kompetente Berufsberatung** für Geflüchtete und Migrant*innen aller Hintergründe. Wir erachten es hierbei auch als notwendig, dass eine Existenzgründungs- und Beratungsstelle eingerichtet wird bzw. das bisherige Angebot auch in anderen Sprachen angeboten wird. Die Beratung sollte Vorerfahrungen und berufliche Ziele in den Vordergrund stellen. Keinesfalls dürfen die Stellen insbesondere in Richtung sogenannter „Mangelberufe“ beraten *[Arbeit & Wirtschaft]*.

In München leben

Die gesellschaftlich-politische Realität in den Herkunftsländern unterscheidet sich bisweilen deutlich von der Situation in Deutschland. Daher muss die Stadt auch dafür Sorge tragen, dass über die bestehenden Angebote sowie die Strukturen der Stadt zielgerichtet informiert wird. Alle **Informationen** sind auf unterschiedlichsten Wegen – online aber vor allem auch offline, als Aushang oder per Post – zu verbreiten.

Um den Austausch zwischen den Menschen vor Ort zu fördern und die Integration zu einem langfristigen Erfolg zu machen, wollen wir wohnortnahe Angebote wie Nachbarschaftstreffs und Bildungslokale ausbauen. Insbesondere Familien

wollen wir mit den **Familienzentren** und speziellen Angeboten in den Nachbarschaftstreffs ansprechen. Auch Menschen, die schon länger in München leben, müssen Sprachkurse und weitere Bildungsangebote zugänglich gemacht werden. Die Werbung für diese Angebote muss mehrsprachig und niedrigschwellig stattfinden. Besonders für junge Geflüchtete (auch Jugendliche über 18 Jahre) fordern wir die Öffnung der Münchner Freizeitstätten und Einladung zu speziellen Angeboten.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Menschen mit Migrationshintergrund Vorurteilen und ablehnenden Haltungen ausgesetzt. Zur Sicherstellung gleichberechtigter Chancen fordern wir ein **anonymisiertes Bewerbungsverfahren** ohne Angabe von Bild, Vor- und Zuname, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Geburtsdatum oder etwaiger Behinderung für alle Stellenausschreibungen der Stadt und der ihr angeschlossenen bzw. von ihr beeinflussbaren Unternehmen und Institutionen. Bewerber*innen dürfen zu Vorstellungsgesprächen ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Kompetenz eingeladen werden.

Integration bedeutet niemals Assimilation. Unsere Mitbürger*innen aus den vielfältigsten Kulturräumen müssen sich deshalb in unserer gemeinsamen Stadt wiederfinden können. Wir fordern daher, dass

alle Kulturen Zugang zu geeigneten **Begegnungsräumen** haben. Besonders sei hier die Suche nach einem Raum für ein in oder nahe der Innenstadt gelegenes muslimisches Gemeinde- und Kulturzentrum zu nennen. Ebenso fordern wir die Stadt auf, die liberale jüdische Gemeinde München bei ihrer Suche nach einem Standort für eine Synagoge zu unterstützen.

Weiterhin sind Projekte zu fördern, die den gegenseitigen Austausch unterschiedlichster Kulturen und Religionen fördern, um Dialoge zu ermöglichen. Das Leben von **Traditionen**, z. B. das Begehen bestimmter Feiertage, muss jedem Mitglied unserer Stadtgesellschaft möglich sein. Den städtischen Angestellten sowie denen der stadteigenen Betriebe muss die Möglichkeit offenstehen, an den entsprechenden Tagen Urlaub zu nehmen. Auch fordern wir die Stadt auf, in städtischen Kitas und Schulen darauf hinzuwirken, die kulturellen Hintergründe aller Kinder und Jugendlichen in die Jahresgestaltung einfließen zu lassen.

Bei alledem gilt für uns: Aufgrund der Religionsfreiheit und der **Trennung von Staat und Religion** lehnen wir religiöse Symbole in öffentlichen Gebäuden und dergleichen entschieden ab. Das betrifft natür-

lich nicht das Recht von Einzelnen, religiöse Symbole zu tragen. Langfristig soll auch der Religionsunterricht an Schulen durch einen für alle Schüler*innen verpflichtenden Ethikunterricht ersetzt werden.

Im Stadtrat sowie in den Bezirksausschüssen sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Hier sind Lösungsansätze zu entwickeln. Die Stadt ist außerdem gefordert, bei der Besetzung höhergestellter Positionen in der Verwaltung sowie ihren Gesellschaften auf eine **Repräsentation** zu achten, die der Vielfalt unserer Stadt Rechnung trägt. Denn Integration ist nur mit Repräsentation erfolgreich. Um diese Rechte auch nutzen zu können, muss sowohl bezüglich der Wahlrechte als auch der weiteren politischen Partizipationsmöglichkeiten eine verstärkte Aufklärung seitens der Stadt geleistet werden. Den Bezirksausschüssen sollen eigene Integrationsbeauftragte zugeordnet werden. Der Migrationsbeirat ist seit vielen Jahrzehnten ein erfolgreiches Mittel, um die politische Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen in unserer Stadt zu fördern. Diesen gilt es weiter zu stärken. Darüber hinaus fordern wir das kommunale Wahlrecht auch für Menschen aus Drittstaaten ein, denn Demokratie braucht jede Stimme!

Wir fordern

- die Ausrufung Münchens als Sicheren Hafen
- keine städtischen Mittel für Abschiebegefängnisse
- die Abschaffung des Abschiebegefängnisses am Münchner Flughafen
- das Vorhalten der Soforthilfe-Strukturen
- Förderung von Wohnprojekten für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen
- die Bereitstellung von Informationsangeboten für jeden Menschen in der eigenen Muttersprache
- die Ausweitung des Angebots an Alphabetisierungs- und Deutschkursen
- die Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen der Stadt und angegliederter Unternehmen für Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund
- die Einrichtung einer städtischen Dolmetschdienstvermittlung
- den Aufbau eines Pat*innensystems
- die Einrichtung einer Ombudsstelle für Geflüchtete
- umfassende Leistungen für Ehrenamtliche
- Aufenthaltstitel während der Zeit von Ausbildung bzw. Studium, gefolgt von einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis nach dem erfolgreichen Abschluss
- die Entwicklung von ausbildungsbegleitenden Fachsprachenschulungen
- Berufsberatung für Migrant*innen, inkl. Beratungsangebote zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- die Einrichtung einer Existenzgründungs- und Beratungsstelle
- anonymisierte Bewerbungsverfahren für alle Stellenausschreibungen der Stadt
- im Ausland erworbene Qualifikationen müssen in München anerkannt sein!
- geeignete Räume zur Zusammenkunft für alle Kulturen
- die Möglichkeit für Angestellte der Stadt bzw. der stadteigenen Betriebe, an ihren religiösen Feiertagen Urlaub zu nehmen
- verpflichtender Ethikunterricht statt Religionsunterricht für alle Schüler*innen
- die Entwicklung von Lösungsansätzen zur besseren Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtrat sowie in den Bezirksausschüssen
- die Besetzung von höhergestellten Positionen in der Verwaltung und in städtischen Gesellschaften im Einklang mit der Vielfalt unserer Stadtgesellschaft
- die Einführung von Integrationsbeauftragten in den Bezirksausschüssen
- die Stärkung des Migrationsbeirats
- das kommunale Wahlrecht auch für Menschen aus Drittstaaten

Antifaschismus

Wir verstehen uns als antifaschistischer Verband. Antifaschismus ist für uns eine thematische und chronologische Querschnittsaufgabe: der Kampf gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss in allen Politik- und Lebensbereichen geführt werden. Gerade im Hinblick auf das Erstarren der völkisch-nationalistischen und antidemokratischen AfD erneuern wir unser Bekenntnis zum Antifaschismus und kämpfen entschieden gegen Rechts. Es gilt: Nie wieder! Unser Engagement richtet sich aber nicht nur gegen die direkt sichtbaren Erscheinungsformen dieser menschenfeindlichen Ideologien, sondern auch gegen jegliche Form sogenannter Alltagsdiskriminierung.

München hat aus historischer Sicht, als sogenannte „Hauptstadt der Bewegung“ während des nationalsozialistischen Regimes, eine besondere Rolle. Damit die Stadt auch weiterhin eine weltoffene und tolerante Stadt bleibt, sehen wir Jusos einige Aufgaben und Herausforderungen, die wir gemeinsam mit den Münchner*innen bewältigen werden. Ziel muss es sein, dass die AfD nicht im Stadtrat und in den Bezirksausschüssen vertreten sein wird und wir an unsere bereits in der Vergangenheit und Gegenwart erfolgreiche antifaschistische Arbeit anknüpfen und diese ausweiten.

Erinnern und Gedenken: Nie wieder Faschismus!

Nur wer sich seiner Geschichte bewusst ist, kann die Zukunft positiv gestalten. Wir Jusos begrüßen die vielfältigen Orte und Anlässe des Erinnerns an die Gräueltaten des Nationalsozialismus in München. Es gibt jedoch immer noch einige Bereiche, in denen wir uns mehr Gedenken, Erinnern und Mahnen wünschen. Wir fordern die Stadt auf, jährlich am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) und am Tag der Befreiung (8. Mai) eine **zentrale Gedenkveranstaltung** an prominenter Stelle (z.B. Marienplatz, Odeonsplatz) abzuhalten. Wir fordern die Einführung eines gesetzlichen Feiertages am Tag der Befreiung (8. Mai).

Die lange Diskussion zum Thema dezentrales Gedenken in München mündete letztendlich in der Aufstellung von Gedenkstätten. Endlich wird auch einzelnen Opfern sichtbar innerhalb der Stadt gedacht. Wir fordern nun die **zügige Prüfung, Planung und Aufstellung weiterer Stelen**. Die Stadt muss die nötige finanzielle und personelle Unterstützung hierbei garantieren. Die Möglichkeit, neue Stelen zu beantragen, soll in der Münchner Stadtgesellschaft bekannt

gemacht werden. Jede Einweihung einer neuen Stele muss auch weiterhin von einer würdigen Zeremonie begleitet werden.

Das **NS-Dokumentationszentrum** ist nun in der Stadt etabliert. Wir erachten es dennoch als notwendig, die Ausstellung noch spezifischer für die Anforderungen junger Menschen weiterzuentwickeln. Dieser Prozess sollte unter stärkerer Einbindung von Träger*innen der Jugendarbeit und von bereits in München aktiven jungen Antifaschist*innen durchgeführt werden. Wir fordern freien Eintritt für das NS-Dokumentationszentrum.

Mittlerweile wurden einige Projekte in München und Bayern durchgeführt, die sich mit der besonderen Rolle der wenigen noch lebenden **Zeitzeug*innen** beschäftigen. Wir fordern die Stadt auf, zu analysieren, wie diese Projekte noch optimiert werden können. Da wir nunmehr die letzte Chance haben, mit noch lebenden Zeitzeug*innen ergänzende Projekte durchzuführen, sollte dies höchste Priorität besitzen. Die Stadt wird aufgefordert, insbesondere die Durchführung dieser Projekte mit Jugendgruppen und Schulklassen zu fördern. Gleichmaßen soll München die **Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen** auf städtischem Gebiet selbstständig aufgreifen.

Wir begrüßen die angestrebten **Umbenennungen von Straßen und Plätzen** mit aus historischen Gründen unangemessenen Namen, fordern jedoch nachdrücklich die Beschleunigung des Prozesses sowie die weitere Prüfung von Namen. Insbesondere ein undifferenzierter Bezug zur Kolonialgeschichte Deutschlands ist hierbei zu bedenken. Die Umbenennung solcher Straßen und Plätze bietet eine einmalige Gelegenheit, neue historisch bedeutsame, aber lange ignorierte Personengruppen zu würdigen. Wir fordern deshalb die besondere Berücksichtigung von weiblichen Antifaschistinnen und Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus als auch die Kolonialherrschaft.

Wir erachten es für dringend geboten, dass sich die Stadt mit möglichen Formen und Orten für ein angemessenes **Gedenken an Opfer rechter Gewalt seit 1945** auseinandersetzt. Dabei ist der Fokus noch stärker auf die Opfer und ihre Angehörigen zu legen und nicht auf die Täter*innen, z.B. durch Benennung von Straßen und Plätzen, Einrichtung geeigneter Gedenkstätten und die Übertragung bestehender Gedenkformate aus dem Kontext der Opfer des Nationalsozialismus. Hierbei ist es erforderlich, dass die Angehörigen der Opfer jeweils in den Prozess eingebunden werden und ihnen ein Vetorecht eingeräumt wird. So fordern wir

die Stadt auf, den kaum bekannten Brandanschlag auf das Altenheim der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern 1970 mittels einer Gedenkstätte ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Zu nennen ist hierbei auch das jährliche Gedenken anlässlich des Oktoberfestanschlags. Eine Umgestaltung des Mahnmals ist überfällig und auch ein Innehalten des Oktoberfests am Jahrestag ist politisch zu thematisieren. Die Stadt wird aufgefordert, in der breiten Gesellschaft ein Bewusstsein für die auch in München verübten Morde des NSU zu schaffen. Auch beim Gedenken an die Opfer des O EZ-Attentats 2016 soll die Stadt aktiv die Auseinandersetzung der Stadtgesellschaft mit den politisch rechten Beweggründen des Täters fördern. Ebenso soll sie weiter auf den Freistaat Bayern einwirken, damit auch dieser das Attentat als rechten Terrorakt anerkennt. Aufgrund des mittlerweile belegten politischen Hintergrunds halten wir es für unumgänglich, die Inschrift am Erinnerungsort abzuändern. Der im Moment verwendete Begriff „Amoklauf“ suggeriert eine spontane, unpolitische und wahllose Gewalttat.

Vor über 100 Jahren scheiterte der Versuch der Münchner Arbeiter*innen, die bereits begonnene Revolution unter Kurt Eisner zu Ende zu führen und eine sozialistische Räterepublik zu errichten. Im Gedenken und zur Er-

innerung an den mutigen Kampf der Münchner Arbeiter*innen fordern wir deshalb eine **zentrale Gedenkstätte an die Münchner Räterepublik** und ihre Niederschlagung an einem prominenten Ort.

Umgang mit Nazis in der Stadtgesellschaft

Die Stadt muss alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um **Veranstaltungen von Nazis** zu unterbinden. Wenn Versammlungen angemeldet werden, muss die Stadt umfassend und schnellstmöglich in geeigneter Weise darüber informieren, sodass zivilgesellschaftlicher Widerstand organisiert werden kann. Auch die Bildung von breiten Bündnissen kann hierbei für den Protest sinnvoll sein, sofern innerhalb des Bündnisses über bestimmte Grundwerte und Ansichten Konsens herrscht.

Dies erfordert die **Erweiterung der Liste geschützter Orte** um die ehemaligen und aktuellen Standorte der Synagogen sowie symbolträchtige Orte des Nationalsozialismus in München (z. B. Königsplatz, Odeonsplatz), um sie als potenzielle Versammlungsorte von vornherein auszuschließen. In diesem Kontext sollte die Stadt auch die **Umwidmung bestimmter Gebäude und**

Räume prüfen, um unangemessene Veranstaltungen dort zu verhindern. Allen rechten Organisationen muss der Zugang zu städtischen Veranstaltungsräumen verweigert werden. Insbesondere Bildungseinrichtungen und Einrichtungen, die stark von Minderjährigen frequentiert werden, dürfen nicht zum Spielball dieser Bewegungen und Parteien werden.

Die **Fachstelle für Demokratie** ist personell aufzustocken, um die anfallende Arbeit bewältigen zu können. Die Fachstelle soll gerade auch in der Bildungsarbeit, unter Einbindung ziviler Bildungsträger*innen, eine koordinierende Rolle einnehmen. Wir fordern die Stadt dazu auf, unter Einbindung der Fachstelle für Demokratie, des Bildungskollektivs „Die Pastinaken“ und der FIRM **Bildungsangebote** gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in den städtischen Betrieben und Tochtergesellschaften durchzuführen. Das bewährte städtische Konzept **„Vielfalt statt Einfalt“** zur Sensibilisierung von Auszubildenden ist auf die städtischen Tochtergesellschaften zu übertragen. Die Fachstelle für Demokratie ist als Stabstelle in die Entwicklung, Durchführung und Qualitätssicherung aller Fortbildungsmaßnahmen einzubinden, in denen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine Rolle spielen. Schon aus historischer Verantwortung darf

politische Bildung aber nicht allein in staatlicher Hand liegen. Deshalb sollen auch andere Betriebe dazu ermutigt werden, diese Programme aufzugreifen oder eigene Projekte zu starten. Sportvereine, freiwillige Feuerwehren und Einrichtungen der Jugendarbeit werden wir gezielt bei ihrer antirassistischen und antifaschistischen Arbeit unterstützen.

Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München hat sich in ihrer Arbeit bewährt. Sie bietet eine Anlaufstelle für unterschiedliche Akteur*innen in München, die detaillierte Informationen über Entwicklungen der rechten Szene in München und der Region suchen. Daher fordern wir, die Arbeit der Fachinformationsstelle fortzusetzen und finanziell zu stärken. Hierzu erachten wir die **personelle Aufstockung der FIRM** als notwendig. Ebenso soll die Stadt technische Ausstattung und Räumlichkeiten bezuschussen, damit die FIRM als Anlaufstelle noch besser von allen Bürger*innen und Initiativen genutzt werden kann.

Die Fachstelle für Demokratie der Stadt München soll in Zusammenarbeit mit der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus **Fortbildungsmodule für die Beauftragten gegen Rechtsextremismus der Bezirksausschüsse** entwickeln. Diese sollen halbjährlich von der FIRM durchgeführt werden, um den Austausch zwischen den BA-Beauftragten zu verbessern, sich gegenseitig über

neue Entwicklungen zu informieren und neue Projekte zu planen und durchzuführen. Die BA-Beauftragten müssen bei der Wahrnehmung ihres Amtes rechtlich durch die Stadt abgesichert und beraten werden.

Die Jusos München haben sich jahrelang für die Einrichtung einer Beratungsstelle eingesetzt, die sich um die Belange von Menschen kümmert, die von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung in München betroffen sind. Seit 2016 existiert nun die Beratungsstelle **before e.V.**, die sehr wichtige Arbeit leistet. Die jährlichen Fallzahlen belegen die Notwendigkeit einer solchen Stelle und geben gleichzeitig Einblick in Münchner Zustände. Die Arbeit von before ist mittelfristig über den Beschluss des Stadtrats gesichert. Jedoch machen die zahlreichen Anfragen und zu bearbeitenden Fälle es nötig, before e.V. personell aufzustocken und die technische Ausstattung anzupassen.

Die Fallzahlen von before belegen eindeutig, dass ein großes Dunkelfeld von Straftaten mit menschenfeindlichem Hintergrund existiert, das oftmals nicht in die offizielle Kriminalstatistik einfließt. Daher fordern wir die **Durchführung einer Dunkelfeldstudie zu Hasskriminalität**. Die inhaltliche Koordination des Themas sollte bei der Fachstelle für Demokratie liegen, die Beratungsstelle before ist in die Arbeit einzubinden.

Wir fordern

- eine zentrale Gedenkveranstaltung am 27. Januar sowie eine Befreiungsfeier am 8. Mai
- das zügige Aufstellen weiterer Gedenkstelen
- die Schaffung eines erleichterten Zugangs zur Ausstellung im NS-Dokuzentrums für Jugendliche
- die städtische Förderung der Arbeit mit Zeitzeug*innen
- die Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen auf städtischem Gebiet
- die Umbenennung von historisch belasteten Straßennamen
- bei der Umbenennung ist die Chancen zu nutzen, neue historisch bedeutende, aber lange ignorierte Personengruppen zu würdigen, wie weibliche Antifaschistinnen und Widerstandskämpferinnen
- ein angemessenes Gedenken an Opfer rechter Gewalt in München seit 1945
- die Unterbindung von Naziveranstaltungen mit allen juristischen Mitteln
- die Erweiterung der Liste geschützter Orte und die Prüfung der Umwidmung von Räumlichkeiten
- Bildung gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung auch in den städtischen Betrieben
- die Unterstützung von Sportvereinen, freiwilligen Feuerwehren und anderen Einrichtungen der Jugendarbeit in diesem Bereich
- die personelle Aufstockung der Fachstelle für Demokratie, der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (FIRM), von before e.V. und der Pastinaken
- die Entwicklung von Fortbildungsmodulen für die Beauftragten gegen Rechtsextremismus der Bezirksausschüsse
- die Durchführung einer Dunkelfeldstudie zum Zusammenhang von Hasskriminalität mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl
- die Fortführung und Weiterentwicklung der Fortbildungsformate zum unterschiedenen Auftreten gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Hoheitsbereich der Stadtverwaltung sowie eine Ausweitung des Programms "Vielfalt schlägt Einfach" und einen Wissenstransfer auf die städtischen Tochtergesellschaften
- entsprechend des Verbots sexistischer Werbung ein Verbot rechtsradikaler Werbung und Wahlwerbung

Gleichstellung

München ist eine vielfältige Stadt. Trotz zahlreicher Bemühungen gibt es auch in München nach wie vor strukturelle Benachteiligung von Frauen* und Menschen, deren Identität von der Heteronormativität abweicht. Die Stadt soll ihr Engagement ausbauen, um patriarchale Strukturen in ihrem Wirkungsbereich zu identifizieren und zu überwinden.

Frauen* in der Stadtverwaltung

Die Stadt München ist schon immer Vorreiterin beim Thema Gleichstellung. Die Verwaltung als Exekutive stellt daher das Soziotop dar, in dem eine gleichgestellte Arbeitswelt abgebildet sein sollte. Dies ist jedoch nicht der Fall. Wir fordern daher, dass sich der **Frauen*anteil in der Verwaltung** (aktuell 57,7 %) in den Führungspositionen (aktuell 48,8 %) widerspiegeln muss. Zur Erreichung dieser Ziele fordern wir eine Besetzung von Führungspositionen in der QE 4 ausschließlich mit Frauen*, bis der Frauen*anteil sich auch in der Führungsebene eins zu eins abbildet. Dies gilt auch für alle städtischen Unternehmen.

Zwar ist es in tarifgebundenen Arbeitsverträgen wesentlich schwieriger, eine ungleiche Bezahlung von Männer*n und Frauen* entstehen zu lassen, die Erfahrung zeigt jedoch, dass Frauen* öfters niedriger eingruppiert werden als Männer* mit gleicher Qualifikation. Wir fordern daher eine kritische Evaluation der **Beschäftigungs- und Lohnstruktur** der Stadt auf weibliche Diskriminierung und eine gegebenenfalls notwendige Neugruppierung bzw. Angleichung der Gehälter.

Gleichstellung ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Im Kampf gegen **verfestigte Rollenbilder** und für die Gleichstellung der Frau ist es unerlässlich, dass die Männer* an der Seite der Frauen* kämpfen. Hierzu muss auch gehören, dass Männer* Frauen* beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen und dass es eine Selbstverständlichkeit wird, dass auch Männer* ihren Anspruch auf Teilhabe an der Familie einfordern. Trotz der Sicherheit des Arbeitsplatzes bei der Stadt, fällt auf, dass der Anteil an Männer*n, die Elternzeit nehmen, in der Verwaltung nicht signifikant höher ist als in der freien Wirtschaft. Wir fordern die Stadt daher auf, auch Männer*n aktiv zu vermitteln, dass die Inanspruchnahme von Elternzeit ausdrücklich erwünscht ist.

Die Stadt hat bereits seit Jahren das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Trotzdem besteht auch bei der Stadt eine sog. Teilzeitfalle. Kompetenzen, die Frauen* während ihrer Care-Arbeit erwerben, werden in ihrer Beurteilung und Eingruppierung nicht berücksichtigt. Wir fordern die Stadt daher auf, den **Wert von Care-Arbeit** auch in Hinblick auf den Bereich Arbeit anzuerkennen.

Sprache beherrscht unser Denken. Deswegen fordern wir, dass die Stadt in Zukunft auf ihrer Homepage und im Schriftverkehr mit dem ***gendert**.

Verträge und offizielle Dokumente werden künftig im Hinblick auf das Geschlecht der handelnden Personen grammatikalisch korrekt ausformuliert. Eine Gesellschaft sowie eine GmbH oder die Stadt sind vom Genus her weiblich, sie sollen daher zumindest in allen offiziellen Dokumenten als weiblich bezeichnet werden und nicht wie bisher z. B. als „der Verkäufer“ oder „der Käufer“.

Frauen* in der Politik

Wir fordern die **Parität** in Parlamenten und damit auch im Stadtrat. Die Gesellschaft muss gleichwertig repräsentiert werden. Die SPD hat deshalb bereits seit 1988 eine quотиerte Aufstellungsliste für den Stadtrat. Ziel muss nun eine verpflichtende Parität bei Stadtratslisten aller Parteien sein.

Ein Grund, aus dem weniger Frauen* in Parlamenten sitzen, ist, dass Sitzungen oft zu Zeiten stattfinden, zu denen sie in die Kinderbetreuung eingebunden sind – sei es nachmittags oder abends. Um diese Hürde abzubauen und politische Partizipation von Frauen* zu ermöglichen, fordern wir ein Modellprojekt „Kinderbetreuung für politische Arbeit“. Dieses soll im Rathaus angesiedelt sein und Eltern eine Kinderbetreu-

ung während den Sitzungen zur Verfügung stellen. Längerfristig soll dieses Projekt ausgeweitet werden, hin zu einer „Kinderbetreuung für politisches Ehrenamt“ und in allen öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen. Nichtsdestotrotz muss langfristiges Ziel sein, Sitzungen zu Zeiten stattfinden zu lassen, die eine **Vereinbarkeit von Mandat und Familie** ermöglichen. Auch in dieser Hinsicht sehen wir die Notwendigkeit einer Abkehr von der ehrenamtlichen Stadtratstätigkeit hin zu einer hauptamtlichen *[Demokratie]*.

Die Gesamtsituation zeigt, dass Gleichstellung auf allen Ebenen gefördert werden muss. Daher fordern wir **für alle Bezirksausschüsse Frauen*beauftragte** und auch hier die Unterstützung der Vereinbarkeit von Mandat und Familie.

Sexualisierte Gewalt & körperliche Selbstbestimmung

Frauen* sind immer noch viel zu häufig und signifikant stärker von Gewalt und sexualisierter Gewalt betroffen, als Männer*. Dies nehmen wir nicht hin und fordern die Stadt auf, ihre Anstrengungen zum Schutz von Frauen* und Mädchen* zu verstärken. Konkret fordern wir mehr **städtische Frauen*häuser**,

sowie spezifische Anlaufstellen für junge Mädchen* in Notsituationen. Frauen* müssen auch über die Zeit in den Erstaufnahmestellen hinaus unterstützt werden, beispielsweise mit zeitlich begrenzten Wohnmöglichkeiten, um den Übergang und den Neustart in ein eigenständiges und freies Leben zu ermöglichen [Sozialpolitik].

Wir fordern die Stadt dazu auf, unter Einbindung der Gleichstellungsstelle, das bewährte Konzept „Vielfalt schlägt Einfalt“ um den Bereich „Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt“ zu erweitern.

Wir unterstützen das Projekt der „**Sicheren Wiesen**“ und setzen uns für die Fortführung und den Ausbau ein. Die Stadt unterstützt die „Sichere Wiesen“ auch finanziell. Allerdings sehen wir die Wiesen-Wirt*innen in der Pflicht, diese Anlaufstelle zu unterstützen bzw. perspektivisch komplett zu finanzieren. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollten Initiativen und Vereinen zugute kommen, die sich der Prävention von Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* widmen.

Uns ist bewusst, dass nicht nur Frauen* unter sexualisierter und politisch motivierter Gewalt im öffentlichen Raum leiden. Deshalb fordern wir ein Aktionsprogramm einschl. einer Aufklärungskampagne der Stadt zum Thema **LGBTIQA*** und

der steigenden Gewalt gegen Personen dieser Gruppen. Wir begrüßen ausdrücklich die Einrichtung eines Lesbenzentrums als Pendant zum Sub (Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum München e.V.), das auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion eingerichtet wird. Wir fordern analog zum Verbot sexistischer Werbung im Stadtgebiet ein Verbot von Werbung für Länder, in denen Frauen* und/oder LGBTIQA* gesetzlich diskriminiert werden, insbesondere in Bezug auf jene Länder, wo ihnen die Todesstrafe droht. Vorbild ist hierbei das Vorgehen der Stadt London.

Jeder Person hat das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit. Hierzu gehört auch und besonders das Recht auf eine selbstbestimmte Fortpflanzung. Wir fordern die Stadt deshalb auf, Schwangeren den Zugang zu legalen, medizinisch einwandfreien und diskriminierungsfreien **Schwangerschaftsabbrüchen** zu erleichtern. Hierzu sollen Beratungsangebote und durchführende Praxen bzw. Kliniken auf der Internetseite der Stadt (www.muenchen.de) gelistet werden. Darüber hinaus muss es in allen städtischen Kliniken die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch geben. Die Stadt hat für die ausreichende Qualifizierung der Gynäkolog*innen Sorge zu tragen. [Gesundheitspolitik]

Verstärkte Frauen*förderung

Die Lebensrealität der Münchner*innen ist sehr unterschiedlich und divers. Wir fordern die Stadt auf, dies in allen ihren Handlungen zu berücksichtigen und diese **Diversität** auch öffentlich z. B. in ihren Kampagnen und Veröffentlichungen verstärkt darzustellen. Dieser Diversität muss auch in der Frauen*förderung der Stadt Rechnung getragen werden.

Wir begrüßen den Bau und die Finanzierung der einzigen Unterkunft nur für **geflüchtete Frauen*** durch die Stadt. Ein geschützter Wohnbereich ist aber nicht ausreichend, um geflüchteten und traumatisierenden Frauen* angemessen zu helfen und den Neustart in ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Wir fordern die Unterstützung empowernder Angebote für geflüchtete Frauen*, wie beispielsweise durch JUNO – eine Stimme für FlüchtlingsFrauen* oder Refugio München, sowie die Evaluation und ggf. Erweiterung des städtischen Angebots für geflüchtete Frauen*.

Auch die regionale Frauen*arbeit in den Stadtteilen muss evaluiert und ggf. erweitert werden. Ältere Frauen* sind statistisch deutlich häufiger von

Altersarmut betroffen. Hier muss die Stadt mit einer spezifischen Zulage gegenwirken und weitere Fördermöglichkeiten prüfen. Auch müssen die ASZen in die Lage versetzt werden, noch spezifischer auf die Bedürfnisse älterer Frauen* einzugehen.

Frauen* jeden Alters und Hintergrunds müssen durch **Beratungsangebote** beim (Wieder-)Einstieg in die Vollzeitberufstätigkeit unterstützt werden. Junge Frauen* müssen durch die Einrichtung eines Jugendtreffs nur für Mädchen* und spezielle Angebote für Mädchen* in bestehenden Jugendeinrichtungen gefördert werden [*Sozialpolitik*].

Desweiteren fordern wir die Stadt auf, ihre bestehenden finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten noch stärker im Sinne einer aktiven Frauen*förderung einzusetzen. Finanzielle Förderung von Vereinen und gesellschaftlicher Gruppen muss kritisch auf die Beteiligung von Frauen* geprüft werden. Auch bei Vergaben öffentlicher Aufträge muss die Stadt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und Frauen* aktiv durch Beauftragungen fördern.

Wir fordern daher ein **Genderbudgeting** bei der Vergabe städtischer Förderung. Diese soll zu 50% an Vereine, Institutionen und Firmen vergeben werden, die expli-

zeit Frauen*förderung betreiben und Frauen* beteiligen. Das gilt auch für die Förderung von Frauen* in Kunst und Kultur durch die städtischen Museen [Kultur].

Gleichstellung in der Bildung

Die Überwindung des Patriarchats kann nur durch Emanzipation passieren. Bildung und Reflexion sind die Grundlagen für diesen Kampf. Innerhalb der Schulen muss es deshalb auch Aufklärung außerhalb von Heteronormativität geben und Unterstützung für die Entwicklung einer eigenen Identität angebote werden. Wir fordern die Stadt auf, hierfür Angebote im Rahmen der Ganztagschule in Zusammenarbeit mit Träger*innen, die in diesem Bereich bereits aktiv sind, zu schaffen.

Die Stadt entwickelt außerdem ein verpflichtendes Schulungsprogramm für Erzieher*innen und Lehrkräfte, um sicherzustellen, dass die Erziehungsarbeit keine **Geschlechterstereotype** schafft, sondern die Kinder in ihrer Individualität fördert. [Bildung]

Ebenso müssen Erzieher*innen und Lehrkräfte für das Thema LGBTIQA* sensibilisiert werden.

In den städtischen Bildungseinrichtungen werden flächendeckend **genderneutrale Toiletten** geschaffen oder Männer*toiletten entsprechend umgewandelt. Frauen*toiletten sollen dabei als Schutzräume explizit bestehen bleiben. In allen öffentlichen Toiletten müssen kostenfrei Monatshygieneprodukte, Mülleimer sowie Kondome zur Verfügung gestellt werden, um den kostenfreien Zugang aller Menschen zu diesen grundlegenden Produkten und damit eine hygienische Menstruation sowie geschützten Geschlechtsverkehr sicherzustellen.

Darüber hinaus muss dem Thema **sexuelle Aufklärung, Safer Sex und selbstbestimmte Sexualität** mehr Raum an städtischen Schulen eingeräumt werden. Lehrkräfte müssen zum Thema sexualisierte Gewalt und dem angemessenen Umgang der verschiedenen Erscheinungsformen dieser beispielsweise durch das pädagogische Institut geschult werden. Die verschiedenen Möglichkeiten der Monatshygiene, einschl. einer ausführlichen Erklärung der richtigen Anwendung sowie der Verteilung kostenfreier Produkte, muss zwingend Bestandteil des Sexualkundeunterrichts werden. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf ökologische, preisgünstige und gesundheitlich fortschrittliche (Reduzierung des Risikos von Toxischem Schocksyndrom) Produkte wie bspw.

Menstruationstassen zu legen, die in Deutschland noch relativ unbekannt sind.

Egalisierung diskriminierender Verhaltensmuster in öffentlichen Verkehrsmitteln

Wir fordern die MVG und andere städtische Unternehmen auf, in ihren Fahrzeugen und an Plakatwänden das schon beschlossene **Verbot sexistischer Werbung** durchzusetzen. Der öffentliche Raum darf in keinem Fall Werbung oder anderes gesellschaftlich relevantes Verhalten in sexistischer oder nicht eindeutig unsexistischer Weise zeigen. Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

Weiterhin fordern wir die MVG auf, ihre Kontrolleur*innen und Fahrgäste bzw. Fahrgästinnen auf **Mansprea-
ding** zu sensibilisieren und dies in ihren Verkehrsmitteln zu sanktionieren. Hierfür muss auch in jedem öffentlichen Verkehrsmittel gut sichtbar ein Piktogramm angebracht werden. Zusätzlich müssen auch in den Fahrzeugen der MVG Werbefilme auf entsprechende unerwünschte Verhaltensregeln hinweisen. Darüber hinaus fordern wir von der MVG einen markierten Bereich für Kinderwagen in den U-Bahnen, um Eltern mit Kinderwagen den Zugang zu den U-Bahnen auch auf hochfrequentierten Linien und während der Stoßzeiten zu ermöglichen. Hierfür können auch Sitzplätze in **Kinderwagenstellplätze** umgewandelt werden. Die Fahrgäste müssen auf diesen Raum aufmerksam gemacht und dafür sensibilisiert werden.

Wir fordern

- die Verwendung des * zum Gendern durch die Stadt auf ihrer Homepage, in Bescheiden und Briefen
- Gleichstellung in der Stadtverwaltung: der Frauen*anteil in der Verwaltung muss auf Führungsebene widerspiegelt sein.
- die Evaluation der Beschäftigungs- und Lohnstruktur der Stadt und ggf. eine Neugruppierung bzw. Angleichung der Gehälter
- die Bestärkung von bei der Stadt beschäftigten Männer*n bei der Inanspruchnahme von Elternzeit
- die Anerkennung von Care-Arbeit bei der Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit durch die Stadt
- Parität im Stadtrat
- die Schaffung der Vereinbarkeit von Mandat und Familie
- Eine Frauen*beauftragte für alle Bezirksausschüsse
- mehr städtische Frauen*häuser und spezifische Anlaufstellen für Mädchen*
- die (Mit-)Finanzierung des Projekts „Sichere Wiesn“ durch die Wiesnwirte
- eine Aufklärungskampagne der Stadt zum Thema LGBTQIA*
- verstärkte Frauen*förderung durch die Stadt
- verstärkte Aufklärung in Schulen außerhalb der Heteronormativität, sowie mehr Raum für sexuelle Aufklärung und ein Schulungsprogramm für Lehrkräfte
- flächendeckend genderneutrale Toiletten in den städtischen Bildungseinrichtungen
- die kostenfreie Bereitstellung von Monatshygieneprodukten und Kondomen in allen öffentlichen Toiletten
- die Durchsetzung des Verbots sexistischer Werbung
- die Sensibilisierung der Kontrolleur*innen und der Fahrgäst*innen der MVG auf Manspreading und dessen Sanktionierung
- markierte Bereiche für Kinderwagen in allen Verkehrsmitteln der MVG

Kultur

München hat eine vielfältige Kulturlandschaft, die sowohl aus international sichtbaren Institutionen, als auch aus lokalen Kulturzentren und Bibliotheken besteht. Als Jusos sind wir überzeugt, dass Kultur für die Selbstbeschreibung unserer Stadtgesellschaft essentiell ist. Sie macht einen großen Bestandteil der Lebensqualität aus und ist Grundlage von Dialog und Verständigung, die Menschen aus unterschiedlichen Hintergründen zusammenführt. Dafür ist es unabdingbar, die kulturelle Teilhabegerechtigkeit für alle Münchner*innen zu gewährleisten. Das Ziel jungsozialistischer Kulturpolitik lautet: Kultur für alle!

Die Interkulturalität und Vielfalt unserer Stadt begreifen wir als Entwicklungschance. Besonders vor dem Hintergrund des Rechtsrucks in Europa ist es umso wichtiger, auch vor Ort in München die freiheitliche Entfaltung künstlerischen Arbeitens zu verteidigen. Es gilt, pauschalen und plumpen Angriffen von konservativer und reaktionärer Seite entschieden zu widersprechen. Seit mehreren Jahren erleben wir einen „Kulturellen Klimawandel“ in dessen Folge sich die Grenzen des Sagbaren verschoben haben. Wir verstehen Kulturpolitik auch als ein Feld, in dem sich unsere freie, solidarische und offene Gesellschaft völkisch-autoritären Nationalist*innen widersetzen kann und muss.

Kultur für alle!

Kunst und Kultur müssen für alle zugänglich sein, gerade auch für Menschen aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Haushalten. Daher fordern wir langfristig **freien Eintritt** in alle städtischen Museen. Als Möglichkeit für eine Übergangszeit schlagen wir ein Konzept flexibler Eintrittspreise vor, das aus einer Kombination von Festpreisen mit entsprechenden Ermäßigungen für Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen, Familien, Schwerbehinderte und Sozialhilfeempfänger*innen (bspw. für Sonderausstellungen) und Eintritten auf Spendenbasis (bspw. für Dauerausstellungen) besteht.

„Zugänglich“ bedeutet selbstverständlich auch: barrierefrei. Wir fordern den **barrierefreien Ausbau** aller städtischen Museen und Kulturinstitutionen. Neben dem Abbau von räumlichen Barrieren verstehen wir darunter auch Zugangsbarrieren auf allen anderen Ebenen: vom Publikum über das Programm bis zum Personal. In diesem Zusammenhang fordern wir die Einrichtung eines Projektbüros zur Diversitätsentwicklung.

Um allen einen Zugang zu Kultur zu gewährleisten, braucht es eine wirkungsvollere **Informationspolitik zu Fördermöglichkeiten** und

bereits geförderten Projekten. Wir fordern daher eine differenzierte Aufteilung auf der Homepage der Stadt. Ausgerichtet auf potentielle Antragsteller*innen wie zum Beispiel Organisationen, Künstler*innen und Schulen, sollen die einzelnen Fördermöglichkeiten für diese übersichtlich dargestellt werden.

Begleitend dazu fordern wir mehr **Transparenz in der Fördergeldvergabe** in Form einer Auflistung der Förderprojekte und Fördersummen auf der Homepage der Stadt. So wird im Sinne eines transparenten Demokratiedenkens die Partizipation im und am kulturellen Geschehen der Stadt niederschwellig ermöglicht. Wir lehnen feudale Förderstrukturen ab.

Wir kämpfen außerdem weiterhin dafür, dass die freie Kulturszene in München ebenso von den Fördermitteln des Kulturfonds Bayern profitieren kann wie die Kulturszene im übrigen Freistaat.

Darüber hinaus soll öffentliche Kunst auch öffentlich verwendbar sein, dies gilt auch für den digitalen Raum. Wir fordern, dass unter der Verwendung der **„Creative Commons“-Lizenz** (CC BY-SA 4.0) alle Kunstwerke der städtischen Sammlungen (nicht nur gemeinfrei) ohne weitere Erlaubnis zu nicht kommerziellen Zwecken fotografiert, kopiert, geteilt, verbreitet

und für Wissenschaft und Forschung sowie zur kreative Nutzung verwendet werden dürfen. Wir fordern eine breit angelegte Digitalstrategie und die Entwicklung eigener Online-Lernumgebungen für die Münchner Volkshochschule. Um kreatives Arbeiten weiter zu unterstützen, ist es wichtig zusätzlich einen kommunalen Softwareverleih einzurichten, der den Menschen Bildbearbeitungs-, Videoschnitt-, sowie Sprachlernprogramme zur Verfügung stellt.

Räume für Kultur

Die bestmögliche Entfaltung der Münchner Kulturlandschaft ist durch Flächen- und Raumknappheit bedroht. Kunst und Kultur müssen mehr sein als ökonomische Faktoren. Sie verändern und beeinflussen urbane Räume. Wir wollen Synergien zwischen Kultur- und Stadtentwicklung nutzen, um innerhalb der Stadt Austausch, Verständigung, Kommunikation und Annäherung zwischen unterschiedlichen und sich widersprechenden Kulturen und Lebensweisen zu fördern. Wir wollen weniger Werbung in unserer Stadt und Nutzungskonflikte zugunsten von Stadtquartieren und Flächen mit hoher Aufenthaltsqualität ohne Konsumzwang lösen. Solche Orte, die Freiräume ohne Konsumdruck sind und für Ausstellungen, Konzerte, Theater und kulturelle Veranstaltungen

aller Art zur Verfügung stehen, fehlen in München. Wir wollen daher mehr Räume für Kultur.

In den letzten Jahren hat München ein Sterben der Popkultur erlebt. Um dem entgegensteuern zu können, müssen neue **Proben- und Bandräume** geschaffen werden [*Soziales*]. Um die Bezahlbarkeit von Proberäumen zu gewährleisten, wurden bereits 2018 Mietzuschüsse von der Stadt eingeführt: Wir wollen diese beibehalten und auch auf Musiker*innen ohne Hochschulabschluss ausweiten. Wir fordern die Schaffung von Bandräumen in städtischen (Neu-)bauten. Gerade Gebäude, die nur tagsüber genutzt werden, können abends als Probe- bzw. Übungsraum dienen. Das soll von städtischer Seite gefördert werden. Außerdem sollen private Bandräume auf einer städtischen Plattform kostenlos oder -günstig geteilt werden können (Sharing-System).

Wir fordern eine kostenlose Zwischennutzung bei nicht kommerzieller Zwischenvermietung zu ermöglichen. Um Raum für Kultur zu schaffen, sollen Orte für **Zwischennutzungen** schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Dazu braucht es eine Vernetzung der städtischen Kultureinrichtungen und die Unterstützung des städtischen Kompetenzteams Kultur- und Kreativwirtschaft bei der Organisation

von kulturellen Zwischennutzungslösungen. Als konkretes Projekt fordern wir „Das leere Fenster“: nicht genutzte Schaufenster oder leerstehende U-Bahn-Kioske werden zum Ort für Kunst, Fotografie und Installationen aller Art [*Stadtentwicklung*].

Darüber hinaus wollen wir (mehr) **StreetArt** in München! Dafür soll in der Stadtverwaltung eine Stelle geschaffen werden, bei der Flächen angemeldet werden können, um diese dann transparent an Künstler*innen weiterzuvermitteln. Außerdem sollen mobile Übungswände für Graffiti im öffentlichen Raum aufgestellt werden [*öffentlicher Raum*].

Das Kunstareal im Herzen Münchens mit seinen Museen und Hochschulen ist einer der wichtigsten Kulturstandorte in Europa. Wir fordern aus aktuellem Anlass, den zweiten Bauabschnitt der Pinakothek der Moderne zu nutzen, um in Absprache mit dem Freistaat Bayern und der Stiftung Pinakothek der Moderne das ganze **Kunstareal als autofreien Raum** zu planen. Wir wollen die physischen Grenzen zwischen den einzelnen Museen und Häusern sowie die das Viertel zerschneidenden Straßen nach und nach abbauen. In Zukunft soll die Tram im Kunstareal so wie im Englischen Garten durch grüne Wiesen fahren; die Aufenthaltsqualität des Areals wird erhöht. Ein autofreies Kunstareal bietet der Stadt

die Gelegenheit, sich ausgehend von ihren herausragenden Kultureinrichtungen neu zu erfinden. Hierbei legen wir großen Wert auf nicht kommerzielle Angebote. [*Klima, Umwelt und Energie, Mobilität, Stadtentwicklung*]

Wir fordern die Einrichtung eines „Museums der Arbeit“, das der Aufarbeitung der historischen Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Gesellschaft dient. Die thematische Ausrichtung berücksichtigt dabei besonders die Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Kontext des gesellschaftlichen Wandels von industrieller zu Dienstleistungs- und digitaler Gesellschaft sowie Formen immaterieller und kreativer Arbeit in Verbindung mit der Kreativindustrie. Das Ausstellungsprogramm soll in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung entwickelt werden, das räumlich und organisatorisch angegliedert zum Grundstein der Sammlung des Museums werden soll. Das Museum wird durch den Aufbau einer öffentlich zugänglichen „Bibliothek der Arbeit“ ergänzt.

Theater

Wir sehen das Theater als einen der zentralen Austauschpunkte für die Stadtgesellschaft. Wir wollen aus einem Verständnis der Entwicklung der Künste institutionelle Verschiebungen zulassen sowie die Grundlagen schaffen, dass in den städtischen Theatern gesellschaftlich relevante und politische Themen angesprochen werden. Die städtischen Theater müssen die vielfältige Stadtgesellschaft repräsentieren und dieser einen Spiegel vorhalten. Sowohl vor der Bühne als auch auf der Bühne muss die **Diversität** der Gesellschaft abgebildet sein. Wir wollen die Internationalisierung der Stückauswahl und des Ensembles, die in den Münchner Kammerspielen in den 2000ern eingeschlagen wurde, weiter verfolgen und ausweiten. Dies bedeutet für uns beispielsweise u. a. die Förderung von schwarzen Menschen als Schauspieler*innen und im Theaterbetrieb.

Bei der **Auswahl der Intendant*innen** fordern wir eine Anhörung und Beteiligung der Mitarbeiter*innen.

Das Theater soll fest in der Stadtgesellschaft verankert sein, deswegen kann es sich nicht nur auf die Theatersäle beschränken, sondern muss auch raus auf die Straße und in die

Stadtviertel. Wir fordern die Einrichtung dezentraler Spielstätten und öffentlicher Bühnen.

Wie für die städtischen Museen fordern wir auch für die städtische Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthäuser langfristig **freien Eintritt** auf die Hälfte des verfügbaren Kartenkontingents. Dabei darf der Zuschauer*innenraum nicht in einen vorderen und einen hinteren Teil geteilt werden, sondern es ist unbedingt auf die Durchmischung der Kontingente über alle Sitzreihen zu achten (bspw. durch eine zufällige Auswahl von Plätzen für das freie Kontingent). Die bereits vorhandenen Eintrittsermäßigungen müssen für das Bezahl-Kontingent erhalten bleiben. Um den Zugang zu den Theatern in einer Übergangsphase niedrigschwelliger zu gestalten, fordern wir zusätzlich zu den bereits vorhandenen Eintrittsermäßigungen öffentliche und kostenfreie Generalproben für Jugendliche unter 30 Jahren, Schwerbehinderte, Sozialhilfeempfänger*innen und Familien.

Arbeitsbedingungen

Kunst hat einen Wert! Daher ist es wichtig, dass künstlerische Arbeit sowie Arbeit im Kunst- und Kulturbetrieb fair entlohnt wird. Künstler*innen und Kulturschaffende müssen von

ihrer Arbeit leben können! Darüber hinaus verstehen wir unbezahlte Hospitanzen und Praktika in städtischen Theatern, Museen und Kultureinrichtungen als prekäre Beschäftigung und lehnen sie daher strikt ab. Wir fordern eine Evaluierung der Arbeitsbedingungen im städtischen Kulturbereich und eine Anpassung, falls dies notwendig ist. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Überprüfung von Förderanträgen auf das Kriterium hin, ob Künstler*innen in ihren Anträgen berücksichtigen, sich selbst ein Gehalt auszuzahlen.

Rückführung von Sammlungsgut aus kolonialem Kontext

Wir fordern die Stadt auf, ihre Aktivitäten in der Provenienzforschung zu erhöhen sowie auf Kunstwerke auszuweiten, die durch koloniale Bestrebungen in Besitz der Stadt gekommen sind; wir fordern außerdem die Restitution von solchen, in kolonialen Kontexten geraubten Kunstwerken. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die in der Kolonialzeit begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit klar als solche zu

benennen und die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in die städtische Strategie der Erinnerungskultur und -politik aufzunehmen. Die Aufarbeitung bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses und muss als kultureller Dialog gestaltet werden. Dafür ist es notwendig, ihn durch Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen zu begleiten und eine Vernetzung über München hinaus mit anderen Städten möglich zu machen. Für die Koordination und Umsetzung dieser Vorhaben fordern wir eine neue Planstelle im Kulturreferat sowie die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und den gesellschaftlichen Austausch. Die durch die Rückgabe entstehenden Leerstellen sollen als didaktisches Mittel genutzt und thematisiert werden. D.h. die Kunstwerke sollen gerade nicht durch Repliken oder ähnliche Stücke ersetzt werden. Im Gegenteil sollen die Lücken durch die geeignete Darstellung der Geschichte eines Werkes sowie der historischen und gesellschaftlichen Bewertung dieser zur kritischen Reflexion des geltenden Kulturbegriffes sowie der dahinterstehenden Machtverhältnisse genutzt werden.

Wir fordern

- freien Eintritt für alle in alle Museen der Stadt
- den barrierefreie Ausbau aller Museen und Kultureinrichtungen
- die Einrichtung eines Projektbüros für Diversitätsentwicklung
- eine Transparenzoffensive sowie die Verbesserung der Informationspolitik zu Fördermöglichkeiten und bereits geförderten Projekten
- die freie Verwendung aller Kunstwerke der städtischen Sammlungen nach der „Creative Commons“-Lizenz
- neue Bandräume
- schnelle und unbürokratische Zwischennutzung
- das autofreie Kunstareal
- die Einrichtung eines „Museums der Arbeit“
- die Abbildung der Diversität der Stadtgesellschaft in den Theatern durch Internationalisierung von Stückauswahl und Ensemble
- die Anhörung und Beteiligung der Mitarbeiter*innen bei der Auswahl der Intendant*innen der städtischen Theater
- die Einrichtung dezentraler Spielstätten und öffentlicher Bühnen
- freien Eintritt auf die Hälfte des verfügbaren Kartenkontingents der städtischen Theater
- einen kommunalen Verleih für Design- und Lernprogramme
- eine Evaluierung der Arbeitsbedingungen im städtischen Kulturbereich und eine Anpassung zu fairer Entlohnung, falls dies notwendig ist.
- erhöhte Anstrengungen in der Provenienzforschung und deren Ausweitung, die Rückführung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten und die Einrichtung einer neuen Planstelle sowie die Bereitstellung von Mitteln
- die durch die Rückgabe entstehenden Leerstellen sind als didaktisches Mittel leer zu belassen und zu thematisieren.

Kommunale

Finanzen

Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt München ist augenblicklich sehr gut. Trotz wiederholter Warnungen vor einbrechender Steuereinnahmen konnte die Stadt auch weiterhin Überschüsse erzielen. Die größte Einnahmequelle der Stadt ist dabei die Gewerbesteuer, die hoch volatil auf wirtschaftliche Dynamiken reagiert.

Die kommunalen Finanzen hängen damit maßgeblich von der Steuergesetzgebung der Bundesebene ab. Im Sinne der Verstetigung der Einnahmen der Kommunen setzt sich die Stadt für die Weitereinführung der Dreigliedrigkeit der Gewerbesteuer ein. Insbesondere die Komponente der Gewerbekapitalbesteuerung ist in Zeiten von zunehmender Automatisierung und Intensivierung von Kapitaleinsatz in der Produktion dringend notwendig.

Grundsätzlich wollen wir die Nutznießer*innen des wirtschaftlichen Erfolgs Münchens stärker an den Infrastrukturkosten, die für diesen immer auch notwendig sind, beteiligen. Dazu ist eine echte Reform der Grundsteuer und die Abschaffung deren Umlagemöglichkeit auf die Mieter*innen, die konsequente Abschöpfung von Planungsgewinnen *[Wohnen]* sowie die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer notwendig um die Kommunen nachhaltig finanziell besser auszustatten.

Durch die teilweise sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik der jüngeren Vergangenheit, die dem Ziel des Schuldenabbaus geschuldet ist, fehlt es an dringend notwendigen Investitionen. Wir lehnen die Fixierung auf das Ziel der „schwarze Null“ in München ab und fordern stattdessen die Fokussierung auf die notwendigen **Investitionen in die Zukunft unserer Stadt**. Das Konzept public private partnership lehnen wir dabei ab. Zudem arbeiten wir weiterhin an einem geschlechtergerechten Haushalt und bekennen uns zum Ansatz des gender budgeting. *[Gleichstellung]*

In Zeiten niedriger bzw. bereits negativer Zinssätze verlagert die Sparkasse München einen immer größeren Teil ihres Geschäftes in den Bereich der Anlageberatung und des Wertpapiergeschäfts. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Keinesfalls darf das Kerngeschäft der Sparkasse als Bank für alle Münchner*innen in den Hintergrund treten.

Insbesondere im Wertpapiergeschäft müssen die empfohlenen Anlageoptionen **ethischen Standards** genügen. Die Sparkasse muss nach dem Prinzip handeln, Verlagerungsdynamiken des kapitalistischen Finanzsystems aufzugreifen und durch das Angebot langfristig wertstabiler, geringverzinsten Anlagemöglichkeiten Kapital zu gewinnen, welches

zur Finanzierung allgemeinnütziger Investitionen im Sinne einer progressiven Stadtpolitik verwandt werden kann.

So soll die Idee eines **Bodenfonds**, der die Finanzierung einer aktiven Bodenvorratspolitik ermöglicht, durch die Kämmerei in Zusammenarbeit mit der Stadtparkasse aufgesetzt und durch diese beworben werden. Hiermit soll anlagesuchendem Kapital die Möglichkeit geboten

werden, zu Konditionen, die im Sinne der Stadtgesellschaft gestaltet werden [*Wohnen*], von der absehbar weiter hohen Wertstabilität des Bodenmarktes in München zu profitieren und damit versucht werden, bestehende Kapitalströme zu kanalisieren. Dabei muss das Augenmerk auf dem Angebot der langfristigen Wertstabilität der Kapitalanlage und nicht auf der Erwirtschaftung überzogener Renditen gelegt werden.

Wir fordern

- die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch Reform der Gewerbebesteuerung sowie der Grundsteuer und die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer
- die Einführung einer kommunalen Zweitwagensteuer sowie einer kommunalen Wohnflächensteuer
- die Abkehr der einseitigen Fokussierung auf das Ziel des Schuldenabbaus zugunsten einer zielgerichteten Investitionspolitik
- die Orientierung an „ethischen Standards“ beim Wertpapiergeschäft und in der Anlagestrategie der Stadtsparkasse München
- die Einrichtung eines, an langfristiger Wertstabilität orientierten Bodenfonds

Nachwort

Den Roten Faden 2020 zu gestalten war eine große Herausforderung und eine wahnsinnig tolle politische Erfahrung. Wir haben im Frühjahr 2019 – nach der Erarbeitung unserer redvision im Jahr 2018 und der langen Vorarbeit des Arbeitskreises Kommunalpolitik zur Bilanz des Roten Faden 2014 – ein für den ganzen Verband offenes Wochenendseminar durchgeführt. Bei diesem wurde in mehrere inhaltlichen Untergruppen Text-Versatzstücke zu Analyse und einzelnen Forderungen entworfen. Es gab im Anschluss eine Redaktionsgruppe, die die Texte zusammengeführt, auf Widersprüche und Redundanzen korrigiert und an die Untergruppen zurückgegeben hat. Nach deren Rückmeldungen hat die Redaktionsgruppe eine Antragsfassung erstellt, die von der Unterbezirkskonferenz der Jusos München nach Diskussion und Beratung von über 150 Änderungsanträgen am 01.06.2019 in der inhaltlich vorliegenden Fassung einstimmig angenommen wurde. Das zeigt: Unser Verband lebt und hat Lust auf und Ahnung von Kommunalpolitik. Daraufhin wurde diese Fassung layouterisch gestaltet, weiterhin redaktionell zweimal von zwei Genoss*innen Korrektur gelesen, überarbeitet und schließlich gedruckt.

Das vorliegende Ergebnis ist nicht nur demokratisch beschlossen, es ist demokratisch entstanden. Natürlich waren wir auf das Fachwissen und Fachkenntnisse sowie das überragender Engagement einzelner Genoss*innen an vielen Stellen angewiesen. Dabei durften und mussten diese alle ihre Fähigkeiten und/oder Positionen verständlich machen, zur Diskussion stellen und Mehrheiten gewinnen. Der nun abgeschlossene Prozess ist das Produkt einer eigenen Generation Münchner Jungsozialist*innen.

Egal was die Zukunft bringen mag, unser Verband wird niemals aufgeben unsere Stadt politisch zu gestalten. Denn eines ist sicher: Wir Jusos München wollen mehr!

Impressum

Auflage

1.000 Stück (Auflage 1)

Lektorat

Lena Odell, Kevin Martin

Layout

Benedict Lang

Redaktionsgruppe

Magdalena Siebert, Lena Sterzer, Anno Dietz, Benedict Lang, Lena Odell, Alexej Preissler, Christian Köning

Autor*innen

Die Jusos München - Viele Seminarteilnehmende, noch mehr Änderungsantragsteller*innen, der Unterbezirksvorstand, der Arbeitskreis Kommunalpolitik und viele andere...

Jusos München

V.i.S.d.P: Christian Köning
Oberanger 38/IV
80331 München
buero@jusos-muenchen.de